

# Vorwärts

## Berliner Volksblatt.

### Centralorgan der Socialdemokratischen Partei Deutschlands.

Redaktion: SW. 68, Lindenstrasse 69.  
Fernsprecher: Amt IV, Nr. 1983.

Sonnabend, den 4. April 1903.

Expedition: SW. 68, Lindenstrasse 69.  
Fernsprecher: Amt IV, Nr. 1981.

#### Abonnements-Bedingungen:

Abonnement-Preis per Nummer: 10 Pf., monatlich 30 Pf., vierteljährlich 85 Pf., halbjährlich 1,60 Mk., jährlich 3,10 Mk. Einzelne Nummer 5 Pf. Sonntagsnummer mit illustrierter Sonntagsbeilage „Die Neue Welt“ 10 Pf. Post-Abonnement: 1,10 Mark pro Monat. Eingetragen in der Post-Zeitungs-Preisliste für 1903 unter Nr. 8203. Unter Kreuzband für Deutschland und Oesterreich-Ungarn 2 Mark, für das übrige Ausland 3 Mark pro Monat.

Erscheint täglich außer Montags.

#### Die Insertions-Gebühr

Beträgt für die sechsgehaltene Rollenzeit ober dem Raum 40 Pf., für politische und gesellschaftliche Vereins- und Versammlungs-Berichte 20 Pf. „Kleine Anzeigen“ jedes Wort 5 Pf. (nur das erste Wort frei). Inserate für die nächste Nummer müssen bis 4 Uhr nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Die Expedition ist an Wochentagen bis 7 Uhr abends, an Sonn- und Festtagen bis 6 Uhr vormittags geöffnet.

Telegraphen-Adressen:  
„Socialdemokrat Berlin“.

### Die Auslandsflotte.

Die offizielle Presse hat unter den Arbeiten, mit denen sich der künftige Reichstag zu beschäftigen haben soll, auch eine Militär- und eine Marinevorlage genannt. Während die erstere voraussichtlich auch eine bedeutende Vermehrung der Reiterei bringen wird, soll die Marinevorlage der planmäßigen Vermehrung der Auslandsflotte dienen. Trotz des jämmerlichen Platos, welches die deutsche „Gepanzerte Faust“-Politik im Ausland erlebt hat, streben unsere Marinepolitiker weiter nach der Schaffung einer großen Kriegsmarine, die die deutsche Flagge auf allen Meeren und an allen Küsten weihen soll. Und wieder ist es Ostasien, welches sie in erster Linie im Auge haben. Es ist nicht genug mit dem finanziellen Aderlaß, welchen der Exekutions-Zug nach China verursacht hat, nicht genug mit den aus den indirekten Steuer-großen genommenen Millionen, die alljährlich, und zwar in steigendem Maße, in Kiautschou verbaut werden. Die dem Volke aufgehakten Lasten für die ostasiatische Abenteuer- und Experimentier-politik sollen noch vermehrt werden. Ostasien scheint der heiße Boden zu werden, der viele Hunderte von Millionen deutschen Volksgeldes aufsaugt, während bei uns daheim die Arbeiterklasse Not und Elend leidet.

Was Deutschland jetzt in Ostasien als Besitz hat, scheint unsern herrschenden Kreisen erst als ein Anfang zu gelten, der konsequent ausgedehnt werden muß. Das Ende schwebt in der Ferne der nebelhaften Ziele unserer „Weltpolitik“. Nach wie vor erstrebt man eine Steigerung der militärischen und maritimen Streitkräfte in Ostasien, um mittels derselben gelegentlich neue „Landpachtungen“ vornehmen zu können. Eine weitere Verstärkung der See-streitkräfte zu Grunde, welches also, wie die Offiziere verkünden, der nächste Reichstag bewilligen soll — wenn die Bewilligungsmajorität in ihrer jetzigen Stärke wieder nach Berlin gelangen sollte.

Die ostasiatische Presse ist über diese Absichten gesprächiger als unsere heimischen, vom Pressbureau des Reichs-Marineamts dirigierten Offiziere. Der in Shanghai erscheinende „Ostasiatische Lloyd“, der die Interessen der deutschen Großkapitalisten und Spekulanten in Ostasien vertritt und durch die Offenherzigkeit, mit der er ostasiatische Flottenwünsche und Flottenpläne vorzeitig ausplaudert, den heimischen Flottenpolitikern bereits mehrfach un bequem geworden ist, plaudert auch jetzt wieder aus der Schule. Bei dem Auslandsflotten-Gesetz ist es in der That abgesehen auf eine beträchtliche Steigerung der deutschen See-streitkräfte in Ostasien.

Angefaßt der geplanten Vermehrung der japanischen Flotte wirkt der „Ostasiatische Lloyd“ die Frage auf: „ob unsere See-streitkräfte in Ostasien für die Vertheidigung unserer Interessen noch genügen?“ Natürlich kommt das von maritimen und großkapitalistischen Kreisen inspirierte Blatt zur Verneinung dieser Frage. Deutschland sei heute in den ostasiatischen Gewässern ganz erheblich schwächer vertreten als alle seine Wettbewerber, trotzdem seine Handels- und Schiffsahrts-Interessen anerkanntermaßen größer sind als die der anderen. Das deutsche Geschwader sei den Aufgaben, die ihm „unter Umständen“ in Ostasien gestellt werden könnten, nicht gewachsen. Was unter diesen „Umständen“ zu verstehen ist, erhellt aus der Thatfache, daß das Interessenorgan der deutsch-ostasiatischen Großkapitalistenkreise für sofort eine jederzeit kriegsbereite deutsche Flotte in den ostasiatischen Gewässern fordert, deren augenblickliche Stärke sein soll:

- 4 Linienfahrzeuge,
- 8 Panzerkreuzer,
- 10 gepanzerte Kreuzer,
- 8 Kanonenboote und
- 15 Hochsee-Torpedoboote.

„Ob mit den zur Verfügung stehenden Mitteln eine weitere erhebliche Verstärkung der deutschen See-Streitkräfte in Ostasien möglich ist“, so fährt das Blatt fort, „muß allerdings bezweifelt werden. Rat muß aber auf die eine oder andere Weise geschaffen werden, wozu wir nicht gegenüber den anderen Mächten zu einer quantitativen Herunterkunft.“

Diese ostasiatischen Politiker der gepanzerten Faust verlangen, daß das Geschwader, welches 1900 bei den ostasiatischen Wirren an der chinesischen Küste gekreuzt und bombardiert hat, dauernd nach Ostasien kommt. Diese Schiffe würden die ostasiatischen Geschwader um 40 000 Tonnen verstärken. Daß damit die Wünsche der ostasiatischen Flottenbesitzer nicht erschöpft sind, zeigt die folgende Auflistung:

„Das Interessengebiet, dem das ostasiatische Geschwader Schutz verleihen soll, wächst von Jahr zu Jahr. Die Schiffe werden unfähig, ihren Aufgaben leistungsfähig gerecht zu werden, wenn sie allein an der chinesischen und japanischen Küste kreuzen. Nur zu oft hört man auch von den Sunda-Inseln, Hinterindien, Siam und Korea, von anderen Ländern ganz zu schweigen, den Wunsch äußern, es mögen öfter deutsche Schiffe die dortigen Häfen anlaufen. Wie die Dinge heute liegen, kann der Geschwaderchef nur in den allerersten Fällen diesen Wünschen gerecht werden; es fehlt ihm an den nötigen Fahrzeugen.“

Esso Panzerfahrer her zu Parade- und Renommierfahrten in den ostasiatischen Gewässern! Immer weiter nach Osten die „deutsche Machtphäre“ ausgedehnt, die gepanzerte Faust gezeigt und Verwirklichung in die Hände der ganzen Welt gezeigt. Die Kosten deckt man aus den indirekten Steuer-großen der unterdrückten Massen.

Der „Lloyd“ bedauert geradezu, daß sich in diesem Jahre die Forderungen des Marine-Etats wiederum im Rahmen des Flottengesetzes von 1890 bewegt hätten. Seit die Regierung vor vier Jahren die Kreuzer-Vorlage zurückgezogen habe, manne es im

Auslande überall an den nötigsten Schiffen. Daher müsse die japanische Flottenvorlage für Deutschland eine ernste Mahnung sein, die nicht überhört werden dürfe.

Wie hier so haben die geheimen Schürer und Treiber, die in der einen oder anderen Weise, direkt oder indirekt interessiert sind am deutschen Kriegsschiffbau oder am Wachstum der Kriegsmarine überhaupt, durch die Jahre ihren Druck auf die amtlichen Marinestellen ausgeübt und die Folge ist, daß nunmehr die zu Beginn dieses Reichstags zurückgezogene Kreuzerflotte an den nächsten Reichstag kommt und zwar in Form eines umfassenden Gesetzes über die Auslandsflotte. Ueber den Maßstab der damaligen Forderungen geht man bereits wieder hinaus. Planmäßig wird das Ziel erstrebt, eine Flotte zu schaffen, die, losgetrennt von der heimischen Schiffsflotte, groß genug sein soll, auf allen Meeren zu segeln.

Der Blick der Flottenhelden richtet sich dabei auf Ostasien. An den Wirren des Jahres 1900 hat man nicht genug. Man dürstet bereits nach neuen „Lorbeeren“. Der Länderehrer unserer Weltpolitik kann die Zeit nicht erwarten, da aufs Neue der Boden der chinesischen Küste mit Blut gedüngt, neue Länderstrecken „gepachtet“ werden.

Dem Zwecke soll die Auslandsflotte dienen, die jetzt schon angekündigt wird und für welche das interessierte deutsche Großkapital im Auslande heute- und profitgierig schon jetzt „scharf macht“.

Roch hat das deutsche Volk die Entscheidung in der Hand. Möge es bei den kommenden Wahlen einen Reichstag schaffen, der nicht der trahnwichtigen Weltpolitik in einer großen Auslandsflotte ein neues Instrument zur Hand giebt, von einem blutigen und kostspieligen Abenteuer in das andre zu hegen.

### Politische Uebersicht.

Berlin, den 3. April.

#### Altenstücke zum Wahltermin.

Die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung“ veröffentlicht nunmehr Altenstücke der Reichsregierung, um den Beweis zu erbringen,

„daß der Reichskanzler niemals sich dahin schlüssig gemacht hat, Seiner Majestät dem Kaiser als Wahltermin den 17. oder 18. Mai oder überhaupt einen in der Nähe dieser Termine liegenden Tag in Vorschlag zu bringen.“

Die Altenstücke sind folgende: Unter dem 21. März ergeht an die Bundesregierungen — geschl. Graf Pofadobow — ein Erlaß des Inhalts: Da die Wahlperiode mit dem 16. Juni abläuft, so sei es geboten, ohne jeden Verzug alle erforderlichen Vorbereitungen für die Neuwahlen, insbesondere wegen der Abgrenzung der Wahlbezirke und wegen Aufstellung der Wahllisten zu treffen.“

Am 26. März hielt Graf Wilow beim Kaiser Vortrag und erstattete zugleich einen Immmediatbericht an den Kaiser mit der Bitte, den Wahltermin am 16. Juni festzusetzen. Am gleichen Tage wurde folgendes Telegramm an die Bundesregierungen versandt:

Berlin, den 25. März 1903. Die Neuwahlen zum Reichstage werden voraussichtlich am 16. Juni stattfinden. Schreiben folgt. J. W.: Pofadobow.

Das Wort „voraussichtlich“ mußte — so sagt die „Norddeutsche“ charakteristisch hinzu, in das Telegramm eingefügt werden, weil zur Zeit der Abendung desselben (25. März) die allerhöchste Order noch nicht ergangen war.“

Erst am 28. März — inzwischen erfolgte unsere Veröffentlichung — kam die kaiserliche Kabinettsorder über den Wahltermin, und am 29. März erließ Graf Pofadobow folgende Verfügung:

„In Gemäßheit des § 8 des Wahlgesetzes werden die Wahl-

listen spätestens am 10. Mai zur Einsicht öffentlich auszu legen sein. Was die Anberaumung der Tage für die engeren Wahlen und die Nachwahlen anbelangt, so glaube ich Einverständnis darüber voraussetzen zu dürfen, daß die Beschleunigung des gesamten Wahlgeschäfts sich in gleicher Weise wie bei den letzt vorhergegangenen Wahlen empfehlen wird.“

Die „Norddeutsche“ stellt noch fest, daß diese Altenstücke die einzigen waren, welche in der fraglichen Angelegenheit seitens der Reichsverwaltung an die Bundesregierungen gerichtet worden sind.“ — Und das Blatt fügt endlich hinzu:

„Was die vom „Vorwärts“ citirte Anleitung zur Aufstellung der Wahllisten“ anlangt, so ist und nicht bekannt, woher diese Anleitung — ihren amtlichen Charakter vorausgesetzt — stammt. Seitens des preussischen Ressortministers ist eine solche Anleitung jedenfalls nicht ergangen.“

Das sind sehr hübsche und durchaus echte Altenstücke, nur haben sie die Eigentümlichkeit, nichts gegen unsere Behauptung zu beweisen. Sie beweisen ebenso wenig, wie die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung“ die Thatfache, daß die Stadt Berlin an der Ausführung einer von ihr geplanten Unterpflasterbahn durch eine vom Kaiser der Firma Siemens u. Halske gegebenen Zusage verhindert worden sei, durch die ewigen Dementis des offiziellen Blattes aus der Welt schaffen kann, daß keine kaiserliche Kabinettsorder ergangen sei, wie Genosse Singer formell inkorrekt im Reichstage gesagt hat. Diese Wortpalsterereien gaukeln Thatfachen nicht hinweg.

Die Altenstücke der Reichsverwaltung sind sicher vollständig, es fehlen aber die, auf die es ankommt: die preussischen Altenstücke.

Der Wahltermin wird ja nicht durch den Bundesrat festgesetzt, sondern ist einzig und allein Sache der persönlichen Entschliebung des Königs von Preußen als deutschen Kaisers.

Es war und sofort klar, daß die Vermählung, den Wahltermin auf den 18. Mai festzusetzen, von der preussischen Agrar-Kamarilla ausgegangen sind. Es war und ebenso klar, daß bis zum letzten Augenblick hinter den Coullissen, hartnäckig um den Wahltermin gestritten werde. Und es war endlich zweifellos, daß die preussischen Interessenten den Sieg ihrer Sache für sicher hielten. Der Ausfluß

dieser Bestrebung war der preussische Ministerialerlaß, der plötzlich verfügte, daß die Wahllisten noch vor Ostern fertig gestellt werden müßten. Das ist der Kern des ganzen Streitfalls und alle Altenstücke der Reichsverwaltung sind gänzlich bedeutungslos gegenüber dieser einen preussischen Verfügung, die nur Sinn hatte, wenn mit einem Wahltermin im Mai gerechnet wurde. Die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung“ wird den Erlaß dieses Inhalts nicht ableugnen können; aber vielleicht veröffentlicht sie nun den Wortlaut auch dieses Erlasses. Darauf kommt es an und so lange dieser Erlaß nicht veröffentlicht und ausreichend erläutert worden ist, beharren wir bei unserer Behauptung.

Wenn die „Nordd. Allg. Ztg.“ erklärt, daß in dem preussischen Ministerialerlaß das Datum des 17. oder 18. Mai nicht enthalten gewesen sei, so haben wir dies auch niemals behauptet. Wir beziehen uns lediglich auf eine amtliche Wahlleitung, die auf Grund der ministeriellen Befehle erfolgt ist. Es ist bezeichnend, daß es wieder die „Freisinnige Zeitung“ ist, die in ihrem Halse gegen die Socialdemokratie der Regierung zu Hilfe eilt. Sie erkundet frei, daß wir eine Bureauverfügung des Wahlbureaus der Stadt Berlin zu einem Ministerialerlaß gemacht haben. Wir haben stets nur von einer amtlichen Anleitung gesprochen. Die „Freisinnige Zeitung“ schwindelt ferner:

„In dem auf die Aufstellung der Wahllisten bezüglichen Ministerialerlaß war ausdrücklich die Frage des Wahltermins als offene bezeichnet. Da aber die Aufstellung der Wahllisten wegen der damit verbundenen Riesenarbeit in Berlin sofort in Angriff genommen werden mußte, so bestimmte der Magistratsdeputierten für die öffentlichen Wahlen nach Gutdanken als Stichtag den 17. Mai.“

Wenn die „Freisinnige Zeitung“ bei der Berliner Behörde Erkundigungen eingezogen haben sollte — und das scheint so — dann unterschlägt sie wider besseres Wissen die Hauptsache; daß man nämlich nicht wegen der „Riesenarbeit“ die Arbeit sofort in Angriff nehmen mußte, sondern weil der Minister die Fertigstellung der Listen noch vor Ostern verfügt hat. Daß die Einlegung des 17. Mai ein Akt des Gutdankens gewesen sein soll, wer sollte das glauben? Warum ist das „Gutdanken“ nicht auf den 16. Juni verfallen, der doch allgemein als Termin galt? Warum ist die „Riesenarbeit“ durch die plötzliche Umkehrung und die verfügte Beschleunigung der Fertigstellung dann noch ins Ungemessene vermehrt worden? In der That hat denn auch der preussische Offiziosus Schneidewitz bereits zugegeben, daß — um eventuell einen früheren Termin wählen zu können — die „vorläufige Einrichtung“ der Listen auf den 17. Mai eingerichtet wurde.

Wir haben gestern den Wirtswart geschildert, der durch die Treiberkreise hinsichtlich des Wahltermins entstanden. Es ist bedauerlich, daß der dringliche Antrag über die Angelegenheit, der gestern in der Berliner Stadtverordneten-Versammlung gestellt wurde, durch den unsinnigen Widerspruch eines Mitgliedes nicht zur Beratung kam. Dann wäre vielleicht einige Klarheit geschaffen worden. —

#### Zwei Trinksprüche.

Bei der Anwesenheit Wilhelms II. in Kopenhagen sind natürlich auch „Trinksprüche“ gewechselt worden. Inhaltlich belanglos, sind die beiden monarchischen Ansprachen doch formell nicht ohne psychologische Interesse. Der Trinkpruch des Dänenkönigs ist von frohlicher Höflichkeit, der Wilhelms II. ist von überströmenden Guldigungsgefühlen erfüllt. König Christian gerichtet der Besuch „zu ganz besonderer Befriedigung und Freude“. Wilhelm II. bittet seinen „aus tiefstem Herzen entzündenden Dank in Gnaden entgegennehmen zu wollen“. Der Däne nennt den Besuch „hochgeschätzt“, empfindet ihn als einen „neuen Beweis Allerhöchster Wohlwollens“ (wohlfür hinfelredigiert! Red.) freundschaftlicher Gesinnung“ und spricht für den Besuch seinen „herzlichsten und wärmsten Dank“ aus. Der deutsche Kaiser aber dankt aus

„aufrichtigstem und treuestem Seemanns-herzen für die hohe Ehre, welche Euerer Majestät mir erwiesen haben dadurch, daß Sie mich zum Admiral der dänischen Flotte ernannt haben, einer Flotte, die mit ehernem Griffel ihre Geschichte in die Tafeln der Weltgeschichte eingeschrieben hat. Ich danke Eurer Majestät für die gnädige Erlaubnis, daß Ihr Mariner-Regiment für alle Zeiten Ihren und so tüchtigen Namen führen darf. Ich danke für den gnädigen, liebenswürdigen und prächtigen Empfang Eurerer Majestät und des gesamten Volkes. Ich, der jüngsten einer unter Europas Herrschern, neige mich in Ehrfurcht vor Ihrem Haupt und spreche aus ganzem, tiefstem, vollem Herzen, und da weiß ich mich eins mit meinem gesamten Volke, das stammverwandt dem braven dänischen ist: Gott schütze und erhalte und Gott segne Euerer Majestät, zu dem wir aufblicken als dem gnädigen, sorgen- und herzensvollen Landesvater, der ein Muster ist als Fürst und ein Muster als Ehemann und Vater auf dem Throne. Möge noch lange Eurerer Majestät vergnügen sein, im Kreise blühender Kinder und heranwachsender Enkelkinder für das Wohl Ihres treuen Volkes zu sorgen und möge noch recht lange König Christian vor seinem hohen Posten stehen, auf dem der Danebrog weht, dessen Falten ihn noch lange umrauschen mögen.“

Dagegen lautete eine Stelle des dänischen Trinkpruchs trotz seiner erheblich geringeren Länge und des bedeutenden Temperaturunterschiedes viel bestimmter. König Christian sprach den Wunsch aus, daß der Besuch „zum weiteren Gedeihen des herzlichsten Verhältnisses zwischen ... unsren stammverwandten Vätern beitragen möge“.

Von diesem „herzlichen Verhältnis“ sprach Wilhelm II., er nannte lediglich die Dänen stammverwandt und brav, aber im übrigen sprach er nur von der Verehrung des durch ihn, den Kaiser, repräsentierten deutschen Volkes für den dänischen Monarchen.



Freilich mußte Wilhelm II. wohl auf solche Hervorhebung des „herlichen Verhältnisses“ verzichten, das im wesentlichen in der rücksichtslosen Ausweisung der „draben“ Dänen aus dem „Stammverwandten“ Deutschen Reich besteht. —

### Eine neue „Wohlfahrts-Einrichtung“ bei Krupp.

Aus Essen meldet uns ein Privat-Telegramm: Die Firma Krupp giebt durch Anschlag bekannt, daß in der Schloßhofscheerei 20 Proz. Lohnabzug bei Einführung der Achtstundentage erfolge. Die Bewegung ist groß. Das ist der achte Geist Kruppischer Wohlfahrts-Einrichtungen. Die Arbeitszeit wird vergrößert, gleichzeitig aber der Lohn um 20 Proz. herabgesetzt.

Die Firma Krupp profitiert eben so viel an ihrer Wohlfahrtsfähigkeit, wie an den patriotischen Lieferungen für alle Militärmächte der Erde. —

### Polizei und Militär gegen Streikende.

Die blutigen Vorfälle in Oromberg sind nach den uns jetzt vorliegenden ausführlichen Nachrichten zweifellos durch die offene Parteinahme der Polizei zu Gunsten der Unternehmer verursacht worden. Der Streik der Banarbeiter ist entstanden, weil die Unternehmer sich hartnäckig weigerten, die bei Ablauf des Tarifs gestellte Forderung einer Lohnerhöhung um 5 Pf. die Stunde zu bewilligen. Schon am 6. März legten die Zimmerer die Arbeit nieder und am 16. die Maurer und Hilfsarbeiter. Die Arbeitsniederlegung erfolgte fast einmütig, es blieben nur 58 Hilfsarbeiter, 2 Maurer und 10 Zimmerer in Arbeit. Gegenwärtig sind noch 900 Streikende vorhanden. Dieses einmütige Handeln der Arbeiter hatte natürlich die Unternehmer dieser östlichen Stadt arg in Harnisch gebracht, so daß sie einem Besetzungsvorschlag des Einigungsamtes schroffe Ablehnung entgegensetzten, während die Arbeiter zu Verhandlungen geneigt waren. Trotzdem blieb alles vollkommen ruhig bis zu dem Zeitpunkt, da es den Unternehmern gelang, Streikbrecher zu finden und die Polizei für sich in Bewegung zu setzen.

Als die ersten Streikbrecher ankamen und von den Unternehmern am Bahnhof in Empfang genommen wurden, waren selbstverständlich auch Streikende zur Stelle und es gelang diesen, sechs der Ankömmlinge zu überreden, daß sie mit ihnen ins Streiklokal gingen. Dieser ganz legale Vorgang brachte die Unternehmer in so stürmische Aufregung, daß sie unter dem Vorgeben, es sei ein Aufruhr ausgebrochen, Polizei und Militär zu Hilfe riefen. Es erschien auch Militär unter dem Kommando eines Lieutenants. Der Offizier war einsichtig genug, sofort wieder zum Abmarsch zu kommandieren, als er die Situation über sah. Es lag eben nicht der geringste Grund zum Einschreiten vor. Die Polizei jedoch verhaftete bald darauf zwei Streikende, weil sie den Versuch machten, weitere Arbeitswillige über den Stand der Dinge aufzuklären. Das war am Montag; zu ersten Zusammenstößen kam es an diesem Tage nicht; vor allem ist am Montag seitens der Streikenden oder der Bevölkerung nichts geschehen, was zum Einschreiten Anlaß gegeben hätte.

Am Mittwoch trafen dann 7 Italiener ein, die sich als Streikbrecher hatten anwerben lassen. Um diese 7 Mann war der Bahnhof durch Militär abgeperrt und 40 Polizisten mit der blanken Waffe in der Hand transportierten die 7 Streikbrecher. Auf dem Elisabethmarkt war eine dichtgedrängte Menge aufgestaut, da das riesige Aufgebot bewaffneter Kräfte natürlich sowohl Aufregung wie Neugier unter der Bevölkerung wachrief. Ein Maurer hat den führenden Polizei-Inspektor, ihm zu erlauben, einige Worte der Aufklärung an die Italiener richten zu dürfen. Die Antwort auf dieses vollkommen gesetzliche und berechtigte Verlangen war die Aufforderung zum Auseinandergehen an die Menge und die Drohung an den Maurer, ihn sofort zu verhaften, wenn er versuche, die Fremden zu sprechen. Darauf wurde allerdings bedauerlicherweise mit Steinen aus der Menge geworfen und dies war das Signal zu einer großen Säbelplattade.

Von den Streikenden, die alle befommene organisierte Leute sind und in ihren Versammlungen stets betont haben, daß nur Ruhe und Besonnenheit zum Ziele führen kann, sind die Steinwürfe nicht ausgegangen. Es hätte aber überhaupt nicht so weit kommen können, wenn auch die Polizei die lästige Besonnenheit gezeigt und nicht ganz grundlos und ganz unberechtigtweise zu Gunsten der Unternehmer aufgetreten wäre. Die vorgenannten Verhaftungen wegen Ansprachen der Arbeitswilligen waren grundlos und ebenso die Drohung mit der Verhaftung für den Fall des Ansprechens. Und das gewalttätige Aufgebot von Militär und Polizei mußte ja aufregend und provozierend wirken. Man hat ganz den Eindruck, als ob in den Ostmarken, wo ja die Achtung des Deutschen der Polizei in den Gliedern liegt und ein ganz besonders schneidiges Regiment herrscht, der legale Streik als eine Art Revolution angesehen würde, der man durch ein imponierendes Aufgebot der bewaffneten Deutschmacht entgegenzutreten zu müssen glaubte. Das vergossene Blut kommt auf Rechnung des Unternehmertums und seiner Bediensteten. —

**Die Kruppischen Arbeiter und die Glenden.** Der „Essener Volksfreund“, das Organ des Centrums-Abgeordneten Stögel, schreibt: „Recht weit gekommen ist es bereits auf der Kruppischen Fabrik. In verschiedenen Werkstätten entfalten jetzt vor den Gewerbetreibenden-Bahnen die Socialdemokraten eine ganz wilde Agitation. Als einige christliche Arbeiter die Schmähungen der roten abwehren wollten, erhielten sie von ihrem Meister einen scharfen Verweis. Die Herren „Genossen“ dagegen ließ man völlig ungehindert ihr Handwerk weiter treiben. Wir meinen, in einer Fabrik, wie die Kruppische, sollte doch eine derartige Agitation unmöglich sein. Statt dessen aber zog man in einzelnen Werkstätten die rote Fahne ziemlich offen hervor und zwar mit Wissen und Willen, ja mit Unterstützung von Meistern!“

Das hätten wir uns vor einigen Wochen doch noch nicht träumen lassen, daß nun, anstatt daß die Essener Arbeiter das Tischhaken zwischen sich und uns zerhackten, sogar die Kruppischen Meister das Tischhaken zwischen sich und den Christlichen zerhacken würden und die rote Fahne in den Kruppischen Werkstätten gehißt werden würde. Aber das Centrumsblatt muß es doch wissen, wenn es diese erfreuliche Erscheinung denunziert. —

### Wahlvorbereitungen.

Nur Stimmbüch brauchen die Konservativen. Im zweiten Berliner Wahlkreise verhandelt der Vorstand des Centralvereins der Konservativen vor dem Potsdamer Thore an alle Leute, die nach Namen, Rang und Stellung als konservativ vermerkt werden, eine Aufforderung zum Eintritt in den Verein. Darin heißt es:

„Wir wollen Ihnen keine zeitraubenden politischen Arbeiten aufbürden und Sie auch sonst nicht in Ihrem Privatleben durch unsere Vereinstätigkeit behelligen. Es liegt uns vor allem daran, die Gewißheit zu haben, mit einer festen Anzahl von Stimmen in die Wahltagung eintreten zu können.“

Es sind eben nur eine handvoll Mäher und Agitatoren, die eine konservative Partei vorstellen und darum können sie sich auch die Socialdemokratie nicht anders vorstellen. In der socialdemokratischen Partei wird keinem garantiert, daß er nur zu stimmen brauche und im übrigen „unbehelligt“ bleiben werde; da soll jeder ein Agitator sein. Die Redensart von der handvoll socialdemokratischer Heuer trifft aber vollständig auf die Konservativen zu. Ein Konservativer braucht nur abzustimmen, das übrige besorgen dann andre für ihn. —

### Ostpreußen.

Die Kreisrätigen in Ostpreußen rechnen damit, wie man in ihrer Presse und ihren Versammlungen täglich lesen und hören kann, den Konservativen einige Mandate abzunehmen. Deshalb werfen sie sich mit ganzer Kraft auf den Kampf gegen die Socialdemokraten. Das zeigt sich z. B. an ihrem Auftreten im Kreise Labiau-Weßlau. In diesem rein ländlichen Kreise wurden 1898 bei der Hauptwahl 12171 Stimmen abgegeben, wovon 5994 auf den Konservativen, 4289 auf den Socialdemokraten und 1782 auf einen unbestimmt liberalen Gutsbesitzer fielen, der Rest zerstreute sich. In der Stichwahl siegte natürlich der Konservative. In diesem Kreise, in dem also eigentlich keine einzige ausgesprochene volksparteiliche Stimme abgegeben wurde, in dem aber die Socialdemokratie die allerbesten Aussichten hat, haben die Mächtigen Männen einen energischen Kampf gegen die Socialdemokratie aufgenommen und führen ihn ganz in der Weise, wie es seit der glorreichen freisinnig-volksparteilichen Jollkampf-Taktik bei dieser seltsamen Volkspartei der Brauch ist. In einer Versammlung in Weßlau, in der der freisinnige Kandidat des Kreises, Rechtsanwalt Kother aus Weßlau sprach, wandte sich dieser und alle folgenden Redner fast ausschließlich gegen die Socialdemokratie. Ein Redner hob den Gegensatz der Verhältnisse in diesem Kreise besonders lächerlichen Anspruchs, daß es das richtige wäre, wenn sich die Arbeiter von vornherein alle dem freisinnigen Bürgerturn anschließen.

Das Auftreten der Kreisrätigen wird natürlich wieder zur Stichwahl führen und in dieser sind die freisinnigen Stimmen den konservativen Kandidaten um so sicherer, je mehr der Freisinn jetzt fast ausschließlich gegen die Socialdemokratie eifert. So bahnt der Freisinn dem Jollwacker die Wege!

### Ausland.

#### Die Lage in Holland.

wird sehr ernst. Offizielle Telegramme melden:

**Haag, 3. April.** Die Section Haag des Allgemeinen Verbandes der Eisenbahn- und Straßenbahn-Angestellten hat eine Bekanntmachung erlassen, in welcher erklärt wird, da die Verhandlungen mit den Eisenbahn-Gesellschaften plötzlich durch die gegen den Ausfall gerichteten Gesetze unterbrochen worden sind, werden die Angestellten gezwungen, zu dem letzten Mittel ihre Zuflucht zu nehmen. Die Angestellten wollen den Ausfall nicht, sie werden aber dazu gezwungen.

**Amsterdam, 3. April.** In einer gestern abend von Eisenbahn-angestellten abgehaltenen Versammlung wurde mit 597 Stimmen bei 8 Stimmenthaltnungen ein Antrag angenommen, in welchem Vertrauen zu den Führern der Arbeiter und der Entschluß ausgesprochen wird, auf die erste Aufforderung in den Ausfall zu treten, um die Anwendung der Gesetze gegen die Ausfälle zu hindern. —

#### Belgien.

**Die Kongregationen.** Seit 4 Wochen diskutiert man in der belgischen Kammer über die Interpellation des Deputierten Crombez über die Einwanderung der französischen Kongregationisten, d. h. die Debatte finden immer nur an den Diensttagen statt, der einzige Tag in der Woche, der den Interpellationen vorbehalten ist. Letzten Dienstag jedoch wurde die Debatte auf Mittwoch und am Mittwoch wieder auf Donnerstag verlagert. Die socialistischen Deputierten Delpoite, Vandervelde, Ansele und Dr. Terwagne-Antwerpen greifen die Kongregationisten heftig an. Terwagne bringt eine Reihe Fälle zur Sprache, woraus hervorgeht, daß die Religionsgesellschaften auch in Belgien vielfach unter dem Deckmantel apostolischer Barmherzigkeit die schamlose Ausbeutung armer Waisenkinder und Kranken betreiben. Durch ihre industrielle und kommerzielle Tätigkeit, die keinerlei Steuern und gesetzlichen Beschränkungen unterworfen ist, schädigen sie das Privatunternehmertum, namentlich das Kleingewerbe. In den Krankenhäusern, so führt der Redner weiter aus, haben vielfach nicht der Arzt, sondern die frommen Schwestern die oberste Gewalt und die Behandlung der Kranken geschieht vielfach weniger nach wissenschaftlichen, als vielmehr nach religiösen Grundsätzen. Er verlangt die Limitation (Verwässerung) der Krankenhäuser und die Unterstellung der Religionsgesellschaften unter das Gesetz.

#### Amerika.

##### Amerika den Amerikanern.

**Chicago, 2. April.** Präsident Roosevelt hielt hier eine Rede, die sich hauptsächlich mit der Monroe-Lehre beschäftigte. Der Präsident sagte: Die Vereinigten Staaten halten ihre Interessen in der diesseitigen Sphäre für größer, als diejenigen irgend einer europäischen Macht daselbst überhaupt sein können, und ihre Pflicht gegenüber sich selbst und den schwächeren Nachbar-Republiken verlangt von ihnen, darüber zu wachen, daß keine der großen militärischen Mächte jemals der Meere in die Rechte dieser Republiken eingreife oder die Kontrolle über dieselben erlange. Diese Politik verbietet daher nicht nur die Zustimmung zur Gebiets-erweiterung, sondern verlangt die Vereinigten Staaten auch, sich der Erlangung einer Kontrolle zu widerlegen, welche in der Bildung territorialer Vergrößerung gleich kommt. Dies ist der Grund, warum die Vereinigten Staaten an der Meinung festgehalten haben, daß der Pan-Am-Kanal nicht durch eine ausländische Nation, sondern durch die Vereinigten Staaten ausgeführt werden solle. Weiter sprach Roosevelt über die englisch-deutsche Expedition gegen Venezuela und über die Notwendigkeit einer starken Marine. Wenn diese geschaffen werde, dann werde keine fremde Macht jemals sich mit den Vereinigten Staaten über die Monroe-Lehre auseinandersetzen können.

##### Der edelste Jagdmann.

**New York, 3. April.** Der dänische Gesandte Freiherr Sped von Sternburg war heute Ehrgast bei einem Bankett des Jagdclubs von Hartford im State Comcedium. Der Präsident des Clubs hielt eine Ansprache, in der er die Freundschaft zwischen den Vereinigten Staaten und Deutschland feierte; er brachte einen Toast auf Deutschland aus, eine männliche Nation, groß und stark zu Wasser und zu Lande, deren rapid aufblühende und kräftige Marine ebenso wie ihre Armee unsere Bewunderung und Achtung herauffordert, eine Nation, an deren Spitze der edelste Jagdmann der Welt steht. Freiherr Sped von Sternburg dankte in Beantwortung des Toastes und sprach seine löbliche Rede also: „Ich bringe nun den von Herrn Präsidenten auf Deutschland ausgebrachten Toast auf Amerika aus, nur daß ich an Stelle „kaiserliches Deutschland“ „republikanisches Amerika“, statt „großartige Armee“ „tapfere Armee“ und statt „edelsten Jagdmann“ „einen der größten Herrscher der Welt“ lese.“

### Herrenhaus.

7. Sitzung vom 3. April 1903, 11 Uhr.

Am Ministertisch: Dr. Studt.  
Die Beratung des Kultusetats wird fortgesetzt.  
Oberbürgermeister Fuh-Miel: Professor Hillebrand hat gestern das Wesen der Reformschulen nicht richtig dargestellt. Auch seine Auffassung des humanistischen Gymnasiums erachte ich nicht mehr für zeitgemäß. Die alten klassischen Sprachen haben schon lange aufgehört — um das Wort des Professors Hillebrand zu gebrauchen — ein Schwert im Kampfe ums Dasein zu sein. Das war vielleicht bis Ulrich von Hutten der Fall. Aber wenn die alten Sprachen auch kein Schwert mehr sind, so sind und bleiben sie doch ein guter Wehstein der geistigen Ausbildung. Wir schwebte bis vor kurzem als ein schöner Traum die Einheits-schule für alle diejenigen vor, die auf irgend einem Gebiete zu

Führern der Nation bestimmt sind. Ich habe die völlige Gleichstellung aller höheren Lehranstalten nicht mit Freuden begrüßt. Die Reformbewegung, deren Anhänger ich geworden bin, war ein, wenn nicht logisch, so doch praktisch notwendiger Schritt. Dadurch, daß hier für alle Schüler ein gemeinsamer Bildungs-Unterbau geboten wird und die Erziehung in der humanistischen oder realen Richtung erst später eintritt, daß also die Schüler sich erst in späteren Jahren für ihren Beruf definitiv entscheiden müssen, wird Schülern und Eltern eine große Wohlthat erwiesen. Ich bitte die Regierung, die mit der Reform Schule begonnenen Versuche in weitestem Maße fortzusetzen und humanistische Reformgymnasien in weitestem Umfange einzurichten, damit in den großen Städten ein richtiger Wettkampf zwischen diesen Anstalten und den alten humanistischen Gymnasien entstehe.

Professor Dr. Schmöller-Berlin: Professor Hillebrands Klagen sind dieselben, die ich schon zu Anfang der Ober Jahre in Halle gehört habe. Damals wurde der sehr verdiente Kurator dieser Universtität von dem Rektor in einer Rede heftig angegriffen, weil er das Lateinische zu sehr vernachlässige, wodurch der Weltuntergang herbeigeführt werden könne. (Große Heiterkeit.) Besonders erging sich der Rektor in Angriffen gegen jene, „qui rei rusticae magis pariti essent quam litterarum“ (die der ländlichen Verhältnisse kundiger sind als der Wissenschaften). (Große Heiterkeit.) Natürlich lachten alle, und auch der Kurator lachte, weil er die Grobheit in den Worten des Rektors nicht verstand. (Erneute Heiterkeit.) Eine Umwandlung der höheren Schulbildung wurde unbedingt notwendig. Wir leben nicht mehr in den stillen deutschen Kleinstädten, wir sind eine große realistische Nation geworden. So war die Gymnasialreform der letzten 10 bis 12 Jahre ein notwendiges Ergebnis eines großen historischen geistigen Prozesses.

Ministerialdirektor Althoff: Ich kann nur dringend bitten, unsere Schulen erst einmal etwas in Ruhe gelassen zu lassen. Es giebt gegenwärtig erst zehn Gymnasien nach dem Frankfurter System in Preußen, dazu 28 Reform-Realgymnasien. Vielfach haben Schüler, die auf dem Frankfurter Goethe-Reformgymnasium ausgebildet sind, sich vor andern auf der Universität in allen Sprachen ausgezeichnet. (Hört! hört!) Aber die Sache ist noch nicht ausgetragen.

Prof. Dr. Hillebrand-Vreslau wiederholt seine Klagen über die mangelhaften Leistungen des heutigen Gymnasiums. Die Studenten beherrschen nicht einmal mehr die lateinische Grammatik.

Aktuarminister Dr. Studt: Ich betrachte es gerade als eine wertvolle Errungenschaft der gegenwärtigen Schulreform, daß sie den humanistischen Charakter des Gymnasiums verliert hat. Die Beschränkungen des Vorredners sind gegenstandslos. Der Gedanke an die sogenannte „Einheitschule“ oder „Normalschule“ liegt der Unterrichtsverwaltung fern. Eine derartige Schulorganisation des Unterrichts würde zu einer Kirchenstrafe führen, die die Unterrichts-ergebnisse sehr schädigen würde.

Freiherr v. Durant wendet sich gegen die moderne „negative“ Theologie, die die christliche Offenbarung anzweifelt. Die Herren Professoren sollten lieber die Absichten Gottes zu erforschen suchen, als seine Existenz anzweifeln und sein Wirken in seiner Bedeutung herabdrücken. Der Glaube ist etwas Transzendentes, an das die Wissenschaft nicht heranreicht. Glaube und Wissenschaft gehen nebeneinander her. Redner verliest Stellen aus den Werken Eduard v. Hartmanns.

In weiteren Verlauf seiner Rede greift er eine von dem Kieler Professor Baumgarten gehaltene Rede an und kommt im allgemeinen auf die verwirrende Tätigkeit zu sprechen, welche diese negativ genannten Theologieprofessoren auf die jungen Studenten ausüben. Dr. Dryander hat mir das beklagt und die Regierung muß hier dringend Abhilfe schaffen. Auch die Synoden haben bereits anerkannt, daß diese Dinge weite Beunruhigung hervorgerufen haben. Es liegt mir fern, die Freiheit der Wissenschaft oder die freie Forschung an sich anzugreifen. Es ist aber ein Unterschied zwischen freier Forschung und unbeschränkter Lehreffreiheit zu machen. Es geht nicht an, daß die deutsche evangelische Landeskirche es zu geben laßt, daß die künftigen Diener von Professoren ausgebildet werden, die sich mit den Fundamentalsätzen der Kirche in Widerspruch setzen. Eine Kirche, die sich das gefallen läßt, muß ihrem Verfall entgegengehen. Der Staat hat die Pflicht, die großen evangelischen Organisationen der Kirche zu schützen, zumal der Träger der Krone summus episcopus. Wer nicht auf dem Boden des Christentums steht, kann nicht Mitglied einer theologischen Fakultät sein. Auf solchem Boden können wir uns einigen, und es bleibt mir unverständlich, wie man aus theologischer Sorge für die Unabhängigkeit der Fakultäten alles beim alten lassen will. Eine Veränderung von heute auf morgen ist nicht zu denken, aber allmählich ist die Änderung möglich. Die angestellten Professoren müssen wir erdulden, aber bei neuen Anstellungen kann man vorsichtiger sein. Von einer Gleichberechtigung der positiven und negativen Richtung kann doch nicht für Männer die Rede sein, die die göttliche Offenbarung leugnen, die den Heiland aus dem Evangelium hinausweisen, ihren göttlichen Ursprung bestreiten, alle Wunder ableugnen. Diesen Leuten muß die Anstellung verweigert werden. Die theologischen Fakultäten müssen eine andre Organisation erhalten. Es sollen besondere Fakultäten für allgemeine Religionswissenschaft errichtet werden, denen vor allem die Ausbildung der Geistlichen obliegen müßte. Prediger-Seminare müßten als Gegengewicht gegen die negativ-nichtigen Fakultäten errichtet werden. Der Regierung kann ich nur rufen, sie möge uns dazu helfen, daß nicht der Unglaube im Volke von den Lehrlingen der Universitäten gefördert werde. (Beifall).

Aktuarminister Dr. Studt: Der Standpunkt, den ich schon im vorigen Jahre hier dargelegt habe, wird auch in Zukunft für die Verwaltung maßgebend sein. Inzwischen sind nun in mancherlei Hinsicht zwischen Kirche und Theologie hervorgetreten. Solche Missstände können aber durch das Eingreifen des Staates nicht beseitigt werden. Daß die theologische Freiheit, die mit der Reformation erwachsen ist, ihre Gefahren hat, verkenne ich nicht, aber diese Gefahren müssen ertragen werden in der sicheren Voraussetzung, daß alles Extreme, Unkrautbare und Wahrheitswidrige im Kampfe des Geistes überwunden werden wird. Ein Eingreifen von außen würde mir die Folge haben, daß der Fortschritt Bundesgenosse gewinnt. Dem Ernste der wissenschaftlichen Forschung und der Kraft des evangelischen Geistes darf vertraut werden, daß sich alle Spannungen und Schwierigkeiten ohne unser Eingreifen von selbst wieder lösen werden. Das ist der Standpunkt der Regierung, dem gegenüber mein persönlicher Standpunkt zurücktreten muß. Ich habe meine positive Glaubensrichtung stets offenkundig bekämpft.

Was die Anrede anlangt, die der Professor der Theologie Baumgarten in Kiel durch sein Auftreten in Wort und Schrift vertretet hat, so bedauere ich die Unvorsichtigkeit, die dadurch in der hiesigen holländischen Landeskirche hervorgerufen ist. Nun ist aber mit Zustimmung der theologischen Fakultät in Kiel mit Einschluß des Herrn Baumgarten ein Privatdozent von durchaus positiver Richtung angestellt worden. Der Festrede des Professors Baumgarten ist wohl eine übertriebene Bedeutung beigelegt worden.

Zweilens kommt in Betracht das Auftreten des Privatdozenten der Theologie, Licentiaten Weigert in Bonn. Auch dessen Vorgehen habe ich bedauert. Gerade die Privatdozenten der Theologie hätten alle Verantwortung, sich auf den Katheder zu beschränken, anstatt sich außerhalb desselben mit den neuesten wissenschaftlichen oder vermeintlichen Forschungen der Wissenschaft zu beschäftigen. Neuerdings sind an die evangelisch-theologische Fakultät zu Bonn zwei anerkannte Gelehrte der positiven Richtung berufen worden. Die Unterrichtsverwaltung wird forsachen, die theologischen Lehrstühle an den Universitäten mit Männern zu besetzen, die mit wissenschaftlicher Tätigkeit ein warmes Herz für die Interessen der evangelischen Kirche vereinen. Daß dabei die positive Richtung nicht zu kurz kommen wird, dessen können Sie versichert sein. (Beifall.)

Graf Friesen-Schwerin: Die evangelischen Mitglieder der konservativen Partei dieses hohen Hauses stehen im großen ganzen auf dem Standpunkt des Herrn v. Durant. (Zustimmung.) Die Grundsätze, die der Minister soeben auseinandergesetzt hat, sind sehr er-



freudlich, aber nur in der Hand eines Ministers, der auf dem positiven evangelischen Standpunkt steht. Aber warum soll es bei der theologischen Fakultät nicht ebenso sein, wie bei anderen Fakultäten, die, wie die medizinische, sehr wohl Elemente fernhalten können, die ihnen nicht passen? Warum sollen die evangelischen Fakultäten die Vertreter der negativen Theologie in ihrem Schoße dulden? Zwar die jetzt im Amte befindlichen Vertreter dieser Richtung müssen ertragen werden, aber eine andre Frage ist, ob nicht mehr Vertreter der negativen Theologie an unsere Universitäten berufen werden sollen. (Beifall.)

Prof. Dr. Schmoller-Berlin: Hr. v. Durant hat einen ganz falschen Gegensatz konstruiert: „positive“ und „negative“ Theologie. In Wirklichkeit handelt es sich um den Gegensatz zwischen der historischen Bildung in Theologie und Wissenschaft und dem rein dogmatischen Standpunkt. (Sehr richtig!) Wenn Hr. v. Durant konsequent bleiben will, so muß er überhaupt die historische Bildung aus der Theologie hinausweisen, und es bleibt ein Dogmatismus starrer Art übrig. Die Bekenntnisse im Christentum haben sich immer gewandelt. Wollen Sie Männer wie Melancthon und Luther den Namen von Christen abschneiden, weil sie weniger orthodox waren als die herrschende Kirche? Mein verehrter Freund Darnad ist vielleicht für das 19. Jahrhundert dasselbe, was Melancthon für seine Zeit war! (Oh!) und Widerspruch. Es wäre ein großes Unglück sowohl für die Universitäten wie auch besonders für die Kirche, wenn infolge der Vorklänge des Herrn v. Durant die theologischen Fakultäten aus den Universitäten hinausgedrängt würden. Gewiß giebt es einen Punkt, wo die Professoren der Theologie sich selber sagen müssen: „Ich darf nicht mehr Lehrer der Theologie sein.“ Das haben hervorragende Forscher auch mehrfach gesagt. Die Behörden aber dürfen nicht den einzelnen von einem vielleicht beschränkten orthodoxen Standpunkt aus sagen: „Du bist kein guter Christ mehr, Du darfst kein Lehrer der Theologie mehr sein.“ Man muß in dem großen Kampfe von Glauben und Wissen die Freiheit der inneren Entwicklung wahren. Damit steht und fällt unsere evangelische Kirche. Wenn Sie uns diese Freiheit nehmen wollen, dann giebt es nur einen konsequenten Weg: Kehren Sie in den Weg der katholischen Kirche zurück! (Lebhafte Beifall und Widerspruch.) Wollen Sie aber evangelische freie Christen bleiben, so müssen Sie auch eine freie theologische Wissenschaft dulden! (Lebhafte Beifall.)

Prof. Dr. Voening-Halle: Eine Verständigung zwischen mir und Herrn v. Durant ist, wenn er sich auch auf meine vorjährigen Ausführungen berufen hat, leider ausgeschlossen. (Bravo! bei den Bürgermeistern und Professoren.) Herr v. Durant steht auf dem Boden des katholischen Dogmas, ich auf dem der evangelischen Reformation. Gegen die Unterdrückung, die Freiheit v. Durant zwischen der Freiheit der Wissenschaft und der Freiheit der deutschen Professoren gemacht hat, protestiere ich im Namen der deutschen Professoren und unserer akademischen Jugend. (Bravo!) Ich erkenne auch weder Pastoren noch Provinzialsynoden als diejenigen an, die im Namen der Kirche zu reden befugt sind, das alles ist katholische, nicht evangelische Auffassung; es widerspricht dem Prinzip der evangelischen Kirche. (Zustimmung.)

Oberhofprediger Dr. Dyander spricht dem Herrn v. Durant den Dank dafür aus, daß er seine Opposition als von positiver Seite kommend bezeichnet habe. Beirriten aber müßte er, daß er im vorigen Jahre gesagt habe, die Reformation sei eine That der Wissenschaft und nicht des Glaubens. Herr v. Durant hat die Bedürfnisse der Kirche, die Herzen Professoren die Bedürfnisse der Wissenschaft vertreten. Die Beförderung, das Element, die die Substanz der christlichen Lehre antworten, vordringen, ist vorhanden. Die Kirche hat die Pflicht, solchen Begehungen entgegenzutreten, sie hat die Pflicht, für Nachwuchs in ihrem Sinne zu sorgen und das positive Bekenntnis auf unsern Kanzeln zu wahren. Alle diese Begehungen überlasse ich in meiner amtlichen Thätigkeit. Mit derselben Entschiedenheit aber sage ich, es ist unmöglich, auf dem Wege staatlicher Verwaltungsmaximen, auf dem Wege der Beschränkung der Pressefreiheit oder Kernfreiheit, die jungen Theologen vor verwirrenden Einflüssen zu schützen. Sollte man der theologischen Wissenschaft ein staatliches Machtgebot „bis hierher und nicht weiter“ zurufen, so würde man der Kirche einen schweren Schaden thun. (Sehr richtig! links.) Was ich auf der Unbeständigkeit dogmatischer Lehren gelernt habe, das wird heute auch von positiven Geistlichen als veraltet anerkannt. Gegenüber einer solchen Umgestaltung der Dinge muß auch die Möglichkeit gegeben sein, daß ein Fortschritt entgleist. Die Wissenschaft korrigiert sich selbst. Sorgen Sie, daß der Nachweis der Theologen von der inneren Kraft des Evangeliums durchdrungen ist. Führen Sie uns frisches Blut aus den edelsten Familien zu. (Beifall.)

Graf Bieten-Schwerin: Herrn Schmoller werde ich nicht darin folgen, Herrn Darnad mit Melancthon zu vergleichen. (Bravo! rechts.) Selbstverständlich wollen wir die jungen Theologen nicht zurückhalten, daß sie von den die Welt bewegenden Problemen nichts wissen sollen.

Oberbürgermeister Stuckmann erklärt die Anschauungen des Herrn v. Durant für völlig unannehmbar und tritt lebhaft für die Freiheit der Wissenschaft und Forschung ein. Die Intoleranz der Orthodoxen werde dazu führen, die große Masse der Gebildeten aus der Kirche ganz hinauszutreiben und sie in verächtliche Opposition zur Kirche zu drängen. Ueberhaupt sind Sie den Bogen nicht, danken Sie Gott, daß Sie eine Regierung haben, die Ihnen so weit wie irgend möglich entgegen kommt.

Reichert v. Solms-Laubach erklärt, daß die dem Hause angehörenden Katholiken voll und ganz auf dem Standpunkte des Herrern v. Durant stehen. Symbolisch sei ihm der Satz des Herrn Schmoller gewesen: Stehen Sie zurück zur katholischen Kirche, wenn er auch wenig Hoffnung auf Erfüllung dieses Wortes habe. (Heiterkeit.)

Professor Bierling-Greifswald schließt sich den Ausführungen der Herren Schmoller und Voening an.

Ein Schlußantrag wird angenommen.

Oberbürgermeister Bender-Breslau tadelt die Ueberbürdung der jungen Mädchen in den Lehrkräusen-Seminaren. Es lämen da geradezu himmelschreiende Qualereien vor.

Ministerpräsident Dr. Staudt: Es giebt zur Zeit nur ein einziges staatliches Lehrkräusen-Seminar, in Posen. Ich bin ein entschiedener Gegner der mechanischen Gedächtnisarbeit.

Oberbürgermeister Schneider-Wagdeburg bringt die Wirkungen des letzten Lehrerbildungs-Gesetzes auf die Finanzen der größeren Kommunen zur Sprache und regt eine Revision dieses Gesetzes an.

Professor Dr. Voening-Halle fordert baldige Vorlegung eines Schuldotations-Gesetzes.

Aufnahme-Minister Dr. Staudt teilt mit, daß die Vorarbeiten für ein Schuldotations-Gesetz noch nicht den erwünschten Abschluß gefunden haben, weil zu viel Schwierigkeiten zu überwinden sind. Er sei heute noch nicht in der Lage, den Zeitpunkt der Einbringung eines neuen Schuldotations-Gesetzes zu bestimmen.

Professor Hüster-Narburg kommt auf eine Aeußerung des Herrn v. Durant zurück, der gesagt habe, die positiven Theologie-Professoren müßten sich ebenso gegen die negativen sträuben, wie sich die medizinischen Professoren gegen die Zulassung der Homöopathen sträubten. Er glaube nicht, daß irgend jemand an die Errichtung eines homöopathischen Lehrstuhls denke. Die Homöopathie ist gar keine Wissenschaft, ebensowenig wie der Spiritismus.

Graf Bieten-Schwerin: Ich danke dem Vordränger für die Unterstützung meines Freundes Durant. Er will keine Homöopathen, die evangelische Kirche auch. Wir sträuben uns auch gegen die, die der Kirche den Kopf abnehmen wollen, die ihr nämlich unsere Herrn Jesum Christum nehmen wollen.

Graf v. Dönhofs-Söllau lenkt die Aufmerksamkeit des Hauses auf einen Vorschlag zur Unterstützung von babylonischen Ausgrabungen. Die Regierung sollte dafür Sorge tragen, daß Urteile über Funde erst näher geprüft werden, ehe sie der Öffentlichkeit übergeben würden. Veranlassung dazu gebe ihm das Vergehen des Professors Delisle. Im Lande krochten jetzt ganz einfache Leute, ob es denn wahr sei, daß die Bibel nicht Gottes geoffenbartes Wort sei. Es müßten auch Theologen bei der Beurteilung der Ausgrabungen hinzugezogen werden. Der Staat habe ein Interesse daran, daß die Forschungen nicht zu Nothen, die die Allgemeinheit nichts angehen, ausgebeutet werden und keine zeitigen Wirkungen zeitigen.

Generaldirektor der Museen Dr. Schöne: Die Ausgrabungen in Babylon dienen der Erforschung der alten assyrisch-babylonischen Kultur. Es ist Aufgabe der Wissenschaft, daraus die Folgerungen zu ziehen, die sich eventuell für die altorientalische Frage ergeben können. Wenn diese Schlüsse in einigen populären Vorträgen gewissermaßen vorweggenommen sind, so ist das weder auf Antrag noch im Einverständnis mit der kaiserlichen Staatsregierung geschehen, noch liegt das innerhalb der Aufgaben der Orientgesellschaft, zu deren Unterstützung dieser Fonds bestimmt ist. Die Orientgesellschaft hat sich einfach die Erforschung des Thatsächlichen zum Ziele gesetzt. Ich glaube, mich weiterer Erörterungen darüber enthalten zu können, nachdem in einem zur Veröffentlichung gelangten Briefe Sr. Majestät des Kaisers und Königs diese Ziele und die dabei einschlagenden Wege mit aller möglichsten Deutlichkeit dargelegt worden sind. Es wird Aufgabe der geplanten wissenschaftlichen Veröffentlichungen über die Ausgrabungen zu Basel sein, das dort gesammelte Material vollkommen unparteiisch und objektiv der allgemeinen Prüfung zu unterbreiten und die weiteren für die religiöse Fortbildung daraus sich etwa ergebenden Schlussfolgerungen der allgemeinen Mitarbeit der wissenschaftlichen und theologischen Kreise zu überlassen.

Damit schließt die Debatte. Der gesamte Etat und das Etatsgesetz werden angenommen. Darauf vertagt sich das Haus. Nächste Sitzung: 20. April. Petitionen. Schluß 4 1/2 Uhr.

## Aus Industrie und Handel.

Das Organ des Centralverbandes Deutscher Industrieller, die „Deutsche Industrie-Zeitung“, ist natürlich von dem Gang der Martell-Enquete höchst befreudigt. Es bezeichnet die Verhandlungen als „Lebung in einem volkswirtschaftlichen Seminar“, bei welcher die Leitung des Syndikats auch die Leitung des Fortbildungskurses übernommen hatte.

„Die ganzen Verhandlungen“, heißt es weiter, „boten nicht einen einzigen Anhaltspunkt für ein gegenseitiges Eingreifen gegen das Kohlenyndikat. Weder aus der Preispolitik, noch der Stellung zu den übrigen Industrien und dem Handel, noch aus dem Einfluß auf die Arbeiter und die Löhne konnte irgend ein Schluß gezogen werden, der in dieser Richtung wäre. Die Verhandlungen waren vielmehr in der Hauptsache eine gründliche Reaffirmierung der Politik des Syndikats und dessen Organisation, und die Teilnehmer der Konferenz hatten wohl die Ueberzeugung mit sich genommen, daß das Syndikat sehr viel besser ist als sein Ruf. Die persönliche Vertretung des Syndikats war eine glänzende, insbesondere hatte der Geheim-Kommerzienrat Stiefdorf es verstanden, durch seine Behandlung des Stoffes und die sichere und liebenswürdige Sprechweise die Verhandlungen zu einem kaum beirriteten vollen Erfolg des Syndikats zu führen. Es verdient hervorgehoben zu werden, daß die Leitung der Verhandlungen durch Geheimrat Dr. van der Vorcht eine sehr glückliche ist und daß die sachliche Einföhrung in den Stoff durch Regierungsrat Dr. Voelcker sich in den Grenzen voller Objektivität hielt.“

Daß die Macher des Centralverbandes so ähnerlich zufrieden mit der Leitung der Enquete durch den Geheimrat van der Vorcht und mit dem einleitenden Referat des Herrn Dr. Voelcker sind, ist recht begreiflich. Sie haben allen Anlaß dazu.

In der Leitung der Krupp'schen Werke scheinen, wie dem „Berl. Tageblatt“ aus Essen geschrieben wird, allerlei Änderungen bevorzuziehen. Das Aufscheiden des Direktors Gildhausen wird wohl zu Unrecht auf Differenzen mit dem bereits in Thätigkeit getretenen Aufsichtsrat zurückgeführt. Direktor Gildhausen scheidet vielmehr aus, um den Generaldirektorenposten eines größeren Hüttenwerkes, wahrscheinlich des Süder-Bereins, zu übernehmen. Die seltene Thatsache, daß ein Direktor der Firma Krupp ausscheidet, um einen wahrscheinlich noch höher dotierten Posten eines andern Werkes anzunehmen, läßt natürlich allerlei bage Gerüchte entstehen. Daß sich im übrigen innerhalb des Werkes manche Änderung vollziehen wird, wenn auch ganz allmählich, ist sicher; so werden jetzt auch in den unteren Beamtencategorien Erhebungen über den Bildungsgrad des einzelnen angestellt. Auch die in den einzelnen Zweigen der Verwaltung verschiedene Arbeitszeit soll geregelt werden. Daß eine Vergrößerung der Fabrik durch Errichtung eines großen Betriebsgebäudes zur Hüttenfabrikation bevorzuziehen, ist schon kurz gemeldet worden. Bisher wurde die Hüttenfabrikation in verschiedenen, getrennt liegenden Gebäuden der Mononenbetriebe vorgenommen, wodurch vielfach Unbequemlichkeiten entstanden. Man kann aus der Errichtung dieses Baues den Schluß ziehen, daß die Firma Krupp demnächst auf größere Aufträge in Kriegsmaterial rechnet.

Stempelsteuer-Hinterziehung. Im den Grund der kürzlich gemeldeten Stempelsteuer-Defraudationen, die bei einer Revision der Postgeschäfte entdeckt wurden, abzuschwächen, stellt die „Frankfurter Zeitung“ den in den Jahren 1892/1891 entdeckten Entziehungen von Reichs-Stempelabgaben die bei der Entrichtung der Brauwertsteuer vorgekommenen Defraudationen gegenüber. Danach ergiebt sich folgendes Verhältnis:

Rechnungsjahr	Reichs-Stempelabgaben auf eine Million Mark		Brauwertsteuer auf eine Million Mark	
	Summe der hinterzogenen Gehälte	Summe der veranbalteten Steuer entfallende bestrafte Beträge	Summe der hinterzogenen Gehälte	Summe der veranbalteten Steuer entfallenden bestrafte Beträge
1892	289	13	57 721	409
1893	706	34	129 126	1085
1894	101	3	173 062	1366
1895	1180	36	41 347	371
1896	203	4	190 072	1701
1897	218	4	75 291	649
1898	4503	87	25 323	211
1899	480	9	17 774	140
1900	313	5	97 642	775
1901	1316	13	46 146	360

Demnach verstehen sich die agrarischen und großindustriellen Brauwertsteuernehmer nicht minder auf die Steuerhinterziehung als manche Bankiers, vielleicht sogar, wie die vorstehende Zusammenstellung beweist, noch etwas besser.

Jura-Simplonbahn. Der schweizerische Bundesrat hat dem Abkommen zugestimmt, nach dem die Schweizerische Kreditanstalt und die Berner Kantonalbank die gesamten nicht bereits in Bundesbesitz oder sicherem Privatbesitz befindlichen Aktien der Jura-Simplonbahn übernehmen und dem Bund zu den im vereinbarten Rückkaufvertrage festgesetzten Bedingungen zur Verfügung halten werden. Da hiermit, von einigen Hundert Aktien abgesehen, fast das gesamte Aktienkapital in den Händen des Bundes und beider Banken ist, wird die Liquidation der Jura-Simplonbahn sehr erleichtert.

Streik in den Vereinigten Staaten von Amerika. Wie der „Times“ und New York gemeldet wird, ist mit einer Reihe Streiks in der Eisenindustrie und im Eisenbahnbau zu rechnen. Der Ausstand unter den Arbeitern der American Bridge Company, durch den bis jetzt nur die Launen dieser Gesellschaft verzögert werden, droht auf solche Betriebe sich auszudehnen, die der Stahl-Trust mit Baumaterial versorgt. Als Grund des Ausstandes wird angegeben, daß Leute von der Bridge Company beschäftigt werden, die nicht der Arbeiter-Union angehören, und daß die Company die Bestimmungen der Union nicht beachte. Auf verschiedenen großen Vanten der Gesellschaft in New York und in andern Städten hat man die Arbeit bereits niedergelegt. Auch unter den Bahnarbeitern mehrerer großen Bahnen gärt es.

## Sociales.

Der Kerzestrick zu Wühlhausen in Thüringen scheint durch das Entgegenkommen der Kerze einen friedlichen Verlauf nehmen zu

wollen. In einer Besprechung zwischen den Vorständen der in Frage kommenden Orts-Krankenkassen und den Kerzern, an der auch Vertreter des Magistrats teilnahmen, haben sich die Kerze dazu verstanden, ihre Forderungen für den Fall aufzugeben, daß die Kassen nach wie vor nicht mehr als bisher überhaupt nicht leisten können.

Die größte unter den 66 gewerblichen Berufsvereinigungen ist jetzt die Fleischer-Verbandsvereinigungen, nachdem am Grund des neuen Unfall-Versicherungsgesetzes alle Betriebe, in denen Hilfsberufe beschäftigt werden, aufgenommen sind. Die Fleischer-Verbandsvereinigungen umfasst gegenwärtig, wie die „Allg. Fleischer-Zeitung“ mitteilt, 48 007 Betriebe.

Die deutschen Streiks und Ausperrungen im 4. Quartal 1902.

Bei Beginn des Quartals waren noch 36 Streiks aus dem Vierteljahre vorher unbeeidigt, von denen noch 5 sich bis ins erste Quartal 1903 hineinziehen. Begonnen wurden neu 171 Streiks, beendet 183. Die Zahl der betroffenen Betriebe betrug 583, darunter kamen 90 zum völligen Stillstand. Die Höchstzahl der gleichzeitig streikenden Arbeiter betrug 10 542, die der gezwungen feiernden Arbeiter 781. 41 Streiks hatten vollen, 35 teilweisen und 107 keinen Erfolg. — Die Zahl der Ausperrungen, die sich aus dem dritten ins vierte Quartal 1902 hineinziehen, betrug 9; ebensoviel Ausperrungen wurden neu vorgenommen und 13 beendet. Die Zahl der betroffenen Betriebe betrug in diesem Falle 105; davon kamen zum völligen Stillstand 41. Beim Ausbruch der Ausperrung waren im Gesamtbetriebe 3765 Arbeiter beschäftigt. Die Höchstzahl der gleichzeitig Ausgesperrten betrug 1409, die der gezwungen feiernden Arbeiter 61. Die Ausperrungen hatten in 12 Fällen vollen, in einem Falle keinen Erfolg.

Wir werden im Veröffentlichung des folgenden den ersucht: Maßregelungen in der Innungs-Krankenkasse der Tischler.

In der Innungs-Krankenkasse der Tischler haben die Mitglieder des Holzarbeiter-Verbandes sämtliche Mandate der Delegierten besetzt und da bei der Neuwahl der Delegierten am 20. Dezember 1902 nur Mitglieder des Holzarbeiter-Verbandes als Delegierte gewählt wurden, die gleichzeitig Mitglied eines sozialdemokratischen Wahlvereins sind, steht fest, daß sozialdemokratische Arbeiter die Zweidrittel-Mehrheit in der Innungs-Kasse der Tischler besitzen.

Diese sozialdemokratische Mehrheit beschloß in einer vertraulichen Besprechung, bei der infolge Mündigkeit sämtlicher Beamten durch den Vorstand notwendig werdenden Neuwahl in der nächsten Generalversammlung 8 Beamte nicht wiederzuwählen. In Stelle dieser 8 Beamten sollten ursprünglich 2 Vorstandsmitglieder, 4 Delegierte und 2 andre Mitglieder des Holzarbeiter-Verbandes treten.

Der Vorstand unserer Organisation wurde nach der Besprechung der Delegierten bei dem Vorstände der Innungs-Kasse vorstellig und bat um Abgabe der Gründe für die beschlossene Entlassung.

Der Vorstand erklärte, daß vom Kassensstandpunkte aus Entlassungsgründe nicht vorliegen, daß vielmehr sämtliche Beamte ihre Pflicht und Schuldigkeit im vollen Maße thun.

Der Vorsitzende erklärte, er sei selbst mit den Beschlüssen der Vorbesprechung nicht „ganz“ einverstanden. Die Delegierten seien aber der Ansicht, daß die Beamten entlassen werden müssen, weil einige keine gelernter Tischler seien, einer die „Morgenpost“ lese, kurz weil das ganze Verhalten der Beamten außerhalb der Kasse dem Gesamtwort der Delegierten nicht entspreche. Für die Entlassung des einen Beamten wurde der allerdings erhebliche Grund angeführt, daß derselbe im Jahre 1900 beim Tischlerstreik gearbeitet habe.

Es fand dann noch eine Aussprache mit den Arbeitnehmer-Delegierten der Innungs-Kasse statt.

In dieser Aussprache wurde wiederum durch den Vorstand festgestellt, daß alle Beamte ihre Pflicht und Schuldigkeit in der Kasse thun.

Die Beschlüsse der Delegierten wurden in der Hauptsache von zwei Leuten verteidigt, die von der Vorbesprechung als zukünftige Beamte ansersehen waren.

Die Delegierten-Versammlung stellte sich auf den Standpunkt, daß sie entlassen könne, wen sie wolle. Wenn die Delegierten-Versammlung nur Leute entlassen solle, die ihre Pflicht in der Kasse nicht thun, so würden sie für solche „Selbstverwaltung“ danken. Entlassen solle werden, wer einerseits nicht Tischler sei und andererseits seine Pflicht in den den Delegierten genehmen Gewerkschaften nicht thue.

Einen Beamten der Kasse, der Mitglied des Holzarbeiter-Verbandes ist und nicht zu denen gehörte, die entlassen werden sollten, wurde, weil er es mochte, für die nicht dem Holzarbeiter-Verbande angehörenden Kollegen einzutreten, sofort angeordnet, daß er nun auch mit der Entlassung zu rechnen habe. Die Generalversammlung fand am 26. März statt. Sie verließ infolgedessen nicht ganz programmäßig, als die beiden Vorstandsmitglieder, die sich vorher bereit erklärt hatten, Beamte zu werden, auf diese Anstellung verzichteten. Es war diesen Vorstandsmitgliedern wohl inzwischen klar gemacht worden, daß es mit der Ehre eines organisierten Arbeiters nicht zu vereinbaren ist, Leute zu maßregeln und sich dann an deren Stelle zu setzen.

Vor der Wahl erklärte in der Generalversammlung der Vorstand durch den Vorsitzenden, daß er die Wiederwahl sämtlicher Beamten empfehle. Gegen die vorgeschlagene Reklamationswahl wurde Widerspruch erhoben, und es wurden sechs Beamte, darunter auch das oben erwähnte Mitglied des Holzarbeiter-Verbandes, der für seine Kollegen eingetreten ist, nicht wiedergewählt.

Sowohl die politische wie die gewerkschaftlich organisierte Arbeiterpartei Berlins wird Stellung dazu nehmen müssen, ob sie sich diesen Schlag ins Gesicht ruhig gefallen lassen will.

Der Vorstand des Verbandes der Verwaltungsbeamten der Krankenkassen und Berufsvereinigungen Deutschlands (Bezirksgruppe Berlin-Brandenburg).

Die unterzeichneten Mitglieder des Vorstandes der Innungs-Krankenkasse erklären dazu:

Bei einer Maßregelung einzelner Beamten kann keine Rede sein. Ist doch selbst der Obermeister der Tischlerinnung, Herr Kahardt, für mehrere der neu vorgeschlagenen Kandidaten eingetreten und aus dem Abstimmungsresultat ergiebt sich, daß auch ein Teil der Unternehmervertreter für die vorgeschlagenen gestimmt hat.

Die Beamten der Kasse werden auf Grund des seit dem 4. Oktober 1902 gültigen Statuts von der Generalversammlung gewählt und diese Wahl gilt für zwei Jahre, ein Rodus, der bei mehreren hiesigen Kassen besteht. Um die auf Grund des alten Statuts angestellten Beamten auf das neue Statut anstellen zu können, wurde zu dem ersten in Frage kommenden Termin sämtlichen 14 Beamten der Kasse gesündigt, damit die Generalversammlung ihr Wahlrecht ausüben konnte. Bei dieser staatsgemäß nötigen Neuwahl sind dann allerdings sechs der alten Beamten nicht wieder gewählt worden, was eben jedem Beamten passieren kann, wenn seine Stellung von einer Wahl abhängig ist. Die Behauptung, daß es sich um eine Maßregelung wegen der Gefinnung handelte, könnte damit mit einem Schein von Berechtigung erhoben werden, wenn alle diejenigen Beamten entlassen worden wären, die gewerkschaftlich und politisch nicht mit den Delegierten übereinstimmen. Das ist durchaus nicht der Fall. Auch unter den Wiedergewählten sind solche, die entlassen werden könnten, wenn nach der Gefinnung gefragt worden wäre. Ist doch gerade derjenige wiedergewählt worden, dem vorgeworfen worden sein soll, daß er die „Morgenpost“ lese. Einer der Wiedergewählten, der erst in die Stimmwahl kam, ist sogar gewählt worden, nachdem sich die Unternehmer-Vertreter enthielten hatten. Es verdragen ein Beamter nicht wieder gewählt werden, der sowohl von Gewerkschaft wie dem sozialdemokratischen Wahlverein angeeignet ist, sondern weil er für seine Kollegen getreten ist, sondern weil er bei dem Eintreten für seine Zeit gar mit der Aufsichtsbehörde gedroht hat, die in diese Angelegenheit nicht eingetreten hat.



Das die nicht wieder erwählten nicht die Sympathien der Mehrheit der Generalversammlung hatten, ist richtig. Dabei spielen namentlich Vorgänge bei der Erhebung der Innungskasse mit, die bekanntlich im Gegensatz zur Ordreliste der Einkünder gegründet wurde. Sympathien und Antipathien werden bei Wählern stets eine Rolle spielen. Wo gewählt wird, da wählt man eben Leute, die in jeder Beziehung das Vertrauen der Wähler besitzen.

A. Engmann, Karl Klingner.

Erstlichzeitig scheint aus der Darstellung der beiden Vorstandsmitglieder der Kasse hervorzugehen, daß wohl einige Delegierte Motive geltend gemacht haben, die nicht zu billigen waren, daß aber im allgemeinen diese Motive nicht die leitenden waren für die Beschlüsse der Generalversammlung. Es wäre allerdings auf keinen Fall zu billigen, wenn Beamte von Krankenkassen, die doch nur als technische Angestellte anzusehen sind, wenn sie sonst ihre Pflicht thun, vertrauenswürdig und ihrer Aufgabe gewachsen sind, aus Gründen entlassen würden, die mit ihrer Tätigkeit als Angestellte nichts zu thun haben. Daß wir ein solches Verfahren entschieden verurteilen gerade vom Standpunkte des organisierten Arbeiters, kann nicht zweifelhaft sein.

## Siebenter Verbandstag des Central-Verbandes der Maurer Deutschlands.

### Dritter Verhandlungstag.

Die Statutenberatung wird fortgesetzt. Nach der Vorlage des Vorstandes über Gane und Gaudverwaltung hat der Verbandsvorstand die Gane-Einteilung vorzunehmen und alle Zweigvereine ihrem Gane anzugeben. Der Gaudvorstand aus drei bis fünf Personen ist auf den Gaudtagen zu wählen. Zur Deckung der Unkosten erhalten die Gaudvorstände für jede von den Zweigvereinen ihres Ganes umgesetzte Beitragmarke 1 1/2 Pf. Ferner haben die Zweigvereine aus ihren Lokalkassen zu demselben Zweck alljährlich pro Mitglied 30 Pf. an die Gaudtage abzuführen. Weichen diese Beiträge zur Erfüllung der Aufgaben des Gaudvorstandes nicht aus, so kann der Verbandsvorstand einen Zuschuß gewähren, wenn die Zweigvereine ihren Verpflichtungen nachgekommen sind. Ordentliche Gaudtage sollen alle zwei Jahre stattfinden.

Nach längerer Debatte, insbesondere über die Aufbringung der Mittel für die Gaudtage, wird beschlossen, daß die Zweigvereine nur 20 Pf. pro Mitglied und Jahr an die Gaudtage abzuführen haben, und sodann der Vorlage des Vorstandes mit dieser und einigen redaktionellen Ergänzungen zugestimmt. Ebenso wird der Teil, der die Centralverwaltung, und der Teil, der den Ausschuß betrifft, nach der Vorlage des Vorstandes angenommen.

Der Verbandstag soll nach dem Entwurf des Vorstandes alle zwei Jahre stattfinden und aus Delegierten der Zweigvereine und den Vorsitzenden der Gane bestehen. Die Zweigvereine mit 500 bis 1000 Mitgliedern sollen einen Delegierten wählen usw. Es entspringt sich eine lebhafteste Diskussion. Abgelehnt wird schließlich die geforderte, den Verbandstag betreffende Vorlage des Vorstandes und die meisten zu diesem Teil vorliegenden Änderungsanträge, so daß die diesbezüglichen bisherigen Bestimmungen des Statuts in Geltung bleiben. Eine Änderung ist nur insofern vorgenommen, als Anträge für den Verbandstag zehn Wochen vor demselben dem Vorstande einzuliefern und von diesem acht Wochen vor dem Zusammenritt im Verbandstag zu veröffentlichen sind. Außerdem wird dem Verbandsvorstande anheimgegeben, event. Statutenentwürfe möglichst schon bei der Ausschreibung der Wahlen zum Verbandstage zu veröffentlichen.

In der Nachmittags-Sitzung berichtet Bömelburg zunächst über die Verhandlungen, die mit den Vertretern der ausländischen Maurer-Organisationen geschlossen wurden. Der Redner verweist darauf, daß besonders die Vorkommnisse in den letzten Jahren die Notwendigkeit internationaler Vereinbarungen erwiesen haben, und betont, daß auf der Konferenz, auf der die Organisationen von Dänemark, Norwegen, Schweden, Deutschland, Holland, Dänemark, Ungarn, Schweiz und Station vertreten waren, volle Einmütigkeit geherrscht habe. Eine Verständigung ist über folgende Punkte herbeigeführt:

1. Die Organisationen unterstützen sich gegenseitig in der Fernhaltung des Zugangs nach Streikorten. Ueber die Deckung der hieraus entstehenden Unkosten werden zwischen den in Betracht kommenden Organisationen von Fall zu Fall Vereinbarungen getroffen.
2. Die Organisationen unterstützen sich gegenseitig in der Agitation in den Grenzdistrikten. Die Regelung der Kosten unterliegt auch in diesen Fällen besonderen Abmachungen.
3. Die wandernden und die dauernd nach einem andern Lande überfahrenden Mitglieder der hier vertretenen Organisationen müssen sich der Organisation desjenigen Landes anschließen, in dem sie in Arbeit stehen. Der Uebertritt von einer Organisation in die andere erfolgt ohne Zahlung erneuten Eintrittsgeldes, sofern das betreffende Mitglied seinen Verpflichtungen in der Heimats-Organisation in vollem Umfange nachgekommen ist.
4. Die Organisationen der verschiedenen Länder sollen nach Möglichkeit dahin streben, in Bezug auf das Unterstützungswesen (insbesondere Reise-Unterstützung) Gegenseitigkeits-Verträge abzuschließen, damit den von einer Organisation in die andere überretenden Mitgliedern ihre erworbenen Rechte voll anzurechnen werden können.
5. Die Organisationen tauschen gegenseitig ihre Druckfachen aus (Zeitschriften, Adressenverzeichnisse, Protokolle und sonstige Mitteilungen); die hierin enthaltenen Anregungen, soweit sie das internationale Verhältnis betreffen, sind durch die Presse der einzelnen Länder zu verbreiten. Mitteilungen, die einer besonders schleunigen Verbreitung bedürfen (Mitteilung der Streikorte, über drohenden Zug usw.), sollen nach Möglichkeit in der Sprache desjenigen Landes abgefaßt sein, an das sie gerichtet sind.
6. Als Verbindungsorgan wird „Der Grubstein“, Fachorgan des deutschen Maurerverbandes, bestimmt. Von der Einföhrung eines besonderen internationalen Sekretariats wird vorläufig Abstand genommen.
7. Internationale Konferenzen sollen nach Bedarf und nach vorausgegangener Verständigung zwischen den Vertretern der in Betracht kommenden Organisationen stattfinden.

Eine Diskussion über den Bericht findet nicht statt.

Es wird nunmehr die Statutenberatung fortgesetzt und über Beitritt, Beitragsgeld, Erlassbücher, Uebertritt aus andern Vereinen und Wiederannahme diskutiert. In der Vorlage des Vorstandes, die für diesen Abschnitt fast einstimmige Annahme fand, heißt es u. a.: Eine Anrechnung der Mitgliedschaft in einer sonstigen deutschen Maurerorganisation ist zulässig, wenn der ganze Verein oder ein größerer Teil der Mitgliedschaft in corpore übertritt, oder wenn zwischen ausländischen Maurervereinen und dem Verbande Kartellverträge bestehen, welche eine Anrechnung vorsehreiben.

Nach einer sehr regen Diskussion über die Beitragsleistungen wird im wesentlichen den vom Vorstand aufgestellten Grundlinien zugestimmt. Es soll wie bisher für 40 Wochen im Jahre während der Monate März bis inkl. November der Beitrag erhoben werden. Die Höhe des Beitrages richtet sich nach der Höhe des Lohnes, er soll gleich sein dem zehnten Teil eines Sommer-Tageslohnes und beträgt für die erste Beitragsklasse 25 Pf., für die zweite Klasse 30 Pf., für die dritte 35 Pf. usw. steigend bis zu 60 Pf. pro Woche in der ersten Beitragsklasse. Außerdem haben die Mitglieder, welche während eines Streiks innerhalb des Streikgebietes zu den gewöhnlichen resp. vereinbarten Bedingungen oder bei Abwehrtreibe, abstraktionen und Sympathiestreiks zu den alten Bedingungen abstraktionen bei Angriffstreiks infolge eines Versammlungsbeschlusses zu den neuen Bedingungen arbeiten, außer dem Verbandsbeitrag und dem sonstigen Zuschlagsbeitrag einen Ertragsbeitrag an die

Streikkasse zu zahlen und zwar nach durchschnittlichem Tageslohn von 25 bis 60 Pf. bzw. 10 bis 45 Pf. pro Arbeitstag.

Ueber die Unterstützungs-Einrichtungen referiert Efftinger-Hamburg, der darauf hinweist, daß eine wesentliche Erweiterung der Unterstützungen durch die Einführung der Krankenunterstützung eintritt; er empfiehlt den diesbezüglichen Entwurf des Vorstandes. Bei Unterstützung nur während der Monate März bis inkl. November und einer siebenwöchigen Karenzzeit im einzelnen Krankheitsfälle würden die Kosten dieser Einrichtung nach der Berechnung des Vorstandes 124.258 M. betragen. Nach der Vorlage des Vorstandes kann den Mitgliedern während der Monate März bis inkl. November Kranken-Unterstützung gewährt werden, wenn dieselben dem Verbandsverbande mindestens zwei Jahre ununterbrochen angehören und von einer auf Grund des Reichs-Krankenversicherungs-Gesetzes bestehenden Krankenkasse Krankengeld beziehen. Die Unterstützung richtet sich nach der Höhe der Beitragsleistung und Dauer der Mitgliedschaft und beträgt in der 1. Beitragsklasse 1,80 M., in der 2. 2,10 M., in der 3. 2,40 M. pro Woche usw. um je 30 Pf. steigend. Nach vierjähriger Mitgliedschaft erhöht sich die Unterstützung um 60 Pf. pro Woche und steigt von da an alle zwei Jahre um 30 Pf. pro Woche bis zu einer Höhe von 4,20 M. in der 6. Klasse und 6 M. in der 7. Klasse. — Die Unterstützung wird vom achten Krankheits-tage an auf die Dauer von 12 Wochen gewährt.

## Gewerkschaftliches.

### Berlin und Umgegend.

Der Arbeiterinnen-Streit in der Allgemeinen Electricitäts-Gesellschaft hat, wie schon gemeldet, eine ganz unerwartete Ausdehnung angenommen. Ueber 400 Frauen und Mädchen befinden sich im Ausstand, und es ist nicht ausgeschlossen, daß auch noch die übrigen Arbeiterinnen mit den Streikenden gemeinsame Sache machen. Der Direction des Werkes kommt dieser Streik sehr unlegen. Könnte sie sich bis jetzt doch stets damit brüsten, daß es in ihrem Betriebe noch niemals zu einem Ausstande gekommen war. Das ist der erste Streik in der Allgemeinen Electricitäts-Gesellschaft. Daß dieser Streik aber von Arbeiterinnen und nicht von Arbeitern ins Werk gesetzt wurde, macht ihn besonders bemerkenswert. Es zeigt sich, daß der Streik ein purer Verzweiflungsschritt der bis zum äußersten ausgebeuteten Arbeiterinnen ist. Existieren können sie bei den Jammerslöhnen nicht mehr, und so hatten sie bei dem Streik auch nichts zu verlieren. Die Direction des Werkes hatte es bisher verstanden, die große Mehrheit „ihrer“ Arbeiter von allen Organisationsbestrebungen fernzuhalten. Sie heuchelte Wohlwollen für die Arbeiter, schuf nach berühmten Mustern „Wohlfahrts-Einrichtungen“ zweifacher Art, stellte eine gut gebildete Leibgarde von Antriebern an und entließ alle „unzufriedenen Elemente“, sobald solche in irgend einer Abteilung des Betriebes auftauchten. Technische Verbesserungen aller Art wurden eingeführt, und die Folge war eine vermehrte Einstellung billiger weiblicher Arbeitskräfte an Stelle der etwas teureren männlichen. Das Angebot an weiblichen Arbeitskräften war infolge der allgemeinen Notlage ein überaus starkes, und diese Notlage benutzte die Direction, um die ohnehin schon so niedrigen Löhne in der unerhörtesten Weise zu drücken. Abzüge auf Abzüge erfolgten. Die Arbeiterinnen verdoppelten ihre Anstrengungen, sie machten Ueberstunden ohne Zahl, um nur zu Lohn zu kommen. Doch es war unmöglich. Immer neue Abzüge erfolgten, so daß die Mehrheit der Arbeiterinnen schließlich nicht einmal den üblichen Lohnsatz von 15 Pf. pro Stunde erzielen konnte. Bei 9, 10 und 11 stündiger Arbeitszeit brachten sie es auf Wochenlöhne in der „Höhe“ von 10, 8, 6, 4 und 3 M. Ja eine Arbeiterin, die schon mehrere Jahre in dem Betriebe thätig ist, schilderte in einer der letzten Streikversammlungen, daß sie infolge des schlechten Materials und der fortwährenden Abzüge in einer vollen Woche 1,25 Pf. verdient habe. Unzählige Mäde sind die Arbeiterinnen einzeln oder durch Kommissionen bei ihren Meistern und Betriebschefs vorstellig geworden. Entweder wurden sie schroff abgewiesen oder mit nichts sagenden Versprechungen vertröstet. Da endlich rief den Arbeiterinnen die Geduld. Ueber solche als bei der Arbeit hingericht, sagten sie sich. Sie legten die Arbeit nieder und sind entschlossen, sich unter den bisherigen unwürdigen Bedingungen nicht wieder in das Joch der Allgemeinen Electricitäts-Gesellschaft zu begeben. Gestützt auf den Deutschen Metallarbeiter-Verband hoffen sie auf Erfolg.

Zur Aussperrung in der Goldbearbeitungs-Branche wird und von der Arbeiterorganisation geschrieben:

Auf die gestern an dieser Stelle abgedruckte Verächtigung des Herrn Obermeisters Mahardt erklären wir, daß Herr Mahardt durch einen Arbeiter von Herrn Köhn, dessen Kunde Herr Mahardt ist, Franse-Arbeit abholen und dieselbe zu August Hildebrand, Weidenbergerstraße 87, bringen ließ, wo die Arbeit fertig gestellt wurde. Damit ist die Behauptung des Herrn Mahardt, er habe nicht mehr die geringste Maschinenarbeit anfertigen lassen, widerlegt.

Ferner führen wir noch einige Fälle an, die beweisen, daß die lebhaftesten Befürworter der Aussperrung zwar die organisierten Arbeiter ausgesperrt haben, aber infolge ihrer eignen Versammlungsbefehle verhoßen, als sie ihre Betriebe nicht schließen, sondern mit Streikbrechern und sonstigen Helfern flott weiterarbeiten.

Im Betriebe des Herrn Vry werden immer noch Heflüssen angefertigt. Die Fraiserin von Hedert, Demminstr. 6, arbeitet weiter, Haberer in der Brunnenstraße arbeitet mit Handdiener, Kaufser und einigen Streikbrechern, auch die Frau des Betriebsinhabers arbeitet mit. Besonders bemerkenswert ist, daß in diesem Betriebe Arbeiten für einen Tischlermeister angefertigt werden, der im Juchthause arbeiten läßt, und die Innungsleiter, die doch sonst so sehr gegen die Juchthausarbeit sind, sollen die Weiterführung dieser Arbeit sogar gestattet haben. — Bei Esdig in der Dranienstraße verlämbet zwar ein Pfand, daß während des Streiks keine Arbeit angefertigt wird, trotzdem arbeitet ein Streikbrecher hinter verschlossenen Thüren. Raabe in der Hebeustraße hat auch ausgesperrt, jedoch werden dort Arbeiter von dem Wächtermeister angenommen, um Maschinenarbeit anzufertigen.

Stuccateure. Am Montag den 6. d. M., findet eine öffentliche Versammlung statt. (Siehe Annonce am Sonntag.) Der Vorstand unter Präside ladet hiermit die Kollegen zu ihren Zahlstellen-Zusammenkünften auf diesen Sonntagvormittag 10 Uhr ein, und zwar wird auf das Erscheinen aller Kollegen der betreffenden Bezirke gerechnet. Nicht jedem ist es gegeben und erwünscht, in einer großen Versammlung seine Meinung zu äußern, aber im ungesungenen Zusammensein am Tisch ist jeder berufen, ungeniert seine Ansicht über die gegenwärtige Lage zum besten zu geben. Diesmal sollen aber die Präsidatener eine allgemeine Umfrage herbeiführen, an welcher jeder Stuccateur mitzuwirken hat und welche unbedingt dem Vorstande als Unterlage dienen soll in unfrem ferneren Vorgehen. Kollegen! Es werden Euch also drei Fragen unterbreitet werden, welche in einer großen Versammlung zu beantworten nicht möglich ist. Daher besucht am Sonntag, den 6. April, vormittags 10 Uhr, Eure Bezirke-Zahlstellen und helft mit in dem Kampf für Verbesserung untrer wirtschaftlichen und sozialen Lage. Die Zahlstellen befinden sich: N., Dunderstr. 88 bei Grobler und Weichstr. 89. Ede Kuhlagstraße bei Schulz; O., Petersburgerstr. 81 bei Weigel; SO., Mantuffelstr. 101 bei Gläser; W., Manerstr. 17 bei Peters und Hilowstr. 60 bei Kunte; NW., Stephanstr. 30, Ede Salzweberstraße bei Vordt; Wilmersdorf, Wegenerstr. 18 bei Selve; Steglitz, Hensburgerstr. 12 bei Vogel; Charlottenburg, Volla-haus, Rosinestr. 3, und Kixdorf, Steinwegstr. 126, Ede Vestingstraße bei Deigel.

Der Vorstand der Präside Berlin

des Centralverbandes der Stuccateure Deutschlands

Bei der Firma Geylo, Inhaber Mehlis u. Behrens, Panstraße, haben familiäre Formere, Maschinenformere und Stuccateure wegen fortgesetzter Lohnreduktion die Arbeit niedergelegt. Zugang ist streng ferngehalten.

Der Verband der Barbier- und Friseurgehilfen ersucht die Leser des „Vorwärts“, auf das Inserat in der heutigen Nummer zu achten, und den darin gegebenen Hinweis zu befolgen. Die Arbeiter Berlin, welche Vorbereitungen in Anspruch nehmen, werden dringend ersucht, darauf zu sehen, daß die in den Geschäften arbeitenden Gehilfen im Besitz einer gelben Kontrollkarte für 1908 sind, auf der die letzte Märzwoche abgestempelt sein muß. Nur diese Karte dient als Ausweis dafür, daß die betreffenden Geschäftsinhaber die Forderungen und die Organisation der Barbiergehilfen anerkennen.

### Deutsches Reich.

Die Glauchauer Textilfabrikanten wollen anscheinend neue schwere Kämpfe mit den Webern heraufbeschwören. Offenbar um die Arbeiter jetzt in der stillen Geschäftszeit in den Streik zu treiben, wurde in einem großen Betriebe der nach Beendigung des großen Meeraner Streiks vereinbarte Lohnsatz nicht mehr inne gehalten. Die Arbeiter hatten gehört, daß die Arbeitsüberlegung in diesem Betriebe mit einer großen Ausperrung aller Weber beantwortet werden sollte. Sie ließen sich nicht provozieren. Jetzt ist der Vorsitzende des Textilarbeiter-Verbandes in Glaucha gemacht worden. Da der Fabrikant, bei dem derselbe beschäftigt war, sich auf Verhandlungen mit den Arbeitern nicht einließ, haben am Mittwoch mehr wie 200 Mann die Arbeit niedergelegt. Der Ausbruch eines großen Kampfes, ähnlich dem im benachbarten Meerane, ist nicht ganz unwahrscheinlich.

Gewerbegerichtswahl in Nürnberg. Der Ortsverband der Hirsch-Dunderchen Gewerbevereine in Nürnberg richtete an das dortige Gewerbeamt einen Antrag, ihm bei den demnächst stattfindenden Gewerbeamtswahlen von den zu wählenden 18 Beisitzern und 18 Hilfsbeisitzern je zwei in Art eines freiwilligen Proporztes einzuräumen. Das Gewerbeamt hat diesem Antrag so weit entgegengekommen, daß nach Abgabe der letzten Gewerbeamtswahl dem Ortsverband je ein Beisitzer und Ersatzmann einzuräumen sei. In der Antwort an den Ortsverband wurde darauf hingewiesen, daß überall dort, wo die Hirsch-Dunderchen Gewerbevereine im Verein mit den christlichen Arbeiterorganisationen die Mehrheit bei Gewerbeamtswahlen haben, von ihrem Rechte der Mehrheit vollen Gebrauch machen und gar nicht daran denken, den freien Gewerkschaften in dieser Weise auf Grund eines freiwilligen Proportional-Wahlsystems Sitz und Stimme im Gewerbeamt zu verschaffen. Außerdem wird bemerkt, daß die freien Gewerkschaften im Prinzip für ein überall und ausnahmslos eingeführtes Proportional-Wahlssystem eintreten, aber das freiwillige Proportional-Wahlrecht nicht als Verpflichtung anerkennen.

### Ausland.

Die Streiks in Ungarn. In Debreczin veranstalteten 2400 streikende Arbeiter einen Demonstrationsumzug. Infolge des Mäde-rechts in derselben Stadt macht sich Brotmangel fühlbar, daselbst streikten auch die Maurer und Zimmerer.

Von der Hafnarbeiterbewegung in Marseille wird berichtet: In einer Versammlung von ungefähr 2000 Hafnarbeitern wurde beschlossen, zwar nicht in den Ausstand zu treten, aber nur einen halben Tag zu arbeiten. Die Arbeitgeber beschloßen, nur solche Arbeiter zu beschäftigen, welche einwilligen, 10 Stunden täglich zu arbeiten. — Die Arbeiter der Compagnie Générale Transatlantique haben die Arbeit niedergelegt.

50 000 Arbeiter der verschiedensten Gewerkschaften sind in New York — einer Meldung des „Bureau Herald“ zufolge — in den Ausstand getreten.

## Letzte Nachrichten und Depeschen.

### Duell-Debatten im österreichischen Reichsrat.

Wien, 3. April. Abgeordnetenhause. Das Haus setzt die Debatte über die Interpellationsbeantwortung des Landesverteidigungs-Ministers betreffend den Erfolg des Kriegsministers gegen die Antiduell-Liga fort. Die Abgeordneten Tollinger und Wagner erklären, daß der Erfolg, welcher gegen das Gebot der christlichen Kirche verstößt, zum Duell geradezu auffordere und einen Faustschlag gegen das Centrum bedeute, welches wissen werde, was es zu thun habe, wenn die Zuficherung der Heeresverwaltung nicht erfüllt werde. Landesverteidigungs-Minister v. Welfersheim weist den Vorwurf zurück, daß die zur Verhütung von Ehrenhändeln erlassenen Weisungen des Kriegsministers nicht sagend seien. Der Minister erklärt, in den militärischen Vorschriften werde das Duell mit keinem Worte Erwähnung getan; die Abschaffung sei nicht verprochen worden, doch sei das Mögliche zur Einschränkung angeordnet und geschehen. — Abg. Ventke (deutsche Volkspartei) und Abg. Berger (Aldendeutscher) treten entschieden für das Duell ein. Grabmayr verteidigt die Antiduell-Liga gegen den Vorwurf des Materialismus. Hierauf vertagt sich das Haus bis zum 21. April.

### Die Kongregationen.

Paris, 3. April. (B. L. V.) Der Polizeipräsident hat den in Paris ansässigen Schutz- und Prediger-Kongregationen bekannt gegeben, daß ihr Genehmigungsgeß abgelehnt sei. Unter denselben befinden sich auch die englischen Pastoren, für welche sich die englische Vorkauf wiederholt verwendet hatte. Mehreren Blättern zufolge hat Delcassé dem Generalbefehl der Marxisten die Verhinderung gegeben, daß ein neues Genehmigungsgeß eine günstigere Aufnahme würde.

### Studentenfundgebungen in Spanien.

Madrid, 3. April. (B. L. V.) In Salamanca hatten gestern Studenten infolge der Nichtbeachtung ihrer Beschwerden wegen Mißhandlung eines Kommilitonen durch einen Polizisten Protestkundgebungen veranstaltet, in deren Verlauf es zu Zusammenstößen mit der Gendarmerie gekommen war. Auf die Kunde von diesen Vorgängen sammelte sich eine Anzahl hiesiger Studenten zu einer Kundgebung vor dem Ministerium des Innern. In der Alcalástraße wurde nach dem im Wagen vorüberfahrenden Minister des Innern mit Steinen geworfen. Der Minister wurde nicht getroffen. Der Ministerpräsident Salsola wurde ebenfalls Gegenstand feindseliger Kundgebungen. Die Polizei zerstreute schließlich die Studenten.

Madrid, 3. April. (B. L. V.) Bei den Kundgebungen, welche die hiesigen Studenten heute vormittag veranstalteten und die das Erscheinen der Polizei nötig machten, wurden 8 Polizisten und mehrere Studenten verwundet. Zahlreiche Verhaftungen wurden vorgenommen.

### Roosevelt rüffelt Dewey.

Frankfurt a. M., 3. April. (B. L. V.) Die „Frankfurter Zig.“ meldet aus New York: Am Schluß seiner in Chicago gehaltenen Rede erteilte Präsident Roosevelt dem Admiral Dewey eine scharfe Zurechtweisung.

### Venezuela.

Caracas, 3. April. (Loffan-Meldung.) Der Kongreß lehnte die Annahme der deutschen, britischen und italienischen Protokolle ab, da er keinen Präcedenzfall schaffen will, und erteilte dem Präsidenten Castro Vollmacht, die Angelegenheit nach Gutdünken zu erledigen.

Bangkok, 3. April. Da das Gerücht verbreitet war, daß ein Trupp siamesischer Soldaten bis Sosa, in der Nähe von Ran, vorgezogen sei, nachdem er die Grenzspalte umgerissen hatte, erhob der französische Geschäftsträger in Bangkok sofort nach Bestätigung der Nachricht energisch Einspruch beim siamesischen Minister der Auswärtigen Angelegenheiten. Dieser ließ dem französischen Geschäftsträger Dutasta heute erklären, daß der Zwischenfall auf einem Mißverständnis beruhe, daß die Grenzspalte an ihren Platz zurückgebracht würden und den Soldaten telegraphisch der Befehl erteilt sei, auf siamesisches Gebiet zurückzugehen.



Fünfzehnte Generalversammlung des Centralverbandes der Zimmerer.

Dritter Verhandlungstag. Zunächst wird der Bericht vom Gewerkschaftskongress in Stuttgart von Schmidt-Preslau und Feilenschmidt-Stuttgart erstattet.

Die Diskussion wird von mehreren Rednern gegen die Empfehlung des Gewerkschaftskongresses, für die Gewerkschaftsbeamten die Hälfte der Versicherungsbeiträge zur Unterstützungsgenossenschaft zu leisten, Stellung genommen.

Am Ende wird in der Beratung des Kartellvertrages zwischen den Centralverbänden der Bauarbeiter, Maurer und Zimmerer, der gestern auf dem Verbandstage der Maurer beraten und angenommen wurde, eingetretten.

Es wird in die Beratung der noch nicht erledigten Anträge eingetreten. Zunächst erstattet Lewin Bericht für die gestern gewählte Kommission, welcher die sämtlichen Anträge auf Beitragserhöhung überwiesen sind.

- 1. Lohnklasse bis inklusive 30 Pf. Stundenlohn 20 Pf.
2. „ „ „ 40 „ „ 25 „
3. „ „ „ 50 „ „ 30 „
4. „ mit über 50 „ „ 35 „

Der Beitrag für den Lokalfonds soll mindestens in der ersten Lohnklasse 10 Pf., in der zweiten 15 Pf., in der dritten 20 Pf., in der vierten 25 Pf. pro Woche betragen.

Des Weiteren hat sich die Kommission mit dem Antrage auf Anstellung von besoldeten Vertrauensmännern beschäftigt, um die Agitation für die Ausbreitung und Festigung des Verbandes intensiver zu betreiben.

Der Centralvorstand wird beauftragt, Vertrauensmänner auf Konto der Centralkasse gegen Besoldung fest anzustellen. Aufgabe der Vertrauensmänner ist: die Regelung und Betreibung der Agitation inner- und außerhalb der Zahlstellen, Leitung und Regelung der Lohnbewegungen, Teilnahme an den sich notwendig machenden Sitzungen, Prüfung der Kassabücher und Kasse, da, wo es notwendig erscheint, usw.

Ferner hat die Kommission sich mit den Anträgen beschäftigt, welche eine Erhöhung der Streik-Unterstützung bezwecken. Die Kommission hält eine solche für notwendig und beantragt deshalb zu § 8 des Streik-Reglements:

Die Unterstützung in jeder Lohnklasse von 20 Pf. pro Tag zu erhöhen, für Kinder sind statt 50 Pf. pro Woche 15 Pf. pro Tag zu zahlen.

Nach diesen Vorschlägen würde die Centralkasse jährlich etwa 65 000 M. mehr erhalten, dagegen für Streik-Unterstützung 28 000 M. mehr ausgeben, für die anzustellenden zehn Vertrauensmänner resp. Gewerkschaften an Gehältern und Agitationskosten 40 000 M., zusammen also 68 000 M.; die sich danach ergebende Mehrausgabe von 3000 M. hofft die Kommission durch die intensivere Agitation wieder einzubringen.

Nach längerer Diskussion der sämtlichen Kommissionsanträge wird auf Antrag Mädgler Lehe beschloffen, zunächst die Frage der Anstellung der Vertrauensleute zu besprechen und durch Abstimmung zu erledigen und dann erst die Beitragserhöhung zu regeln.

Nach weiterer Diskussion wird der Antrag der Kommission auf Einsetzung von besoldeten Vertrauensleuten resp. Gewerkschaften angenommen, worauf in der Diskussion über die Erhöhung der Beiträge fortgefahren wird. Nach Beendigung derselben wird der Antrag der Kommission auf Erhöhung der Beiträge in namentlicher Abstimmung mit 55 Stimmen gegen 32 angenommen, dagegen der Antrag bezüglich der Zuschläge für den Lokalfonds ebenfalls in namentlicher Abstimmung mit 45 gegen 42 Stimmen abgelehnt; dafür wird der Antrag angenommen, daß der Wochenbeitrag inkl. Lokalfondszuschlag mindestens einen Stundenlohn betragen soll.

Angenommen werden weiter die Vorschläge der Kommission bezüglich der Streik-Unterstützung. Ebenso gelangen die von der Kommission beantragten Gehaltsätze für die neu anzustellenden Vertrauensleute zur Annahme.

Von den übrigen zum Statut vorliegenden Anträgen heben wir folgende hervor: Der Vorstand beantragt, bei der Reise-Unterstützung das Kilometerverhältnis wieder aufzuheben, sie vielmehr in jeder Zahlstelle auf 75 Pf. festzusetzen und das Maximum von 18 M. auf 21 M. zu erhöhen. Beides wird angenommen.

Zur Annahme gelangt eine Erhöhung der Unterstützung der Jahrtarrieren um 20 Pf. pro Tag in jeder Lohnklasse.

Längere Zeit wird über eine Reihe von Anträgen diskutiert, welche die Unterstützung für Gemahlsregel in bestimmter Weise festsetzen wollen. Zur Annahme gelangt dann mit 40 Stimmen ein Antrag Dehmlchen-Preslau:

Neunte Generalversammlung der Vereinigung der Maler, Lackierer, Anstreicher, Tüncher und Weißbinder Deutschlands.

Dritter Verhandlungstag. Die Generalversammlung tritt in die Beratung des Punktes: Statistik über Arbeitslosigkeit im Verufe.

Besondere handelt es sich dabei um die Frage, ob die Durchführung der Arbeitslosen-Unterstützung in der Vereinigung möglich ist. Referent ist der Vorsitzende Töbner. Die in der Zeit von Juli 1901 bis Juli 1902 aufgenommenen Statistik, an der sich 8592 Mitglieder beteiligt haben, hat ergeben, daß 8215 Mitglieder (72 Proz.) arbeitslos und 1450 Mitglieder (17 Proz.) krank waren. Die Dauer der Arbeitslosigkeit betrug pro Mitglied 87,06 Tage, der Krankheit 0,84 Tage.

Bei Einführung der Arbeitslosen-Unterstützung sei zu beachten, daß dann unter allen Umständen mit einer höheren Zahl von Arbeitslosen-Tagen zu rechnen sein würde, also auch mit höheren Ausgaben. Dem jetzt arbeiten in der stillen Zeit sehr viele Mitglieder außerhalb des Verweises bei schlechtbezahlter Gelegenheitsarbeit. Trotzdem hält Redner die Unterstützung für durchführbar, wenn auch dabei sehr vorsichtig vorgegangen werden müsse.

Die Diskussion über die Einführung der Arbeitslosen-Unterstützung aus. Es wird sogar betont, daß diese Generalversammlung nicht auseinander gehen dürfe, ohne die Arbeitslosen-Unterstützung beschloffen zu haben.

Der Referent Töbner warnt in seinem Schlusswort vor einer Ueberreizung in dieser Frage. Die Unterstützung heute schon endgültig zu beschließen, käme einer Ueberempfehlung gleich. Schon allein die technischen Einrichtungen der Organisation würden in diesem Falle den an sie heranretenden Anforderungen nicht genügen.

Es gelangt mit allen gegen drei Stimmen ein Antrag zur Annahme, in welchem die Generalversammlung ihre Sympathie ausdrückt für den Vorschlag des Vorstandes und diesen beauftragt, ein diesbezügliches Projekt auszuarbeiten und im Laufe des Sommers zur Abstimmung zu unterbreiten.

An Stelle des nicht erschienenen Dr. Sommerfeld hält dann der Redakteur Marx das Referat über die Bleiweißfrage. Diefelbe steht zum erstenmal auf der Tagesordnung einer Generalversammlung.

Die Forderung, die Verwendung des giftigen Bleiweißes im Malergewerbe auszuschließen, ist schon seit Jahren von den Berufsangehörigen dieses Gewerbes erhoben worden. Aber auch Staatsmänner, Hygieniker, Menschenfreunde haben die Berechtigung dieser Forderung anerkannt und sie unterstützt.

Die Forderung, die Verwendung des giftigen Bleiweißes im Malergewerbe auszuschließen, ist schon seit Jahren von den Berufsangehörigen dieses Gewerbes erhoben worden. Aber auch Staatsmänner, Hygieniker, Menschenfreunde haben die Berechtigung dieser Forderung anerkannt und sie unterstützt. Diese Forderung ist in Deutschland bis jetzt ohne Erfüllung geblieben, während man ihr in anderen Ländern großes Entgegenkommen gezeigt hat.

Der Erfüllung der Forderung auf Ausschließung des Bleiweißes stehen keine Hindernisse technischer oder wirtschaftlicher Art entgegen, da das Bleiweiß im Maler-, Anstreicher- und Lackierergewerbe vollständig ersetzt werden kann. Die Urteile der Maler-, Anstreicher- und Lackierergewerkschaften sind und werden die sich zum Teil über die Ungefährlichkeit des Bleiweißes, zum Teil für die Unerreichbarkeit des Bleiweißes auslassen, widersprechen sich untereinander, entbehren alle der Objektivität und haben in den Reihen der Malermeister selbst Widerspruch gefunden.

Die in Berlin versammelten Delegierten der 9. Generalversammlung der Vereinigung der Maler, Lackierer, Anstreicher, Tüncher und Weißbinder Deutschlands eruchten deshalb die Reichsregierung und die einzelnen Landesregierungen, der Erfüllung folgender Forderungen näher zu treten: Verbot der Verwendung aller bleiweißhaltigen Farben im Maler-, Anstreicher-, Lackierer- und Tünchergewerbe. Delegierten erwarten die angewiesenen Delegierten auch, daß die Staats- und Kommunalbehörden selbst mit gutem Beispiel vorangehen, bei Vergabe der Maler- und Anstreicherarbeiten die Verwendung von Bleiweiß verbieten und bei den notwendigen Beratungen zu diesen Fragen auch Vertreter aus der Gewerkschaft hinzuziehen.

Ueber die Weisung des Gewerkschaftskongresses berichtet Huh. Diefelbe geht nur des näheren auf die Weisung betreffs der Gehalts- und Versicherungsfrage der Gewerkschaften an. Die Diskussion über diese Frage wird bis zur Wahl der Beamten vertagt. Mit den Beschlüssen des Gewerkschaftskongresses und der Weisung des bisherigen Verhältnisses zur Generalversammlung erklärt sich die Generalversammlung einverstanden.

Es gelangt nunmehr der Punkt Lohnbewegung zur Beratung. Dazu referiert Töbner. Zunächst empfiehlt er, die Bestimmung wieder herzustellen, wonach die Streikunterstützung nur nach Zahlung von zehn Wochenbeiträgen gewährt wird. Zum mindesten soll neu eingetretene Mitglieder dieser Betrag von der ersten Unterstützung in Abzug gebracht werden können.

Die Debatte dreht sich vorwiegend um Maßnahmen des Hauptverbandes bei verschiedenen Streiks.

Es beginnt die Statutenberatung. Die Statutenberatungskommission empfiehlt hierzu die Annahme des Vorstandes betreffend Anstellung von Beamten für die Leitung der Geschäfte und Ausführung der Agitation. Gleichzeitig mit Annahme der Vorlage soll der Hauptvorstand verpflichtet werden, auf die Verschmelzung der in einem Lohngebiet belegenen Filialen hinzuwirken. Gegen diesen letzteren Antrag wendet sich hauptsächlich Rietze-Rixdorf. Einige Vertreter kleinerer Filialen beschließen eine Bevorschlagung der Großstädte.

In der Abstimmung, die eine namentliche ist, wird der Antrag der Statutenberatungskommission mit 80 gegen 9 Stimmen angenommen.

Die Gewährung von Sterbe-Unterstützung wird auch auf ledige Mitglieder ausgedehnt. Das Eintrittsgeld wird von 80 Pf. auf 1 M. erhöht.

In Rücksicht auf die in Aussicht stehende Arbeitslosen-Unterstützung empfiehlt die Kommission die Ablehnung des Vorstandes, soweit derselbe die Aussetzung der Beitragszahlung im

Winter vorzieht und empfiehlt, den Wochenbeitrag für die Zeit von 1. März bis 31. Oktober auf 40 Pf., vom 1. November bis Ende Februar auf 15 Pf. festzusetzen. Den Filialen steht es frei, lokale Zuschläge in beliebiger Höhe zu erheben. Vor Schluß der Sitzung verabschiedet sich Standl-Jülich.

Siebenter Verbandstag des Verbandes der Bau-, Erd- und gewerblichen Hilfsarbeiter.

Die Verhandlungen am Freitag begannen mit der Beratung über Lohnbewegung und Streiks. Rohnl-Hamburg fordert in seinem Referat zu genauer Beachtung der statutarischen Bestimmungen bei Streiks und Lohnbewegungen auf. Für die nächste Zeit sollte in solchen Fällen mit großer Vorsicht vorgegangen werden. Bis jetzt sind beim Hauptvorstand bereits 30 Lohnbewegungen angemeldet, wobei 7500 Mitglieder in Betracht kommen; mit Einschluß der unorganisierten Arbeiter ist die Zahl der Beteiligten bedeutend höher. Es ist nicht immer zu empfehlen, mit den Mannern gemeinsam Forderungen zu stellen. Der Redner macht dann weiter auf die Fehler aufmerksam, die in einigen Städten bei Streiks und Lohnbewegungen gemacht wurden. Hieran schloß sich eine sehr lebhaft diskutierte, in der die Vorgänge in den verschiedenen Orten dargelegt wurden und die Kritik bei Lohnbewegungen ausführlich besprochen wurde. Der Referent spricht in seinem Schlusswort den Wunsch aus, daß die Aussprache zur Befestigung der bei Lohnbewegungen vorliegenden Mängel beitragen möge.

Darauf wurde zur Beratung der Statuten übergegangen. Die dem Zweck des Verbandes und den Beiträgen zum Verbande betreffenden Paragraphen wurden in der vom Hauptvorstand vorgelegenen Form mit geringen Änderungen angenommen. Mitglieder von Lokal- oder anderen Centralorganisationen sollen, wenn sie in ihrer früheren Organisation ihren Verpflichtungen nachgekommen sind, ohne Eintrittsgeld aufgenommen werden. Tritt ein ganzer Verein oder ein größerer Teil von den Mitgliedern gemeinschaftlich über, so ist es zulässig, die Mitgliedschaft in Anrechnung zu bringen; ebenso wenn zwischen den Organisationen Verträge bestehen, die dies vorsehen. Wegen Schulden geführte Mitglieder sollen beim Wiedereintritt 13 Wochenbeiträge nachzahlen; im Wiederholungsfall können die Zahlstellen eine höhere Beitragszahl festsetzen, jedoch nicht über ein Jahr.

In der Nachmittagsitzung wurde bezüglich der Beiträge beschloffen, statt der bisherigen drei Beitragssklassen acht Klassen einzuführen, wodurch der großen Verschiedenheit der Löhne an den verschiedenen Orten und in den verschiedenen Branchen mehr Rechnung getragen wird. Es wird ein Einheitsbeitrag von 20 Pf. pro Woche eingeführt, der ohne Zuschlag dort gilt, wo der Stundenlohn nicht über 24 Pf. beträgt. Bei höheren Stundenlöhnen können Zuschläge für den Unterstützungsfonds hinzu, die je nach der Lohnhöhe 5-35 Pf. betragen. Der letzte Zuschlag tritt bei Stundenlöhnen von über 54 Pf. ein, so daß hier der Gesamtbeitrag 55 Pf. beträgt. Im allgemeinen ist der Beitrag so geregelt, daß er ungefähr der Höhe des am Orte gezahlten Stundenlohnes gleichkommt. In den einzelnen Städten, wo verschiedene Lohnsätze maßgebend sind, sollen höchstens zwei Lohnklassen eingeführt werden. Diese Beitragsregelung, die für die höheren Lohnklassen eine wesentliche Erhöhung der Beiträge bedeutet, wurde in namentlicher Abstimmung mit 50 gegen 8 Stimmen bei einer Stimmenthaltung beschloffen. Bei Arbeitslosigkeit beträgt der Betrag in der niedrigsten Klasse 15 Pf., in den übrigen 20 Pf. Das Eintrittsgeld ist auf 50 Pf. bemessen. Rechtsichung soll den Mitgliedern gewährt werden, wenn sie mindestens 6 Monate Mitglied sind, in wichtigen Fällen auch schon früher. Reise-Unterstützung kann in den Monaten November, Dezember, Januar, Februar und März ausgezahlt werden und zwar 1 Mark pro Tag bis zur Höchstsumme von 30 Mark. Für Mitglieder, die durch Aussperrung oder Streik zur Abreise genötigt wurden, ist für die Monate April bis Oktober eine Reise-Unterstützung vorgezogen, die 1,50 M. pro Tag beträgt. Bezüglich Streikunterstützung wurden im wesentlichen folgende Bestimmungen festgesetzt: Die Streikunterstützung erfolgt vom vierten Tage des Streiks oder der Aussperrung ab und beträgt bei Mitgliedern, die 44 Wochenbeiträge geleistet haben, je nach der Beitragsklasse 8 bis 15 Mark, bei kürzerer Dauer der Mitgliedschaft 6-12 Mark pro Woche. Für jedes Kind ist ein Zuschlag von 1 Mark vorgezogen. Die Krankheits-Unterstützung ist nicht an eine Karenzzeit gebunden. Ferner ist im Statut eine Krankunterstützung vorgezogen für solche Mitglieder, die unter bestimmten Voraussetzungen gezwungen sind, ihren Wohnort zu wechseln und einen eignen Haushalt haben. Die Höhe der Unterstützung richtet sich nach der Entfernung und beträgt 15 bis 35 Mark. Außerdem wird eine Begräbnisbeihilfe festgesetzt für den Sterbefall der Mitglieder oder deren Ehefrauen. Sie beträgt den Beitragsklassen entsprechend 25-40 M. Ferner wurden gestern noch die Bestimmungen über Austritt und Ausschluß, über Ehrenmitgliedschaft (solche, die wegen hohen Alters oder infolge von Unfall arbeitsunfähig wurden und deshalb vom Beitrag befreit werden), sowie über die Gliederung des Verbandes und über Zahlstellen erledigt. Besonders wichtig ist die Bestimmung über Zahlstellen, durch die verhindert werden soll, daß wie jetzt mehrere Zahlstellen an einem Orte bestehen. In dem Gebiete eines Orts, resp. eines Lohn-, Arbeits- oder gemeinsamen Interessengebietes, oder für mehrere Orte, die zusammenliegen, soll nur eine Zahlstelle bestehen.

Aus der Frauenbewegung.

Es war einmal... ist die Ueberschrift zum 1. Kapitel einer Broschüre: Die Frauen und die Politik von Lily Braun. Die Verfasserin erinnert im ersten Kapitel an die Verzweiflungsgeschichte hungernder Pariser Frauen, die im Jahre 1789 nach Versailles zogen, um vom König Brot für ihre Kinder zu fordern. Sie brachten zwar kein Brot heim, dafür aber den König nach Paris. Seitdem hat die Maschine ihren Siegeslauf begonnen. Sie hat Weiß und Kind der Ausbeutung durch den Kapitalismus überantwortet und das Familienleben des Proletariats zerstört. Die Maschine ebnet aber auch den Weg zur Befreiung der Frau aus den ökonomischen, rechtlichen und sittlichen Fesseln, in die vergangene Zeiten sie geschlagen haben. Ist die Frau aber zur Erwerbsarbeit gezwungen, dann hat sie auch ein dringendes Interesse an allen Fragen des öffentlichen Lebens. Aus dem engen Rahmen des häuslichen Lebens hinaus ist die arbeitende Frau zur Staatsbürgerin geworden. Als solche muß sie sich auch mit der Politik beschäftigen, muß Stellung nehmen zu den Grundfragen und Programmen der politischen Parteien und muß die Reden und die Handlungen ihrer Vertreter im Parlament verfolgen. In warnen, zu Herzen bringenden Worten fordert die Verfasserin schließlich die proletarischen Frauen auf zu thätiger Mitarbeit in dem bevorstehenden Wahlkampf, und zeigt, wo die Frau mithelfen kann. „Recht wie je“, ruft sie aus, „steht des Volkes Wohl und Wehe jetzt auf dem Spiel. Wai! über das Weiß, das sich faul und feige zurückzieht! Der Jammer hungernder Kinder, der Fluß der ausgebeuteten, geknechteten Menschheit wird auf ihrem Leben lasten.“

Der Preis ist 50 Pf., Agitationsausgabe 20 Pf. Bestellung, find an die Buchhandlung Vorwärts, Berlin SW., Lindenstr. 60, richten.

Rixdorf. Die Generalversammlung des Vereins gewerkschaftlicher Frauen und Mädchen Rixdorfs findet am Sonntag







# VI. Wahlkreis!

Sonntag, den 5. April, abends 6 1/2 Uhr, im Kolberger Salon, Kolbergerstraße 25:

## Versammlung

für Männer und Frauen.

Tagesordnung: Vortrag des Genossen Franz Kotzke. 2. Diskussion. Nach der Versammlung: Gemütliches Beisammensein. Zu recht zahlreichem Besuch ladet ein Der Vertrauensmann.

## Centralverband d. Handels-, Transport- u. Verkehrsarbeiter

Deutschlands. - Verwaltungsstelle Berlin I.

Bureau und Arbeitsnachweis:

Engel-Ufer 15, II, Zimmer 16. - Telefon: Amt VII, Nr. 3348.

## Achtung! Leitergerüst-Arbeiter Achtung!

Berlin und Umgegend.

Sonntag, den 5. April er., vormittags 10 Uhr, im Volkshaus, Charlottenburg, Kollnsee-Str. 3:

## Grosse Versammlung.

Tagesordnung:

1. Der Verlauf des Streiks und unsere fernere Taktik. Referent: Kollege Werner. 2. Diskussion. 3. Gefährliches und Wohl eines Leitungsleiters. Es ist Ehrensache eines jeden Leitergerüst-Arbeiters, in dieser hochwichtigen Versammlung zu erscheinen.

Achtung! Achtung!

## Müllkutscher und Mitfahrer sowie alle Kutscher aus den gewerblichen Fuhrbetrieben.

Sonntag, den 5. April, nachmittags 3 Uhr, in den Arminhollen, Kommandantenstraße 20:

## Grosse Versammlung.

Tagesordnung:

1. Die Stellung uns zu dem neuesten Vorgehen der Fuhrwerks-Vereinsgenossenschaft gegenüber den Beschlüssen des Berliner Holzzeitungspräsidiums, betreffend feste Tarifverträge und Preisen? Referent: Kollege Werner. 2. Diskussion und Beschlussfassung. 3. Wahl einer Leitungsleitung. Einem rechtlich zahlreichem Besuch erwartet

## Achtung! Kohlenarbeiter und Kutscher. Achtung!

Sonntag, den 5. April, abends 6 Uhr:

## Große Versammlung mit Frauen

im Englischen Garten, Magdalenstr. 27c.

Tagesordnung: 1. Unfallversicherungsgesetzgebung. Referent: Kollege Albert Uthess. 2. Diskussion. 3. Wahl einer Agitationskommission und Geschäftsleiter. Einem rechtlich zahlreichem Besuch erwartet

67/11 Die Ortsverwaltung I.

## Deutscher Metallarbeiter-Verband.

Verwaltungsstelle Berlin.

Bureau: Engel-Ufer 15, Zimmer 1-5. Fernsprecher: Amt VII, 333.

Montag, den 6. April 1903, abends 8 Uhr:

## Versammlung

## der Mechaniker, Uhrmacher u. Optiker

im „Gewerkschaftshaus“, Engel-Ufer 15, Saal I.

Tages-Ordnung:

1. Vortrag des Genossen Kallisk über: „Internationales vom Klassenkampf“. 2. Diskussion. 3. Wahl des Delegierten und der Agitationskommission. 4. Verbandsangelegenheiten.

Montag, den 6. April 1903, abends 8 1/2 Uhr:

## Branchen - Versammlung

## der Eisenformer und Berufsgenossen

im „Kolberger Salon“, Kolbergerstr. 25.

Tages-Ordnung:

1. Der Streit bei Hartung, Feinschmiedwerk. 2. Diskussion. 3. Arbeits- und Lohnverhältnisse der übrigen Gewerke. 4. Verbandsangelegenheiten.

Sonntag, den 5. April 1903, vormittags 10 Uhr:

## Morgensprache der Schraubendreher

bei Wetzel, Brangelstr. 136.

Zahlreichen Besuch erwartet

## Centralverband der Maschinisten und Heizer sowie

## Berufsgenossen Deutschlands

Sonntag, den 5. April, nachm. 5 Uhr, bei Volgt, Ritterstr. 75:

## Ausserordentliche General-Versammlung.

Tages-Ordnung:

Vortrag des Gewerkschaftsleiters G. Graf über: „Die Krankenversicherung mit Bezugnahme auf die Krankentafel-Modelle“. Beschlussfassung über die vom Centralverband-Vorstand angeordnete Beitragserhöhung um 5 Pf. pro Woche auf die Dauer von 26 Wochen und die damit bedingte Erhöhung der Lohnverhältnisse. 138/12

Wegen der Wichtigkeit der Tages-Ordnung wird um zahlreiches Erscheinen gebeten. Es wird Punkt 5 Uhr in die Tages-Ordnung eingetreten. Von 1. Diskussionspunkt, vormittags 10 Uhr, Reichshaus bei Volgt, Ritterstr. 75, wozu um zahlreiches Erscheinen bitten

Die Ortsverwaltung.

## Verband der Barbiergehilfen.

In folgenden Geschäften werden noch Gehilfen mit Kontrollkarte beschäftigt. Alle anderen erkennen unsere Organisation nicht mehr an, indem sie unsere Arbeitsnachweise meiden.

- Genossenschaft III., Paulstr. 24.
- Leonhardt, Friedrichstr. 21a.
- Witte, Oranienstr. 7.
- Maria, Schillingstr. 8.
- Böhme, Rosenstraße 13a.
- Schmidt, Agacstr. 123.
- Wolfski, Müllerstr. 168.
- Reichhube, Weidstr. 46.
- Bogge, Kolonnenstr. 11.
- Wernke, Weidstr. 9.
- Wirth, Brunnenstr. 99.
- Frenzel, Oranienstr. 12.
- Solmann, Simonenstraße 125.
- Punge, Thierstr. 28.
- Dehler, Doppel-Allee 9.
- Danner, Doppel-Allee 33.
- Prossnow, Weidstr. 30.
- Trutz, Weidstr. 41.
- Wink, Weidstr. 38.
- Dahlke, Hammerstr. 31.
- Keller, Hammerstr. 31.
- Schuber, Weidstr. 67.
- Wolke, Weidstr. 14.
- Mangelmann, Schillingstr. 45.
- Hietel, Langenstraße 11.
- Herr, Weidstr. 7.
- Zimmerfeld, Kolonnenstr. 45.
- Giese, Kolonnenstr. 1.
- Peters, Weidstr. 8a.
- Wiba, Weidstr. 47.
- Mahlow, Weidstr. 39.
- Stier, Hammerstr. 11.
- Christoph, Weidstr. 12.
- Genossenschaft I., Krausestr. 17.
- Genossenschaft II., Waldemarstr. 65.
- Tropf, Weidstr. 96.
- Zander, Weidstr. 77.
- Wische, Weidstr. 18.
- Rege, Sonnenstr. 21.
- Hedt, Weidstr. 38.
- Nabian, Weidstr. 9.
- Wolke, Weidstr. 8.
- Morgenstern, Weidstr. 88.
- Wand, Weidstr. 6.
- Kathen, Weidstr. 98.
- Zwölke, Weidstr. 3.
- Heise, Weidstr. 176.
- Wolker, Weidstr. 21.
- Schulz, Weidstr. 21.
- Weißhaid, Weidstr. 68.
- Gelen, Weidstr. 21.
- Starke, Weidstr. 18.
- Nietisch, Weidstr. 60.

### Rixdorf.

- Reumann, Weidstr. 210.
- Vogel, Weidstr. 89.
- Trabe, Weidstr. 8.
- Wohlf, Weidstr. 211.
- Wradler, Weidstr. 9.
- Kramer, Weidstr. 67.
- Zielke, Weidstr. 73.
- Jungmann, Weidstr. 54.
- Schulz, Weidstr. 22.

# Deutscher Metallarbeiter-Verband.

Verwaltungsstelle Berlin.

Bureau: Engel-Ufer 15, Zimmer 1-5. Fernsprecher Amt VII. 353.

Montag, den 6. April 1903, abends 8 1/2 Uhr, bei Kellner, Kopenstr. 29:

## Versammlung der Klempner Berlins u. Umgegend.

Tages-Ordnung: Der Stand unserer Lohnbewegung. Referent: Cohen.

Kollegen! Die Klempnermeister behaupten, daß sie keinen Vertragsbruch begangen haben und stellen sich sehr entrüstet. Nun haben wir, um der Öffentlichkeit Gelegenheit zu geben, ein Urteil zu fällen, die Meister zu obiger Versammlung schriftlich eingeladen.

114/18

Die Ortsverwaltung.

## Achtung! Bauarbeiter. Achtung!

Zeit dem 1. d. M. gehen die Berliner Bauklempner im Streik. Die Berliner Klempnermeister glauben nicht nachgeben zu brauchen, in der Meinung, daß sich genügend Streikbrecher finden werden.

Wir haben zur Kontrolle grüne Legitimationskarten ausgegeben. Jeder Klempner, der zu neuen Bedingungen arbeitet, muß im Besitz einer solchen Karte sein.

Wir ersuchen die gesamten Bauarbeiter und zu unterstützen und jeden Klempner auf den Bantzen nach der Karte zu fragen.

Hoch die Solidarität!

## Deutscher Metallarbeiter-Verband

(Ortsverwaltung Berlin).

114/11

## Achtung, Zimmerer!

254/7

Gemäß den Bestimmungen unseres neuen Vertrages trat am Mittwoch, den 1. April dieses Jahres, eine Lohnerhöhung von 2 1/2 Pf. pro Stunde ein. Der Einheitslohn beträgt also jetzt 67 1/2 Pf. für die Stunde. Wir machen darauf aufmerksam und ersuchen alle Zimmerer, welchen diese verheißene Lohnerhöhung vorenthalten wird, dem Bureau des Centralverbandes, Gewerkschaftshaus, Engel-Ufer 15, Zimmer 32 (Fernsprecher Amt VII Nr. 789), unerbittlich Mitteilung zu machen.

Die Verbandsleitung.

## Verein deutscher Schuhmacher.

Sonntag, den 5. April 1903, nachmittags 3 1/2 Uhr, bei Cohn, Weidstr. Nr. 20:

## Kombinierte Konferenz der Arbeiter der besseren Mass-Geschäfte.

Tagesordnung wird in der Konferenz bekannt gegeben. Zahlreichen Besuch erwartet Die Ortsverwaltung.

## Verband der Möbelpolierer.

Montag, den 6. April, abends 8 1/2 Uhr, in Rixdorf, Zetumestraße 103:

## Versammlung.

Tages-Ordnung: 1. Vortrag des Reichstags-Abgeordneten Rosenow über: Herdbrand, Dreilicht, ein Dichter des Volkes. 2. Diskussion. 3. Verschiedenes. Die Kollegen werden ersucht, zahlreich zu erscheinen.

145/19 Mittwoch, den 8. April, abends 7 1/2 Uhr:

## Sitzung der Vertrauensmänner.

Berlin Norden: Brunnenstr. 96.  
Berlin Osten und Rixdorf: Blumenstr. 38.  
Berlin Südosten und Rixdorf: Stalinerstr. 59.  
Weidstr.: König-Chaussee 55.  
Jede Werkstätte muß vertreten sein.

## Arbeiter-Bildungs-Schule.

Gewerkschaftshaus, Engel-Ufer 15, Hof links II.

## Zehrplan für das II. Quartal 1903.

Unter-richtsfach	Behandelter Lehrstoff	Lehrer	Unter-richts-Abend
National-ökonomie	Reichsfinanzen und die Einkommenbestenuerung in Preussen.	Schriftst. Georg Bernhard	Montag
Ge-schichte	Geschichte des Industrialismus im 19. Jahrhundert.	Schrift-steller Dr. Rudolf Steiner	Dienstag
Rede-Uebung	Uebungen in mündlicher Rede und im schriftlichen Aufsatz.	Schrift-steller Dr. Rudolf Steiner	Freitag

Der Unterricht beginnt in Nationalökonomie Montag, den 20. April; Geschichte Dienstag, den 28. April; Rede-Uebung Freitag, den 24. April.

Jeder Kursus erstreckt sich auf zehn Abende und beginnt pünktlich um 9 Uhr und endet pünktlich um 11 Uhr. Die reichhaltige Bibliothek ist an diesen Abenden von 8-9 Uhr geöffnet.

Der Mitgliedsbeitrag beträgt pro Monat 25 Pf.; das Unterrichtsgeld für jedes Fach beträgt pro Kursus 1 Mark und ist spätestens am zweiten Abend zu zahlen.

Der erste Abend jedes Kursus steht jedermann zum unentgeltlichen Besuch frei.

Die Aufnahme neuer Mitglieder und Schüler erfolgt am besten bei Beginn jedes Kursus im Schullokal Gewerkschaftshaus, Engel-Ufer 15, Hof links 2 Tr., und in nachstehenden Zahlstellen: Gottfr. Schulz, Admiralstr. 40a; Reul, Barnimstr. 42; Vogel, Dammerstr. 32; Krause, Müllerstr. 7a; Horsch, Engel-Ufer 15.

Alle Zuschriften sind an den Vorsitzenden Hermann Lamme, Berlin SW. 43, Hornstr. 20, Querg. II, Geldsendungen an den Kassierer H. Königs, Berlin S. 59, Hasenheide 59, zu senden.

4/14 Der Vorstand.

## Brotts Gesellschafts-Haus.

3 Minuten vom Bahnhof - herrlich am Wald und Wasser gelegen - empfiehlt sich bei Ausflügen per Eisenbahn und Dampfer den geehrten Familien, Vereinen, Rabatten und Gesellschaften zu angenehmen Ausflügen. 2 große Säle mit Bühne, 2 große schattige Gärten. Schon für 1500 Personen. Sonnabende und Sonntage noch für Vereine zu vergeben.

4172\*

## Ausnahme-Preise!

bis zum 16. d. Mts. ca. 30 Proz. billiger als Labengelächte. Reuehüten von Rutenhüten . . . 2,25-2,75 Elegante Formen von weich oder steif . . . 2,50-3,50 von 2 M. an aufwärts bis 3,50

Chapeau-Étoques oder Châliaber, alle Formen, von 7,00 an. Form „Borward“, ein welcher, bestrickter Hut, 2,50 M.

Zu jedem Hut ein vergoldetes Monogramm.

Alvin Sussmann, Berlin, O., Holzmarktstrasse 38.

# Jeder Arbeiter, Jeder Handwerker sollte zur Arbeit

die Lederhose Herkules tragen. Klein-Verkauf. Sehr harte Ware in praktischen grauen u. braunen Strichen, auch einfarbig. Am Bund aus einem Stück gearbeitet. Sehr feste Knöpfe. Halbbarete Mit-Tagen. Große Hüften umfaßt. Die Hose

bei Entnahme von 4 M. 50

schlauer Kontur-Jacke 1 M. 90

schlauer Kontur-Hose . . . 1 M. 50

schlauer Kontur-Jacke Prima Koper-Gewebe . . . 2 M. 50

schlauer Kontur-Hose Prima Koper-Gewebe . . . 2 M. 10

Wandhose-Hose 5,50, 5,25, 4,25, 3 M. 50

Gefütterte Wandhose-Jacke 14. - 9. -

schlauer Kontur-Jacke 3,50, 2 M. 75

Wandhose-Jacke, Preisig 4,25, 3 M. -

Wandhose-Jacke . . . 3. - 2,50, 2 M. -

Mechaniker-Hose (braun) 3. - 2 M. 40

schlauer Kontur-Jacke, Preisig 7,50, 3 M. 75

schlauer Kontur-Hose . . . 4,50, 2 M. 75

Wandhose, Preisig 3. - 1 M. 75

Die Preise gelten für normale Größen.

## Baer Sohn

En gros. Export. En detail. Chaussestr. 2a, 25, Brückenstr. 11. Gr. Frankfurterstr. 20.

Die 20. Preisliste 1902 wird kostenfrei und portofrei zugesandt.

Bei Bestellung von Hosen ist die Bundweite und die Schrittlänge, bei Jacken und Mänteln die Brustweite anzugeben. 10272\*

— Versand von 20 M. an franco.

Nachdruck verboten!

## Gelegenheitskauf!

Vorjährige Herren- u. Knaben-Garderobe

verkauft ich, um schnell damit zu räumen, zu ganz bedeutend herabgesetzten Preisen.

## Herren-Jackett-Anzüge

ein- und zweireihige Form, darunter Bruststücke, 15 und 20 Mark.

## Herren-Sommer-Paletots,

tafellos und elegant sitzend, 10 und 15 Mark.

## Herren-Havelocks

8 Mark.

## Herren-Hosen

von wirklich dauerhaften Stoffen, 6 Mark.

## Herren-Sommer-Loden-Joppen

2 Mark.

## Gummi-Regen-Mäntel

18 und 22 Mark.

## Sommer-Paletots für Burschen

schick und elegant sitzend, 10 und 15 Mark.

## Burschen-Anzüge

von eleganter Stoffform, 9,50 Mark.

## Knaben-Anzüge

passend für das Alter von 2 bis 5 Jahren, Anzug 3 Mark.

## Carl Stier

Fabrik für Herren- und Knaben-Garderobe.

Berlin SO., Oranienstr. 166.

Potsdam, Nauenerstr. 23.

Muster- u. Auswahlsendungen werden nicht gemacht.

Streng feste Preise.

Achtung! Mit dem heutigen Tage habe ich die Restauration Dalkdorferstr. 5 übernommen.

4315 Ernst Schwarz, früher: Müllerstr. 1a.

## Reste

Spezialität für elegante Herrenanzüge, Paletots, Kinder-Anzüge usw.

Tuchfabrik - Niederlage

Koch & Seeland, Berlin C, Köpenickerstr. 10-12, 5-7, Sonntags 19-

## Dr. Simmel,

Spezialarzt für Haut- und Haarleiden

10-2, 5-7, Sonntags 19-



# Special-Offerte für Radfahrer.

## Extrapreise bis Ostern.

# Pneumatics.

Man kaufe nur in renommierten Special-Geschäften, welche Gewähr dafür bieten, dass die Garantieleistung erfüllt wird.

**Pneumatics ohne Garantie, die vielfach zu Spottpreisen angeboten werden, führen wir nicht.**

1085L


### Mäntel.

A mit Garantie	4,15 Mark
B " 1 Jahr Garantie	5,75 "
C " 9 Monate Garantie	5,50 "
D " 1 Jahr Garantie	6,50 "
E " 15 Monaten Garantie	7,50 "
Continental mit 1 Jahr Garantie	8,25 "

### Schläuche.

A mit Garantie	2,75 Mark
B " 1 Jahr Garantie	3,25 "
C " 9 Monaten Garantie	3,10 "
D " 1 Jahr Garantie	3,50 "
E " 15 Monaten Garantie	3,75 "
Continental mit 1 Jahr Garantie	4,25 "

**Zubehörteile und Ausrüstungsstücke**  
in reicher Auswahl zu konkurrenzlos billigen Preisen.



**Wringmaschinen**  
in grosser Auswahl.

36 Zoll 10,- Mark.  
Andre Grössen  
mit entsprechendem Aufschlag.

Neu eingerichtet:

**Abteilung**  
für  
**komplette Fahrräder**  
in allen Preislagen.

**„Adler“ Gummi- u. Guttapercha-Waren-Industrie, Berlin.**

Hauptgeschäft: Oranienstr. 117, pt. u. I. Etage. Filiale: Chausseestr. 98.

Es wird gebeten, in der Oranienstrasse auf unsere Firma und die No. 117 zu achten.

# Vinetaplatz Kaufhaus Julius Löwenheim Vinetaplatz

an der Stralsunderstrasse.

1 Minute von der Brunnenstrasse.

Ecke der Swinemünderstrasse.

Lieferant des Sparvereins Vereinigter Geschäftsleute.

1098L

erhält jeder Käufer, der über 1 Mark kauft, 10 Stück gute Presskohlen gratis.

Vinetaplatz

**Kaufhaus Julius Löwenheim**

Vinetaplatz

an der Stralsunderstrasse.

1 Minute von der Brunnenstrasse.

Ecke der Swinemünderstrasse.

Sonntag bis 6 Uhr geöffnet.

Sonntag bis 6 Uhr geöffnet.

## Fehlt Ihnen etwas?

für die neue Wohnung,

### so gehen Sie

rechtzeitig in unser Special-Haus. Dortselbst finden Sie eine überraschend grosse Auswahl in

**Teppichen, Gardinen, Portieren,**  
Diwan-, Tisch- und Steppdecken,  
Möbel- und Läuferstoffen etc.

zu wirklich spottbilligen Preisen.

Teppichhaus 977L

## Adler & Co.

Königstrasse 20/21, an der Jüdenstrasse.  
Morgen Sonntag bis 6 Uhr geöffnet.

Wer

zu billigen und streng festen Preisen

## Herren- und Knaben-Garderobe

in durchaus realen Stoffen und modernen Façons kaufen will, beste seinen Bedarf bei

11112\*

## Julius Lindenbaum,

Gr. Frankfurterstr. 141

Ecke Fruchtstrasse.

Grösstes Etablissement dieser Branche im Osten, Nordosten und Südosten.



Welcher Herrenhut mit Satinfutter Mk. 1,75  
Atlasfutter 2,-  
kleinere Form : 1,50

Einzelverkauf zu erstaunend billigen Preisen.

Cylinder-Verleiher Mk. 0,50.



Stelzer Herrenhut mit Futter . . . Mk. 2,-  
Diese Hüte liefern auch in besseren Qualitäten.



Aussergewöhnlich reichhaltige Auswahl.





## Oscar Arnold



Engros. Grösstes Spezialgeschäft Export. für Filzhüte, Stroh Hüte, Stoffhüte, Cylinder und Mützen. nur **Dresdenerstr. 116** (Kein Laden).

## Seiden-Hut-Fabrik

von 9612\*



## Carl Renz,



No. 3, Oranienstrasse No. 3.  
Großes Strohhut-Lager. - Mützen. - Schirme.  
Reelle Bedienung.

## Bucht- und Legehühner

Otto Ploch, Berlin, Bondstrasse 8. (9022\*)

verantwortlicher Redakteur: Carl Veld, in Berlin. Für den Inseratenteil verantwortlich: Th. Glöckner in Berlin. Druck und Verlag: Vorwärts-Druckerei und Verlagsanstalt Paul Singer & Co., Berlin SW.



## Hüte!

Herrenhüte von 1,50 an  
Knabenhüte „ 0,75 „

Größtes Lager in Strohhüten von den einfachsten bis zu den feinsten Genres.  
Schirme zu außergewöhnlich billigen Preisen.  
Mützen. Kravatten. 7812\*

## Otto Gerholdt, Dresdenerstr. 2,

Ecke Stallgerstrasse.

Achtung!  Achtung!

## Radfahrer.

Wir nehmen gebrauchte Fahrräder in Zahlung und lassen Reparaturen an Rädern auf Bestellung (per Karte) jederzeit abholen und liefern wieder frei ins Haus.

Berliner Einkaufsgenossenschaft, Marfilinstr. 19.

## Schmökewitz, Restaurant Seddinsee.

Den gedienten Vereinen und Gesellschaften empfehle ich mein großes und herrlich am Wald und Wasser, vis-a-vis der Berliner Schweiz, gelegenes Restaurant. Stelle die billigsten Dampfer.

10822\*      Telefon: Amt Grünau 54.      A. Noack.



Partei-Nachrichten.

Die Unterstüßungsvereinigung der in der modernen Arbeiterbewegung tätigen Angestellten hat die Konstituierung des Vorstandes nach den neuen Bestimmungen des Statuts vollzogen; die Zusammenfassung gestaltete sich wie folgt: Glöde, Vorsitzender; Umbreit, Schriftführer; Schmidt, Kassierer; Giffel und Kautsch, Beisitzer. Die Mitgliederzahl der Vereinigung ist im vergangenen Quartal auf 513 gestiegen, d. h. ein Mehr von 50 gegen das vorige Quartal. Die Kasse verfügt über einen Bestand von 16 800 M. Alle Kassirerinnen und Geldbewahner, auch für den Verein Arbeiterpresse, sind an Robert Schmidt, Berlin SO., Rammplatz 40, zu richten.

Das Jubiläum ihres zehnjährigen Bestehens feierte am 1. April auch die in Oriz erscheinende „Neußeitige Volkszeitung“. Dem Blatte standen bei der Gründung nur die bescheidenen Mittel der lokalen Parteikasse zur Verfügung; es hat sich völlig aus eigener Kraft zu einem Machtfaktor im öffentlichen Leben emporgearbeitet. Auch die „Neußeitige Volkszeitung“ hatte eine Anzahl Vorgängerinnen. Im Jahre 1874 vertrieben die Genossen im Kreise den in Grimmschau erscheinenden „Bürger- und Bauernfreund“. Ein Versuch, unter dem Titel „Neußeitige Wätter“ in Schleiz ein eigenes Blatt herauszugeben, mußte wegen der fehlenden Mittel schon nach kaum vier Wochen aufgegeben werden. Dann erschien der „Bürger- und Bauernfreund“ wieder auf der Bildfläche, bis er 1878 dem Sozialistengesetz zum Opfer fiel. Nachdem dem Genossen eine Zeit lang nur der „Bürger- und Bauernfreund“ zur Verfügung gestanden hatte, tauchte dann im Jahre 1881 der „Reichsbürger“ auf; er wurde verboten. Es folgten die „Thüringer Waldpost“, „Recht auf Arbeit“, „Arbeiterzeitung“ und „Arbeiter-Chronik“. Auch diese Wätter wurden teilweise wieder verboten. Die „Neußeitige Volkszeitung“, die als Kopfblatt des „Sächsischen Volksblattes“ in Jwidaun mit einem eignen lokalen Teil herausgegeben wird, erschien zuerst dreimal wöchentlich; mit dem 1. Juli 1900 wurde sie in ein täglich erscheinendes Blatt umgewandelt. Die Erlöse des mit so geringen Mitteln begründeten Blattes ist heute fast begründet; es hat sich zu einer mächtigen Waffe entwickelt, auf welche die Gegner unter jeder Sache mit Furcht, die Freunde derselben mit berechtigtem Stolz blicken.

Der Parteitag der Sozialdemokratie Dänemarks wird am 7., 8. und 9. Mai in Kopenhagen tagen. Es wird Hauptaufgabe des Parteitages sein, über die Stellung der Partei zu den bevorstehenden Wahlen zu beschließen.

Neue italienischen Genossen waren mit der Haltung ihrer Kameradschaft und ihrem Zentralorgan, dem zu Rom erscheinenden „Avanti“ aus tieflichen Gründen unzufrieden. Man warf beiden vor, daß sie zu ministeriell und opportunistisch gestimmt seien. Sie zwangen zunächst die Fraktion zu einer Erklärung, daß sie die bisherige Haltung aufgeben wolle und führten auch den Austritt des Abgeordneten Bissolati von seiner Stellung als Direktor des „Avanti“ herbei. Die Unzufriedenheit der Masse hatte nämlich zur Folge gehabt, daß der Abonnementstand des „Avanti“ ständig sank, so daß das Blatt in finanzielle Bedrängnis geriet. Als nun die Parteigenossen aufgefordert wurden, durch Geldbeiträge die Weiterexistenz des Zentralorgans zu sichern, weigerten sich eine Anzahl Sektionen dessen solange das gegenwärtige Direktorium bestände. Bissolati erklärte infolgedessen seinen Austritt.

Berliner Partei-Angelegenheiten.

Erster Wahlkreis. Dienstag, den 7. April, findet im Jungerhaus, Fischerstraße 23, Generalversammlung des Wahlvereins statt, in welcher Neuwahl des Vorstandes und ein Referat des Genossen Döbel über die Pflichten und Aufgaben der Mitglieder während der Wahl am der Tagesordnung steht.

Stralau. Am Sonntag, den 5. April, nachmittags 2 Uhr, findet bei E. Gurich, Alt-Stralau Nr. 5, die Generalversammlung des Wahlvereins für Stralau und Umgebung statt. Tagesordnung: 1. Vortrag des Genossen E. Bartels. 2. Diskussion. 3. Kassenbericht. 4. Anträge zur Kreisorganisation und Wahl von Delegierten zu derselben. 5. Verschiedenes. Es ist Pflicht aller Mitglieder, zu erscheinen.

Treptow-Baumhofweg. Montag, den 6. April, abends 8 1/2 Uhr, findet in Ackermanns Pfeffers, Baumhofweg 78, eine Vollversammlung statt, in welcher Reichstags-Abgeordneter Fritz Jüdel über „Auf zur Reichstagswahl“ sprechen wird. Hierzu findet morgen, Sonntag früh 8 1/2 Uhr, Flugblattverteilung statt, zu welcher die Genossen sich den Wegführern — Baumhofweg 84, Reus Frau-Wee 62 und Nieholsstr. 6 — zahlreich zur Verfügung zu stellen und für zahlreiches Veranlassungsbesuch zu agitieren haben. Heute Sonnabend Nachabend bei Senfischen. Der Nachabend in Treptow, welcher regelmäßig jeden Mittwoch vor dem 15. Nieholsstr. 6 stattfindet, fällt diesen Monat aus.

Lokales.

Für die Jugendwehr wird von ihrem Vorstand wieder einmal ein Aufruf verbreitet, in dem „bovennehmlich an die Eltern“ die „herzliche Bitte“ gerichtet wird, die Jugendwehr-Sache nach „Kräften unterstützen zu wollen“. Die Ziele und die Erfolge der Jugendwehr werden in glänzenden Farben geschildert, um die Eltern zu animieren, daß sie ihre Jungen an dieser Spielerei teilnehmen lassen. Gleichzeitig wird — zum Zweck einer weiteren Empfehlung der Jugendwehr — in der Form einer Dankagung an Behörden, Publikum und Presse auf die Förderung hingewiesen, die die „patriotisch-erzieherischen Bestrebungen“ der Jugendwehr von diesen Seiten erfahren haben. Hervorgehoben wird besonders die Haltung der Berliner Presse, die „namentlich in den letzten Jahren ohne Ansehung ihres politischen Standpunktes ausnahmslos ihr Wohlwollen bewiesen“ habe.

Wir trauten uns nicht, als wir das lasen. Diese Darstellung entspricht nicht der Wahrheit und kann die Wirkung haben, unkundige Eltern irrezuführen. Zur Berliner Presse gehört auch der „Vorwärts“. Wo aber haben wir jemals der Jugendwehr „Wohlwollen“ bewiesen? Unseres Erachtens hat der Vorstand der Jugendwehr die Pflicht, in seinen Reden ausdrücklich darauf hinzuweisen, daß diese Militärspielerei von der Presse der aufgelierten Arbeiterklasse nichts weniger als gebilligt wird. Eigentlich sollte ja gerade ein Hinweis auf die ablehnende Haltung der Sozialdemokratie und ihrer Presse dem, der „patriotisch-erzieherische Bestrebungen“ verfolgt, von seinem Standpunkt aus als ein wirksames Mittel zur Förderung seiner Sache erscheinen. In löblichen Kreisen neigt man doch sonst sehr zu der Ansicht, daß ein „patriotisches“ Unternehmen durch die scharfe Betonung des Gegenstandes, in dem dazu die Bestrebungen der Sozialdemokratie stehen, nur an Zugkraft gewinnen kann. Ist man im Vorstand der Jugendwehr anderer Meinung?

Die neuerrigete Ober-Postdirektion. Ueber die Verhältnisse der Stiftung „Töchterhort“, die für verwailte Töchter von Postbeamten bestimmt ist, hatten wir kürzlich einige Angaben gemacht. Wir hatten ausgeführt, daß bei den Postbeamten, besonders bei den unteren, die Meinungen über den „Segen“ dieser Stiftung sehr geteilt sind, und daß infolgedessen die Beamten sich nicht sehr eifrig an der Zahlung von Beiträgen beteiligen. Obwohl die Beitragzahlung als eine „freiwillige“ gilt, lassen es sich die Vergesetzten doch angehen sein, die Säumigen unter ihren

Beamten von Zeit zu Zeit in entsprechender Weise zu bearbeiten, um für den „Töchterhort“ mehr Beiträge zu erzielen. Das ist auch kürzlich bei der Verteilung des Geschäftsberichts für 1902 wieder versucht worden. Im Anschluß an diese Mitteilungen hatten wir erwähnt, daß auf einen der Postämter Berlins den Beamten nahegelegt worden ist, „freiwillig“ einen Teil ihres „Fördergeldes“ zu opfern.

Diese untre Bemerkung scheint in hohem Grade das Interesse der Ober-Postdirektion erregt zu haben; sie fragt jetzt bei uns an, auf welchem Postamt das geschehen sei. Der Zweck dieser Anfrage ist uns zunächst nicht recht klar. Die Zumutung, sich zu Gunsten des „Töchterhorts“ das „Fördergeld“ zu kürzen, verdient zwar von unsrem Standpunkt aus Mißbilligung, aber die Ober-Postdirektion wird wohl kaum etwas dagegen einzuwenden haben. Jedenfalls stellt sich diese Zumutung nicht dar als eine Ueberschreitung der Amtsbefugnisse. Aus welchem Grunde kann dann aber die Ober-Postdirektion ein Interesse daran haben, das Postamt zu erfahren? Sie will doch nicht etwa dem ingestüßten „Fördergeld“-Kam noch ihre spezielle Anerkennung ausdrücken? Oder ist es ihr weniger darum zu thun, diesen verdienten Beamten lernen zu lassen, als darum, aus unsrer Antwort Anhaltspunkte zur Ermittlung desjenigen zu gewinnen, der uns informiert hat? Wir empfehlen der Ober-Postdirektion, erst einmal selber nach dem Vater der „Fördergeld“-Idee zu forschen. Wenn sie zu diesem Zweck sämtliche Postämter Berlins abklappert, so wird er sich ganz gewiß bereitwilligst melden.

Aus der Magistrats-Sitzung vom Freitag. Nach eingehender Beratung wurde vom Kollegium beschlossen, der Polizeiverordnung über den Verkehr auf der Straße unter den Bäumen, wonach der fahrlässige Fahrdamm nur von Personenzufuhrwert besahren werden darf, zuzustimmen. Ausschlaggebend war der Umstand, daß auch früher schon das Befahren des fahrlässigen asphaltierten Fahrdammes mit Kraftfahrzeugen nicht gestattet war und Kraftfahrzeug der gepflasterten Fahrdamm benutzen mußten, nimmere werden diese Fahrwege auf den nördlichen Fahrdamm vervielfachen. Der Stadthaupt Ludwig Hoffmann legte die Entwürfe für die im Friedrichshain zu errichtenden Märchenbrunnen vor, die den Beifall des Magistrats fanden und nimmere nach diesen neuen Plänen ausgeführt werden sollen. Außerdem fand ein Vertrag mit der Gemeinde Nimmelsburg über die Anlage und Herstellung von Straßen, wobei die Stadt Berlin interessiert ist, die Zustimmung des Magistrats.

Die Diphtherie-Sterblichkeit ist im letzten Jahr in Berlin ganz außerordentlich gering gewesen. Es wurden im Jahre 1902 nur 205 Diphtherie-Sterbefälle gemeldet, während im Jahre 1901 noch 490 Personen und in den zehn Jahren von 1900 zurück bis 1891 noch 534, 609, 608, 507, 515, 989 (1895), 1361, 1578, 1325, 1010 Personen der Diphtherie erliegen waren. In den 80er Jahren war die Berliner Diphtherie-Sterblichkeit sogar noch bedeutend höher gewesen. Der Durchschnitt stellte sich im Jahrzehnt 1801—1900 auf rund 900 Sterbefälle pro Jahr; dagegen hatte er im Jahrzehnt 1881—1891 noch rund 1700 Sterbefälle pro Jahr betragen. Besonders seit der Mitte der 90er Jahre hat der Wüegeengel Diphtherie immer mehr von dem Schreden verloren, den er früher verbreitete. Seitdem ist die Diphtherie-Sterblichkeit in Berlin so gering geworden, daß sie für die Gesamt-Sterblichkeit kaum noch eine Rolle spielt. Diphtherie-Epidemien, wie die von 1883 und 1884, denen 2651 und 2446 Personen zum Opfer fielen, erscheinen uns heute fast schon wie Märchen.

Der zweite Nachtrag zum Berliner Adreßbuch 1903 gelangt anfangs Mai zur Ausgabe und wird wie der erste allen Abnehmern der Haupt-Ausgabe unentgeltlich verabfolgt. Zum Zwecke der Erreichung größter Genauigkeit und Vollständigkeit werden alle Beteiligten dringend gebeten, Geschäfts-Eröffnungen und -Verlegungen, Wohnungs- und Grundbesitz-Veränderungen, soweit diese seit Erscheinen des ersten Nachtrages stattgefunden haben und noch nicht berücksichtigt sind oder zu einem jetzt schon feststehenden Zeitpunkt im laufenden Jahre stattfinden werden, möglichst umgehend, spätestens aber bis zum 11. April d. J. der Redaktion des Adreßbuchs, SW. 12, Zimmerstr. 37—41, anzuzeigen.

Der Selbstmord eines Soldaten rief gestern, Donnerstagsabend, beim 4. Garde-Regiment einige Aufregung hervor. Der Garde-Füßler Friedrich Sefelowsky, der bei der 10. Compagnie diente, stürzte sich abends gegen 10 Uhr aus einem Dachfenster des Bodengeschosses der Kaserne in Moabit auf den Hof hinab und blieb mit gebrochenen Gliedmaßen und schweren inneren Verletzungen benommenlos auf dem Pflaster liegen. Ein Arzt, der sofort gerufen wurde, konnte nur dem Tod feststellen. Die Leiche wurde nach dem Garnisonlazarett I in der Schönorferstraße gebracht. Was den jungen Mann zum Selbstmord veranlaßte, ist noch nicht bekannt.

Im Tiergarten erschöpfte sich gestern nachmittags der 20 Jahre alte Handlungsgehilfe Fritz Hellmann, der in der Reibelsstraße Nr. 4 ein mobilisiertes Zimmer bewohnt und in einer Eisenwaren-Handlung angestellt war. Der junge Mann, dessen Eltern in Wahl wohnen, kam vor einem halben Jahre nach Berlin, war im Geschäft sehr brauchbar und im Privatleben nüchtern und häuslich. Erst in der letzten Zeit vollzog sich in ihm eine Wandlung. Sein Gehalt reichte nicht mehr und im Geschäft wurde er etwas nachlässig, so daß er mehrmals getadelt werden mußte. Es wird vermutet, daß er in schlechte Gesellschaft geraten war. Sein Prinzipal aber hatte das Vertrauen, daß er bald wieder auf den rechten Weg kommen werde, und dachte daher nicht daran, ihn zu entlassen. Wider Erwarten aber biß Hellmann am 1. April von selbst weg. Während sein Geschäftsführer gestern nachmittags nach seiner Wohnung kam, um sich nach seinem Verbleib zu erkundigen, schoß er sich im Tiergarten zwischen der Sieges-Allee und dem Neuen Opernhaus eine Revolverkugel in die linke Schläfe.

Als Leiche aus der Spree gefischt wurde der 22 Jahre alte Kaufmann Paul Wesener aus der Mühlenstraße 4, der in einem Luchgeschäft in der Rosenthalerstraße angestellt war und seit dem 28. Februar vermißt wurde. Der junge Mann war, in der letzten Zeit sehr krank gewesen und schien nervenkrank zu sein. Selbstmordgedanken hatte er aber niemals geäußert.

Um sich mit ihrem Kinde das Leben zu nehmen, hat sich die 26 Jahre alte Ehefrau Luise des Tischlers Hennig aus der Weberstraße 48 gestern mittags aus ihrer Wohnung entfernt. Die Frau ist Mutter zweier Kinder, eines zweijährigen Sohnes und eines erst sieben Monate alten Töchterchens Namens Märchen. Seit ihrer letzten Entbindung war sie leidend. In den nächsten Tagen sollte sie eine Heilanstalt aufsuchen. Eine starke Abneigung dagegen aber scheint ihr den Plan eingegeben zu haben, sich und dem jüngsten Kinde das Leben zu nehmen. Während gestern mittags ihr Mann auf seiner Arbeit war und der zweijährige Knabe bei seiner Großmutter in selbstem Hause war, ging sie mit dem kleinen Märchen weg und hinterließ ihrem Mann und ihrer Mutter je einen Zettel, auf dem sie um Verzeihung bat und mitteilte, daß sie mit ihrem Liebling und Jenseits gehe. Seitdem ist sie verstorben. Frau Hennig hat blondes Haar und blaue Augen, ein volles Gesicht und eine kräftige Gestalt, ist 1,73 Meter groß und trägt eine schwarzbraun lanierte Taille, einen schwarzen Rock, einen grünen Umhang und einen schwarzen Herrentyp mit Schleife. Das Kind trägt ein weißes Umhängelächchen und eine seidene weiße Kappe mit Schleifen.

Todesurs. Gestern nachmittags 5 Uhr stürzte zu Charlottenburg, Rantestr. 5, der 30 Jahre alte Gerüstbauer Otto Wiedler, Solmsstr. 30 wohnhaft, aus der Höhe von 12 Metern von einem am Hause angebrachten Leitergerüst auf das Straßengestühl, blieb dort bewußlos liegen und wurde nach der Unfallstation am Zoologischen Garten gebracht, woselbst er nach Verlauf von einer Viertelstunde verstarb, ohne wieder zum Bewußtsein gekommen zu sein.

Derselbe wollte von dem Gerüst ein Tau abbinden, trat dabei fehl und stürzte herab. W. ist verheiratet, hat aber keine Kinder.

Am Gewerkschaftshause findet am Palmsonntag, den 6. April, ein großes Konzert der Berliner Tonkünstler-Vereinigung statt. Es werden der Konzertsänger Herr Th. Scherer, sowie die Pianistin Frau A. Hebel mitwirken, so daß die Veranstaltung auch diesmal ihre Anziehungskraft ausüben dürfte.

Apollo-Theater. Wenn das Lachen wirklich eine so heilsame Sauch- und Düngegenmasse ist, wie manche Mediziner behaupten, so kann der Besuch des Apollo-Theaters aus hygienischen Gründen dringend empfohlen werden. Die neue Gesangsbesetzung dieser Bühne, „Gesundeball“, ließ gestern den Wellenschlag bald leise schütternden, bald herzlich ausbrechenden Gelächters kaum einen Augenblick verdrängen. Der „Gesundeball“ ist eigentlich eine Privat-Soiree, die das selbige Dienstmädchen einer Postdirektorin, die selbst zum Presseball fährt, mit Erlaubnis ihrer Gnädigen in deren Wohnung veranstaltet. Daß die Abendgäste so zahlreich erscheinen und sich aus der Garderobe der Herrschaft die Requisite zu einem regelrechten Kostümball ausleihen würden, hatte die menschenfreundliche Postdirektorin allerdings nicht erwartet. Auf diesem improvisierten Gesundeball passieren nun die ungläublichsten Dinge. Der von der Postdirektorin ihrer natürlich anderweitig engagierten Tochter zugegebene Bräutigam, ein mit Draht und höpplischer Einfall ungewöhnlich geflegelter Provinzial, schießt in die fidele Gesellschaft, wodurch sich die lächerlichsten Mißverständnisse ergeben. Der Herr Postdirektor selbst, der nach festem Anlaßer Inspektionsreise unerwartet in der — neuen — Wohnung ankommt, wird von der ahnungslosen Gesellschaft — auch das Dienstpersonal ist neu — als unbeträglicher Stürmchen fürgerhand an die Luft geworfen. Die drastische Komik dieses unerfüßlichen Verwechslungs- Spiels wird erhöht durch allerhand aktuelle Witze, Couplets, eine spirituelle Soance usw. und namentlich auch durch das ungemein flotte Spiel sämtlicher Darsteller. — Der Spezialteil war in allen Teilen „erfüßlich“. Eine sehr stimmgebende Operette ist J. P. Vettori. Mit dem beschäftigten Cafe Walle kontrastierten sehr die plastischen Darstellungen der „Seldoms“, dreier wunderbar gebauter männlicher Modelle, deren Körper in überaus schnell Folge zu Formgestalten antiker und moderner Schöpfungen erharteten. Die Grazien, die beim Cafe Walle ansieht die Nacht ergriffen, schienen zurückgekehrt zu sein, um mit einer vierter nachgeborenen Schweser im Grunde, höchstselbstig gegen das gegen sie verübte schwarze Attentat zu demonstrieren. Alles in allem: ein selten gelungenes Programm.

Feuerbericht. In der Nacht zum Freitag hatte die Wehr längere Zeit in der Bismarckstr. 35 zu thun. Hier war gegen 10 Uhr in einer Materialwaren-Handlung Feuer ausgebrochen, das Regale, Decken, Warenvorräte, Spiritus etc. ergriffen hatte. Es mußte daher längere Zeit Wasser gegeben werden, um die Flammen zu ersticken. Kurz vorher war in der Wüsterbühnenstr. 1 in einem Keller allerlei Gerüstmaterial und Verpackungsmaterial in Brand geraten, während in der Insterburgerstr. 10 Preflohlen sich von selbst entzündet hatten. Gegen Abend wurde die Feuerweh wegen eines Baumfalles nach der Rantestr. 5 gerufen, wo der Arbeiter Otto Wiedler aus der Solmsstr. 30 von einem Baumstamm abgestürzt war. Hierbei hatte er sich so schwere Verletzungen zugezogen, daß er noch auf dem Transport zum Krankenhaus verstarb. Gleichzeitig war in der Lehmannstr. 5 in einer Keimkammer ein Brand entstanden, dessen Ablösung indes bald erfolgte. In der Müllerstr. 11 war die Dachkonstruktion eines Maschinenhauses in Brand geraten, während in der Köpckestr. 32 in einer Fabrik Kisten und Bretter in Flammen standen. Freitagnachmittag erfolgte ein Alarm nach der Udenstr. 8, weil hier auf dem Boden ein kleiner Brand ausgebrochen war. Außerdem liefen in den letzten 24 Stunden noch von einigen anderen Stellen Feuermeldungen ein, doch handelte es sich hier um „blinden Alarm“.

Aus den Nachbarorten.

Die Niddorfer Gewerbedeputation hatte sich in ihrer letzten Sitzung mit dem Entwurf eines neuen Ortschaftstatuts, betreffend das Gewerbegericht der Stadt Niddorf zu beschäftigen. Da es sich im wesentlichen darum handelte, die schon bisher geltenden ordnungsgemäßen Bestimmungen den Vorschriften des neuen Gewerbegerichts-Gesetzes anzupassen und entsprechend zu erweitern, so ging die Durchberatung ziemlich glatt von statten. Natürlich verhielten sich auch bei dieser Gelegenheit die den Jungfreisen nahestehenden Mitglieder, die Deputation zu einer direkten Stellungnahme gegen den Sonntag als Wahltag zu bestimmen. § 13 des Entwurfs unterläßt, wie auch schon das alte Ortschaftstatut, den Vorsitzenden des Gewerbegerichts die Bestimmung vom Tag, Ort und Stunde der Wahlen. Die letzte Wahl der Arbeitnehmer-Beisitzer hatte nun auch in Niddorf, wie in Berlin und anderswärts, an einem Sonntag stattgefunden und deshalb bekanntlich zu dem Streit der Arbeitgeber im Wahl-ausschuss beziehungsweise Wahlvorstand, sowie zu fruchtlosen Besprechungen der Kämpfer für Aufrechterhaltung der guten alten Sitten“ geführt. Der Bezirksauschuss wies die Herren damals schlichtweg ab. Das erwähnte Deputationsmitglied beantragte, den § 13 des Entwurfs hinzuzufügen: „An Sonntagen und Festtagen dürfen die Wahlen nicht stattfinden“. Es gab darüber eine Debatte, in welcher der Antragsteller geltend machte, ein erheblicher Teil der Bevölkerung habe an der letzten Sonntagswahl Anstoß genommen. Auf die Ausführungen der Arbeitgebervertreter, die die Notwendigkeit der Vornahme aller Wahlen an Sonntagen betonten, erwiderte er, gerade dies Prinzip, das an den guten alten Sitten anknüpfen wolle, müsse dazu führen, so sagen: Widerlebe den Anfängen. Bei der Mehrheit fand indessen der Antrag keinen Anklang. Auch zwei Magistratsmitglieder sprachen sich dagegen aus, ebenso ein Industrieller, der besonders anerkannte, daß der eine Arbeiter-Vertreter recht habe, wenn er sage, daß die Vornahme der Wahl an Sonntagen auch von den Unternehmern, namentlich denen der Großindustrie, unangenehm empfunden werde. Der Antrag auf Aussetzung der Sonntags- und Feiertage als Wahltag wurde dann abgelehnt. Dasselbe Schicksal erlitt der Antrag der Arbeitnehmervertreter, den Entschädigungssatz für die Beisitzer von 4 M. auf 5 M. zu erhöhen. — Die Deputation erklärte sich damit einverstanden, daß ein Ausschuss, bestehend aus drei Arbeitnehmer-Beisitzern, drei Arbeitgeber-Beisitzern und dem Vorsitzenden des Gewerbegerichts, gebildet werde zur Beratung und Feststellung von Entschäften über gewerbliche Fragen, welche von Staatsbehörden oder von dem Magistrat erfordert werden, sowie von Anträgen in gewerblichen Fragen, welche bei Staatsbehörden, bei Vertretungen von Kommunalverbänden oder bei den gesetzgebenden Körperschaften des Staats oder des Reichs eingebracht werden sollen. Bei Erörterung besonderer Fragen soll der Ausschuss sich kooperieren können durch Veranlassung von je zwei Arbeitnehmer- und Arbeitgeberbeisitzern.

Wilmersdorf. In der letzten Sitzung der Gemeindevertretung wurden 10 000 M. bewilligt für Errichtung einer Versuchskläranlage auf dem Gelände der Charlottenburger Pumpstation. Die Sanifikationsbeiträge für 1903 sind auf 60 M. angelegt und zwar Rate A. 25 M., Rate B. 35 M. Sodann wurde der in Berlin schon bestehenden Polizeiverordnung für Fußwege (17. Mai 1901) zur Verhütung von Unfallfällen für unsren Ort die Zustimmung gegeben. Dem Genossen Hilbert wurde die am 25. März im Verein des Landrats stattgefundene Vertagung der Stadtordnungsmontier, da sich die Bürgerchaft darüber entrüstet und die Verzögerung mit großer Geldmitteln verknüpft ist. Eine mögliche baldige erneute Annahme des Antrages könne die Scharte auslösen Die Vertagung erlaubt die Möglichkeit an, die bestehende Kommission, die das Material zur Stadtverordng bearbeitet, zu größerer, und zwar Mitglieder hinzuwählen, die gegen die Vertagung gestimmt haben. Da nimmere drei Mitglieder e



Kommission antraten, wurden hier der Gewünschten neu gewählt. Inzwischen ist die Stadtverwaltung so weit gediehen, daß in aller nächster Zeit ein Vertreter des Landrats an den Verhandlungen der Kommission teilnehmen soll.

Im Schwarmendorfer Wahlverein wurde nach einem Referat Kallitsch über „Die Bedeutung der nächsten Reichstagswahlen“ eine Wahlkommission, bestehend aus den Genossen Stülbing, Judlich und Schmelzer, gewählt. Beschlossen wurde, während der Wahlperiode die Mitglieder-Veranstaltungen, zu denen Gäste stets Zutritt haben, als wöchentliche Dienstags abzuhalten, um die Thätigkeit des Reichstages und der bürgerlichen Parteien in Agitationszwecken ausschließlich behandeln zu können. Die Lokalkommission berichtet, daß der neue Inhaber des „Korsthause“ seinen Saal der Arbeiterschaft verweigert, was die zahlreichen dort verkehrenden organisierten Bauarbeiter berücksichtigen sollten. Bei dem früher frei gewesenen Restaurant „Sandjoui“ ist die Lokal-sperrre besonders strittig zu befolgen.

**Romawes.** Eine eigenartige Ueberraschung wurde der am ersten April stattgefundenen Sitzung der Gemeindevorstellung dadurch bereitet, daß bei Beginn derselben vom Amtsvorsteher bekannt gemacht wurde, daß der Landtags-Abgeordnete unres. Kreises, Baumeister Hellich, sowie das Reuendorfer Gemeindefolkium der Sitzung beiwohnen und ersterer ein Referat über die von den Einwohnern Romawes-Reuendorfs bei der Eisenbahnbaubehörde schon öfters beantragte Überlegung der Bahngelände und Unterführung derselben halten werde. Herr Hellich entwickelte darauf in längeren Ausführungen seine Ansichten über genanntes Projekt. Er erklärte, daß er die Sache bisher nicht unterstützen konnte, da ihm die hiesigen Verhältnisse vollständig unbekannt seien; er kenne die Orte nur aus Wahlversammlungen, konnte sie aber nie näher besichtigen, da es stets finster war, wenn er zu den Versammlungen kam. Auch seien ihm spezielle Wünsche von hier aus noch nicht unterbreitet worden. Redner schlägt vor, eine scharfe Petition, welche mehrere Hundert Unterschriften haben müsse, an das Abgeordnetenhaus zu senden. Er würde die Angelegenheit auf das kräftigste unterstützen. (Daß Herr Hellich die hiesigen Verhältnisse nicht kennt, ist ja nicht zu verwundern; denn es ist ja bekannt, daß die konservativen Abgeordneten nur bei der Wahl zum „Volke“ herabsteigen; ob er aber dazu kommen wird, obige Petition unterstützen zu können, steht doch noch sehr in Frage, denn in dieser Session kommt sie bestimmt nicht mehr zur Verhandlung, und ob nach den Wahlen Herr Hellich wieder als Vertreter unres. Kreises ins Abgeordnetenhaus einzieht, ist noch sehr zu bezweifeln.) — Des weiteren nahm die Versammlung davon Kenntnis, daß am 1. Oktober die hiesige Meberei-Verwerksstätte eingezogen; die Regierung bezichtigt auf die fernere Benutzung der Gebäude und überläßt das Gebäude der Gemeinde für kommunale Zwecke. — Darauf erfolgte die Festsetzung des Haushaltsplanes. Derselbe wurde gegen die Stimmen der Sozialdemokraten genehmigt. — Es folgte nun die Einteilung der Bezirke für die nächsten Reichstagswahlen und die Ernennung der Wahlvorsteher, sowie die Festsetzung der Wahllokale.

Dieselbe ist folgende:

	Seelen	Wahllokal	Wahlvorsteher	Stellvert.
I. Bez.	2808	Schmidt, Wilhelmstr.	Damm	Wagner (Soc.)
II. "	2854	Turnhalle, Auguststr.	Langer	Gorgas
III. "	3028	Regel, Lindenstr.	Hanide	Frische
IV. "	3020	Bernhardt, Priesterstr.	Steiner	Hiemle (Soc.)

Unse hierauf bezüglichen Wünsche, daß auch wir im Wahlvorstande vertreten sein wollen, fanden insofern Berücksichtigung, als die Genossen Wagner und Hiemle zu Stellvertretern des Wahlvorstehers im I. resp. IV. Bezirk ernannt wurden.

Der letzte Punkt der Tagesordnung, Kollektivversicherung der freiwilligen Feuerwehr, wurde auf Antrag des Genossen Gruß der Finanzkommission zur Vorberatung überwiesen.

**Friedrichshagen.** Von einem Schlächterwagen überfahren und lebensgefährlich verletzt wurde gestern, Donnerstagnachmittag, vor dem Hause Friedrichstr. 10—12 der zwölf Jahre alte Sohn Otto des in der Straße 3 wohnenden Grüntrahmhändlers Heinrich Heller. Als eine Partie junger Leute mit klingendem Spiel die Friedrichstraße entlang marschierten, wurden die Pferde des Schlächtermeisters G. Kragnow scheu und rasten ineine Schar dem Juge folgender Kinder, wobei einige unter den Wagen zu liegen kamen und der kleine Heller durch Ueberfahren am Kopfe erheblich verletzt wurde und in bedenklichem Zustande in die elterliche Wohnung getragen wurde. Recht übel erging es auch dem Kutscher des Gespannes, welchem augenblicklich keine Schuld beizumessen ist. Einige Personen der aufgeregten Menge vergingen sich thätlich an dem durch den Vorfall wie vom Schlege gerührten, auf seinem Aufseherbord stützenden Wagenführer, der durch harte Schläge am Kopfe deartig verletzt wurde, daß er blutüberströmt und bewusstlos zum Arzt getragen werden mußte.

## Gerichts-Zeitung.

### Der Wucherprozeß Heinrich Pariser

begann heute vormittag vor der dritten Strafkammer des Landgerichts I im großen Schwurgerichtssaal. Den Vorsitz führt Staatsanwalt Kösting, die Verteidigung führen Rechtsanwalt Lehner und Justizrat Dr. Sello. Von den zur Sache vorgeladenen Zeugen sind in der langen Zeit, die seit dem im Jahre 1896 stattgefundenen ersten Termin verfloßen, eine ganze Reihe verstorben, zahlreiche andre Zeugen, darunter Träger hochadeliger Namen, sind durch ärztliche Atteste entschuldigt bezw. kommissarisch vernommen worden. Unter den etwa 25 Zeugen, die anwesend sind, befinden sich mehrere Rechtsanwälte, die seiner Zeit Vertreter einzelner Zeugen gewesen sind, ferner verschiedene Agenten, sodann der bekannte Mendel Treuherz und der aus Wladyka vorgeführte ehemalige Rechtsanwalt Eduard Ziffer u. a. Der Angeklagte hat bereits im Jahre 1896 wegen dieser Wuchersache auf der Anklagebank gesessen und zwar in Gemeinschaft mit dem Weinhändler Richard Meyer, dem Hypothekenspekulator Karl Hermann und dem Kaufmann A. Niederich. Der erste Termin im Jahre 1896 wurde vertagt, bei dem späteren Termin schied Pariser vorläufig aus, weil er infolge von Krankheit nicht verhandlungsfähig war. Das gegen die drei übrigen Angeklagten fortgesetzte Verfahren schloß mit der Freisprechung der Angeklagten Meyer und Hermann, während Niederich, der inzwischen gestorben ist, in Geisteskrankheit verfiel. — Zu seinen persönlichen Verhältnissen bemerkt der Angeklagte auf die Fragen des Vorsitzenden: Er sei am 24. November 1888 in Krakau als der Sohn eines preussischen Staatsangehörigen geboren, mosaisch und im Jahre 1808 wegen Ausübung eines öffentlichen Amtes zu 14 Tagen Gefängnis verurteilt worden. Sein Vater habe Rohwolle und Nohleder aus Rußland importiert und sei in Breslau ansässig gewesen. Er selbst habe in Breslau das Gymnasium absolviert und dann neuere Sprachen studiert. Wegen Familienverhältnisse habe er das Studium aufgegeben und sei in das Geschäft seines Vaters eingetreten. Er bestreite entschieden, Wuchergeschäfte gemacht, oder durch Geldgeschäfte, bei denen der Zinsfuß das zulässige Maß unergänzt hätte, übergründlich zu haben. Er sei mit der Zeit mit einem großen Kreise von Geschäftsleuten in Verbindung gekommen und habe diesen gelegentlich Wechsel diskontiert und diese weiter diskontiert. Er habe an den Geldgeschäften, die er gemacht habe, nur viel Geld verloren; er habe nur Geld an Grundstücken und Hypothekengeschäften gewonnen. — Präsi.: Sie sollen auch außerordentlich hohe Prozente berechnet haben? — Angekl.: Das trifft durchaus nicht zu. — Präsi.: Es wird ferner behauptet, daß Ihre Beziehungen auch in höhere Kreise erstreckt und daß Sie vermöge Ihrer bestehenden Mittel im Stande gewesen seien, Ansprüche auf höhere Darlehen zu kriegen. — Angekl.: Diese Behauptung beruht einfach auf Fiktion. Es ist eine Legende, die von gewissen Zeitungen kritisiert worden ist. Die Personen von hohem Rang, die mit mir in Verbindung gestanden haben sollen, sind nur Phantasiegebilde; von

solchen höheren Phantasiegebilde ist die Wirklichkeit gar keine Rede. — Präsi.: Es wird behauptet, daß Sie ein sehr hartnäckiger Gläubiger gewesen seien und mit der größten Rücksichtslosigkeit und Energie Ihre Forderungen einzutreiben bemüht waren. — Angekl.: Die Verhandlung wird das Gegenteil erweisen. Ich habe nie eine einzige Zwangsvollstreckung vornehmen lassen. — Präsi.: Das mag schon sein. Es wird aber behauptet, daß Sie dazu Ihre Leute hatten, die Sie als Prozeßvollmächtigte vorstücken. Insbesondere sollen Sie mit dem Inhaber der Münzenfabrik, dem Weinhändler Richard Meyer, von dem auch Wiesbaden ein Krankheitsattest eingegangen ist, gemeinschaftlich viele Geldgeschäfte gemacht haben. In den Münzenfabrik sollen viele Leute verkehrt haben, die Meyers Vermittlung bei der Beschaffung von Darlehen in Anspruch genommen haben. Sie sollen mit Herrn Meyer die Geldgeschäfte ganz geschäftsmäßig betrieben haben. — Angekl.: Das ist alles nicht richtig, wie die Beweisaufnahme ergeben wird. Ich habe zu Herrn Meyer in geschäftlichen Beziehungen gestanden und verschiedene Grundstücksgeschäfte mit ihm zusammen gemacht, u. a. das Grand Hotel in Halle, ferner ein Bergwerk in Ungarn gekauft u. — Präsi.: Es wird behauptet, daß Sie bei den Geldgeschäften, die Sie zusammen mit Meyer machten, sehr vorsichtig gewesen seien; schon bei Abschluß des Geschäfts sollen Sie darauf bedacht gewesen sein, die Spuren ihrer Thätigkeit möglichst zu verdecken. Sie sollen namentlich den früheren Bureauvorsteher des ehemaligen Rechtsanwalts Liffer, der dessen rechte Hand war, zur Anstellung von Klagen u. bemüht haben; dieser soll wieder eine Reihe anderer Personen als Prozeßvollmächtigte vorgeschoben haben. — Angekl.: Das alles ist nicht zutreffend. Alle diese Personen sind mir völlig unbekannt. — Präsi.: Es wird auch behauptet, daß Sie 40—50 Proz. Zinsen genommen haben. — Angekl.: Die Beweisaufnahme wird dies nicht bestätigen. Wenn jemand Geld zu gewerblichen Zwecken brauchte, habe ich mehr berechnet als sonst. Ich habe 6, 10, 15 und einmal auch 20 Prozent Zinsen beansprucht.

Hierauf beginnt die Beweisaufnahme über den allgemeinen Teil der Anklage. Die hierzu vernommenen Zeugen wissen wenig auszusagen. Drei Zeugen, die als Inlasso-Mandatäre für den verstorbenen Bureauvorsteher Niederich in vielen Fällen figurierten, behaupten, den Angeklagten Pariser nicht gekannt zu haben. Sie wissen nur, daß Niederich vielfach Wechsel einzulagern hatte, können aber nichts darüber auszusagen, ob diese Wechsel von Pariser herkräfteten. Auch der als Zeuge vernommene ehemalige Rechtsanwalt Liffer weiß nur, daß sein ehemaliger Bureauvorsteher Niederich Inlassogeschäfte machte und auch mit Pariser bekannt war. In welchen sonstigen Beziehungen diese sonst miteinander standen, weiß ihm unbekannt. — Zur Verlesung kommt die unbedeutende Aussage des seiner Zeit als Angeklagter vernommenen verstorbenen Niederich. Dieser hat unter anderm ausgesagt, daß er Inlasso-Mandatäre für Pariser gewesen sei und mit diesem abgemacht habe, daß er ein Drittel des einzulagenden Betrags als Provision erhalten solle. Pariser habe ihn bei den Verhandlungen gleichzeitig angewiesen, daß er gegen die Schuldner recht rigoros vorgehen solle. Er habe einige Inlassogeschäfte dieser Art gemacht, bis ihm ein Bekannter sagte: „Pariser ist ja ein Wucherer! Du wirst doch für diesen Juden nicht die Kaschamen aus dem Feuer holen!“ — Der Angeklagte bestreitet diese Behauptung sehr lebhaft und wiederholt auf das bestimmteste, daß das einzige Motiv zu seiner Verbindung mit Niederich das der Bequemlichkeit war, er sei in seinem Geschäft allein gewesen und habe die Störungen durch die gerichtlichen Termine vermeiden wollen. Hierauf wird in die Beweisaufnahme über die einzelnen Fälle eingetreten.

Der erste Fall betrifft einen früheren Hauptmann v. Z., der 2000 M. im Spiel an einen Major v. R. verloren hatte und diese Schuld schleunigst bezahlen wollte. Auf Empfehlung des Majors v. R. sei er, wie der Zeuge behauptet, zu Pariser gegangen, „daß das Geld zweifelloß geben würde“. Pariser habe ihm gesagt, daß er das Geld geben wolle, daß es aber teuer sei. Er habe ihm dann 1700 M. gegeben, der Zeuge hat aber auf einen Dreimonatswechsel 2000 M. ausgeschrieben müssen. Der Wechsel ist später eingelöst worden. — Der Angeklagte behauptet, daß er von irgend welcher Kostlage des Zeugen keinerlei Kenntnis gehabt habe. Er habe dem Zeugen das Geld auf keine andere Sicherheit gegeben, als auf seine Wechselunterschrift hin. Der Wechsel sei am Verfalltage nicht eingelöst worden, sondern habe eine ganze Zeit lang gelegen, ohne daß dem Zeugen dadurch nur die geringste Unbequemlichkeit entstanden wäre. Der Zeuge bestätigt letzteres. Der Angeklagte behauptet, daß er nicht 1700 sondern 1900 M. hingegeben habe, was der Zeuge bestreitet.

Der nächste Fall betrifft einen Gerichtsaffessor a. D. G. Dieser befand sich an sich in guter Vermögenslage. Ihm war eine Erbschaft in Höhe 80 000 M. zugefallen; er lebte sehr flott, besaß eine fleißige die Rennbahnen und machte Ausgaben, die seine Einnahmen überstiegen. Er machte mit Mendel Treuherz, dann mit dem flüchtig gewordenen Veimo Oftertag und schließlich mit Pariser Wechselgeschäfte. Nachdem er mit den Agenten Herz und Oftertag wiederholt Geldgeschäfte gegen großes Damno gemacht, erfuhr er, daß der eigentliche Geldgeber der Angeklagte sei und setzte sich dann — im Jahre 1888 oder 1889 — mit diesem direkt in Verbindung. Um welche Beträge es sich handelte, weiß er heute nicht mehr. Jedenfalls versichert er, daß es sich bei ihm um keinerlei Kostlage, sondern nur um Jugendlustspiel handelte. Er könne nur sagen, daß sich das Geschäft mit Pariser bequem und coulant abwickelte; Pariser war nicht der Mann, der große Redensarten machte, in fünf Minuten war die Sache fertig und das Geld lag auf dem Tisch. Wie viel Zinsen er an Pariser habe zahlen müssen, wisse er nicht mehr, er habe keineswegs die Empfindung gehabt, daß die Opfer, die er bringen mußte, übertrieben groß waren.

Etwas dunkel und konfus ist der Fall des nicht auffindbaren Zeugen Ingenieurs Paul Baumert, der von Rußland hierhergekommen war, sich mit der Verwertung von Patenten beschäftigte und viel Geld verdiente. Er hat zunächst mit Hermann, dann mit Meyer und schließlich mit Pariser Geldgeschäfte gemacht. Letzterer habe ihm vier Wechsel im Betrage von 100 000 M. diskontiert, die von Hermann giriert waren. Pariser habe sich 15 bis 20 Proz. pro Quartal berechnet, Hermann berechnete sich 2 1/2 bis 5 Proz. Provision. Der Angeklagte ist von dem Zeugen als ein rücksichtsloser Gläubiger geschildert worden, der ihm die Witte, ihm einen Wechsel über 24 000 M. zu prolongieren, hartnäckig abgelehnt und ein vollstreckbares Urteil gegen ihn herbeigeführt habe. Es sei dann auch die Zwangsvollstreckung erfolgt.

Der Angeklagte erklärt die Darstellung des Zeugen, der, wie festgesetzt wird, nicht auffindbar ist und auch schon zum Termin im Jahre 1896 nicht aufzufinden war, für absolut falsch und die Thatsachen völlig entstellend.

Ueber die Persönlichkeit des Baumert sagt ein Zeuge, Bankier Gans, aus: Baumert habe ihn einmal betrogen, ihm „Kohlenstaub-Aktien“ in Höhe von 100 000 M. zu lombardieren. Er sei damit aber gründlich hineingefallen, denn die Aktien seien völlig wertlos geworden und er habe sein Geld verloren. Der Ruf des Herrn Baumert sei ein sehr schlechter.

Hier wird die Verhandlung abgebrochen und auf Sonnabend 9 1/2 Uhr vertagt.

Am „Zais Diamanten“ handelte es sich in einem umfangreichen Prozeß wegen unlauteren Wettbewerbs, der gestern vor der zweiten Strafkammer des Landgerichts I stattfand. Auf der Anklagebank befand sich der Inhaber der Firma Zait, der Juwelier Franz Joseph Goldsohl. Eine Anzahl Inhaber der ersten Berliner Juwelierfirmen hatten gegen den Angeklagten Strafantrag gestellt und waren als Nebenkläger zugelassen, sie wurden im Termine durch den Rechtsanwalt Dr. Mendel vertreten. Nach der Anklage soll der Angeklagte hier eine Kessame getrieben haben, die schwer gegen das Gesetz betreffend den unlauteren Wettbewerb verstößt. Es wurde behauptet, daß sie die „beste Imitation der Welt“ und von echten Diamanten nicht zu unterscheiden seien, selbst von Kennern nicht. Besonders hervorgehoben wurde, daß das Feuer der Zaischen Diamanten nicht durch eine künstliche Rückseite hervorgerufen sei,

wie dies bei unechten Diamanten sonst der Fall sei usw. Nach längerer Beweisaufnahme, in der die Sachverständigen sich in höchst ungünstiger Weise über die Zaischen Diamanten ausgesprochen, kam der Staatsanwalt zu dem Schluß, daß der Angeklagte schuldig sei. Er beantragte gegen ihn 1000 M. Geldstrafe und Veröffentlichung des Urteils in allen Zeitungen, in denen der Angeklagte inseriert hatte. Der Vertreter der Nebenkläger schloß sich diesen Anträgen an.

Der Gerichtshof kam jedoch zu einem freisprechenden Urteil.

## Verfammlungen.

Die Organisation der Bäder hielt am Dienstag in der „Tonhalle“ eine gutbesuchte Agitationsversammlung ab. Der Vorsitz übernahm der langjährige Vorsitzende der Bädermeister resp. Meistervereine und den Verbandstagen der organisierten Bäder. Er zeigte, wie bei den Meistern nur das Bestreben obwalte, die Gesellen und Lehrlinge in rücksichtsloser Weise für sich auszunutzen, und was auf der andern Seite die Gesellen zu thun haben, um ihre Lohn- und Arbeitsverhältnisse und damit ihre gesamte Lebenshaltung zu verbessern. Entgegen den falschen Alarmnachrichten der Meister erklärte er die Absicht, gegenwärtig in einen allgemeinen Streik einzutreten, für ausgeschlossen, dazu würden sich die Gesellen eine günstigere Zeit aussuchen. Was den Goldbaderischen Streik anbelangt, so sei derselbe allerdings verloren gegangen, weil sich die Arbeitwilligen in genügender Zahl gefunden hätten; immerhin liege zu einem besondern Triumph für Herrn Goldbader kein Anlaß vor. — An der Diskussion beteiligten sich noch Rachtigall und Schneider im Sinne des Referats. Die Anträge zum neunten Bäder-Verbandstage sollen in der am 7. April stattfindenden außerordentlichen Generalversammlung beraten werden. Barth brachte noch zur Sprache, daß die Bädermeister verlangen, die Gesellen sollen vom 1. April an beim Antritt der Arbeit mit weißer Schürze, weißer Mütze und Taschentuch versehen sein. Das sei an sich zu billigen, nur müßte gerügt werden, daß die Gesellen die Anschaffung sowie die Reinigung der Schürzen und Mützen von ihrem miserablen Lohn noch bezahlen müßten. Ferner wünschten alle Redner, daß die Meister nicht mit dem guten Beispiel weißer Schürzen und Mützen vorzugehen sollten. Bei der hierzu vorgenommenen Abstimmung ergab sich, daß von allen Versammelten ungefähr 100 bei Meistern beschäftigt sind, die mitarbeiten, und von diesen 100 Meistern trägt sich jezt nur einer eine weiße Schürze, was doch ein Hochn auf die Reinlichkeitsbestrebungen der Bädermeister ist.

**Freireligiöse Gemeinde.** Sonntag, den 5. April, vormittags 8 1/2 Uhr, in der Aula der 60. Gemeindegasse, kleine Frankfurterstr. 6: Versammlung. „Freireligiöse Vorlesung.“ — Um 10 1/2 Uhr vormittags ebenfalls: Vortrag des Hrn. Ida Altmann: „Die Heiden und die Heilige.“ Gäste, Damen und Herren, sehr willkommen.

**Bureau-Angehörige, Charlottenburg.** Am Dienstag, den 7. April, abends 8 1/2 Uhr, findet in Charlottenburg im Karlshof, Berlinstr. 55, eine von der Mitgliedschaft Berlin des Centralvereins der Bureau-Angehörigen Deutschlands einberufene öffentliche Versammlung aller bei Rechtsanwälten und Notaren, Gerichtsbediensteten, Versicherungs-Instituten aller Art und Privatbureaus beschäftigten Personen statt. Die Versammlung soll der Verbesserung der elenden Verhältnisse dieser Angestellten dienen.

**Verein der Buchdrucker und Schriftsetzer für Nordost-Pr.** Sonntag, den 5. April, nachmittags 1 Uhr, in Bernese Festhölle (früher Apollo-Theater), Hermannstr. 49: Vereinsversammlung.

## Vermischtes.

**Das Grubenunglück in Gleiwitz.** Nach einer weiteren amtlichen Meldung über das gefrührte Grubenunglück in der „Königin Luise-Grube“ wurden durch den Luftdruck infolge des plötzlichen Jubruchens in Hölz Heintz drei Mann getötet. Durch gleichzeitig nach Hölz Schudmann abziehende Brandgase wurden in diesem Hölz noch ein Steiger, ein Kuffeier und zwei Mann erstickt, von denen drei zur Rettung herbeigeeilt waren. Im Lazarett befinden sich noch acht Verletzte. Da sich die Vermissten 14 Mann bis jezt noch nicht gemeldet haben, ist zu befürchten, daß sie sich noch in der verbrochenen Strecke oder in einem durch die Brüche abgeschnittenen Dremsschaftsfelde befinden. Die Brandgase sind durch den frischen Wetterstrom zurückgedrängt worden. Die Aufwältigungsarbeiten konnten deshalb von beiden Seiten der Strecke in Angriff genommen werden, dürften aber voraussichtlich mehrere Wochen in Anspruch nehmen. Die neue Wasserhaltung und die Förderkräfte sind im Betriebe.

**Auch eine Strafe.** Der Baumeister Mater von Kottbusch (Niederbarnen) und sein Vorarbeiter Weingierl haben, wie ein liberales Blatt berichtet, durch „bodenlose Schlamperei“ den Einsturz eines Neubaus verschuldet. Sie hatten ein Stallgebäude für einen Bauern aufzuführen und verwendet dazu schlechte Ziegelsteine, die der Referant ihnen selbst als Ausschuhware bezeichnet hatte. Infolgedessen stürzte der Bau ein und es wurden dabei einige Arbeiter zum Teil schwer verletzt. Das Landgericht verurteilte die beiden Bauanfänger zu der furchtbaren Strafe von je 50 M. oder fünf Tagen Gefängnis.

**Furchtbares Brandunglück.** Sudweis, 3. April. Bei einem in Deutsch-Raliken ausgebrochenen verheerenden Brande sind sechs Kinder in den Flammen umgekommen.

**Dynamitexplosion.** Trief, 3. April. In einem Kolonialwaren-Geschäft in der Via Martini fand eine Dynamitexplosion statt, wobei die Geschäftsinhaberin und drei Kinder schwere Brandwunden davontrugen und ein großer Materialschaden angerichtet wurde.

Ein eigenartiger Wächter der öffentlichen Ordnung war der frühere Schuttmann und jeztige Reisende Wilhelm Hoigt von Köln, der von der fünften Strafkammer wegen Vandalerei und verführerischer Erpressung zu neun Monaten Gefängnis verurteilt wurde. Hoigt machte im Januar v. J. die Bekanntschaft der Dirne Katharina Hiel und knüpfte mit ihr ein Verhältnis an. Er leistete ihr dann Zubehörsdienste, obgleich er noch im Dienst war, und er hat während dieser Zeit von der Dirne täglich drei Mark erhalten. Einige Zeit darauf nahm er seine Entlassung als Schuttmann und lebte nun mit der Dirne als deren Zubehälter. Sie erhielt ihn vollständig und bezahlte auch seine Kleidung und Wohnung und gab ihm Taschengeld. Das Paar zog dann erst nach Essen und von dort nach Wiesfeld, wo die Dirne ihrem schmutzigen Gewerbe nachging und er den Zubehälter machte. Auch nach Köln, wohin sich die Dirne wieder begab, folgte ihr Hoigt und hat sie auf ihren Gängen begleitet und Wache gestanden. Schließlich kam es zu Streitigkeiten, und eines Tages kam er in ihre Wohnung und drohte, er werde alles kurz und klein schlagen, wenn sie ihm kein Geld gebe. Da ließ die Dirne einen Schuttmann holen, der seinen ehemaligen Kollegen sehnahm. Der Staatsanwalt hatte gegen Hoigt eine Gesamtgefängnisstrafe von einem Jahre beantragt, ferner Stellung unter Polizeiaufsicht und seine Ueberweisung an die Provinzial-Arbeitsanstalt zu Brauweiler. Da er aber geständig und auch noch nicht bestraft war, nahm das Gericht von den Nebenstrafen Abstand.

## Briefkasten der Redaktion.

**G. R. und G. V. Sulzer.**  
Juristischer Teil.  
Die juristische Sprechstunde findet täglich mit Ausnahme des Sonnabends von 7 1/2 bis 9 1/2 Uhr abends statt. Gedruckt: 7 Uhr.  
**G. R. 14.** Eine geschiedene Katholikin hat dasselbe Recht, wie andere Geschiedene, nochmals zu heiraten. — **G. V. Mary K., Zentraler Allee, 1a. — J. J. Waackel 21.** Dr. Weitzel wohnt Spandauer Straße 8. — **Wag Keller.** Die Eltern werden ein Maßforderungsrecht haben. — **G. E. 111.** Eine Ansicht in die Statuten ist Ihre Frage nicht zu beantworten. — **M. M. Pantow.** Die Kamion hingegen, wäre Verjährung. So wie der Vertrag nach Ihrer Schilderung lautet, ist dies ja ein Darlehen, das Sie wohl nie wiederbekommen würden. Lehnen Sie ab, die Kamion anders als in der Unterlegungsstelle niederzulegen. — **S. 190.** Rein



Der Inhalt der Intimate übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keinerlei Verantwortung.

### Theater.

**Sonnabend, den 4. April.**  
Anfang 7 1/2 Uhr:  
**Opernhaus.** Samson und Dalila. Nachmittags 3 Uhr: Hänsel und Gretel. Die Puppenfee.  
**Schauspielhaus.** Wilhelm Tell. Deutsches. Der arme Heinrich. Bertinier. Heber und seine Frau. Zeffing. Der blinde Passagier. Heines. Heines und Heines. Heines. Lutti. (Loute.)  
**Westen.** Bar und Stimmermann.  
**Central.** Gräfin Pepl.  
**Thalia.** Der Posamentenengel.  
Anfang 8 Uhr:  
**Schiller O.** (Wallner-Theater.) Der ledige Hof.  
**Schiller N.** (Friedrich-Wilhelmstädt. Theater.) Der Probekandidat.  
**Belle-Alliance.** Die und Podet.  
**Carl Weisk.** Der liebe Gebot.  
**Buntes.** Das Stärkere. Hierauf: Vor dem Gesindeball.  
**Luzien.** Lumpenhandlungs.  
**Kleines.** Nachtasyl.  
**Trionon.** Die Notbrücke.  
**Galun.** Uterios. Spezialitäten.  
**Metropol.** Neues! Allerneuestes! Kivoko. Der Gesindeball.  
**Wintergarten.** Spezialitäten.  
**Reichshallen.** Stettiner Sänger.  
**Stiehl.** Stiehl-Sänger.  
**Passage-Theater.** Spezialitäten.  
**Urania.** Taudenstrasse 48/49.  
Das Land Tirol.  
Nachmittags 4 Uhr: Die deutsche Ostseeküste.  
Im Hörsaal um 8 Uhr: Dr. B. Donath: Tiefe Temperaturen, flüssige Luft.

**Neues Theater**  
Schiffbauerdamm 4a-5.  
Anfang 7 1/2 Uhr:  
**Pelleas und Melisande.**  
Sonntagnachm. 3 Uhr, bei halben Preisen: Die Lokalbahn. Hierauf: Schöne Seelen.  
**Trionon-Theater.**  
Georgenstraße, zwischen Friedrich- u. Universitätsstraße.  
**Die Notbrücke.**  
Lustspiel in 3 Akten von Fred Gröfse und Francis de Croisset.  
Anfang 8 Uhr.  
Sonntagnachmittags 3 Uhr: Die Liebeschaukel.  
**Buntes Theater.**  
Zum Das Stärkere.  
1. Mal: Schauspiel in 3 Aufzügen von Carlott Gottfried Reuling.  
Hierauf: Vor dem Gesindeball.  
Lustspiel in 1 Akt v. M. Pollaczek.  
**Belle-Alliance-Theater.**  
Wienblick 8 Uhr:  
„Piek und Pocket“.  
Schauspiel mit Gel. u. Tanz in 3 Akten.  
Die Schläger des 2. Aktes: Am Sonnabend: Entführungsszene. Der Dancancan: Parodistisches Lustspiel. Cap-Cap Donna Diana: Cafe-Walt. Passagierzeit.  
**Apollo-Theater.**  
Zum Gesindeball. Gesangs- u. M. Burlesko. Neue Spezialitäten-Debuts.  
The Madcaps. Revellen. Donatellis. Oake Walk. Kilianys lobende Bilder.  
Plastische Darstellungen d. Meisterwerke der Berliner Professoren Begas, Schaper etc.  
Josafino Vettori. Komograph.  
**Kleines Theater.**  
Unter den Linden 44.  
Anfang 8 Uhr.  
**Nachtasyl.**  
**Central-Theater**  
Seite, abends 7 1/2 Uhr: Zum 1. Mal: Clo-Clo.  
Wanderlust in 4 Bildern v. Landberg u. Ertel. Raft v. Ferdinand Bogin. Sonntag, den 5. April, nachmittags 3 Uhr, halbe Preise: Gräfin Pepl. Abends 7 1/2 Uhr: Clo-Clo.  
**Thalia-Theater.**  
Friedrichstr. 72/73. Täglich 7 1/2 Uhr.  
Der Posannen-Engel.  
Musikantengruppe mit Gesang u. Tanz. Gr. Tanzparodie. Artisten-Revue. Thierscher als Spreewälder-Ammen.  
Sonntagnachmittags 3 Uhr: Kabale und Liebe.  
Am 12. u. 13. April, nachmittags 3 1/2 Uhr: Charleys Tante.  
**W. Noacks Theater.**  
Direktion: Robert Dill.  
Brunnenstrasse 10.  
Grosse Extra-Vorstellung.  
**Dorf und Stadt.**  
Schauspiel von Carl. Hüb. Heiser. Sonntag: Schind der Saiten: Dorf und Stadt.

## Urania.

Taubenstrasse 48/49.  
Abends 8 Uhr:  
**Das Land Tirol.**  
Nachm. 4 Uhr zu kleinen Preisen: Die deutsche Ostseeküste.  
Im Hörsaal um 8 Uhr: Dr. B. Donath: Tiefe Temperaturen, flüssige Luft.

**Sternwarte**  
Invalldenstrasse 57/62.

**Castans Panoptikum.**  
Friedrichstr. 165.  
Neu! Neu! Neu!  
Cleo Otéro, Sand, Rauch- u. Lampen-Malerin.  
Einzig in ihrer Art!  
„Pythia“, die hellsehende.  
„Anthropos“, die künstl. Mensch als Porträtmaler!  
Reise-Theater; Berliner Bilderbogen; Oake-Walk. Hauskapelle Kranl.

**Passage-Theater.**  
Anfang Sonnt. 3. Wehent. 5. Abendvorstellung 8 Uhr.  
Das sensation. April-Programm:  
**Giga Wohlbrück**  
in ihrem Repertoire.  
**Cake-Walk.**  
Albert Böhmert, Humorist.  
Ganz Berlin zerbricht sich schon den dritten Monat den Kopf über **AGA!**  
14 neue erstklassige Nummern.

**Carl Weiss-Theater.**  
Grosse Frankfurter-Strasse 132.  
Nachmittags 4 Uhr: Ständervorstellung. 10, 20, 40 Pf.  
**Die sieben Raben.**  
Abends 8 Uhr:  
**Der Liebe Gebot.**  
Schauspiel in 5 Akten.  
Morgen nachmittags 3 Uhr (Barrett 60 Pf.): Die Räuber. Abends 8 Uhr: Der Liebe Gebot.

**Residenz-Theater**  
Direktion: Sigmund Lautenburg.  
Abends 7 1/2 Uhr:  
**Lutti (Loute).**  
Schauspiel in 4 Akten von Pierre Weber. Morgen und folgende Tage: Lutti. Sonntagnachmittags 3 Uhr:  
**Der Unterpräfekt.**

**Casino-Theater**  
Lothringersstr. 37.  
Glänzender Erfolg des neuen Progr.  
Der urkom. Marcelli, Les trois Bergs. Neu! Elternlos. Neu!  
Dr. Berg - Lilli Behe als Oake walk-Tänzer. - 8 Uhr, Sonnt. 7 1/2. „Frühling u. Mädchen“ etc.  
Sonntagnachm. 4 Uhr: Erste Liebe. Unteroffizier Lehmann. Dazu Aufstreifen sämtl. Spezialitäten.

**Palast-Theater**  
Burgstrasse 22. Früher: Feen-Palast.  
**Sensations-Erfolg!**  
Abends 8 1/2 Uhr:  
**Meine Rest.**  
Im Spezialitäten-Teil (Unerreicht. Einzige in 1. Art):  
Mlle. Fata-Fatme.  
Danse Serpentine et lumineuse.  
Francisco, das medly. Wunder.  
Astra et Séro, eccentriche Spiele.  
Ernst Sprecher, Humorist.  
Vollmar-Truppe.  
Anfang 8 Uhr. Entree 50 Pf.

**Etablissement Buggenhagen**  
am Moritzplatz.  
Jeden Tag:  
**Militär-Konzert.**  
Donnerstag, Sonnabend, Sonntag im Kaiser-Saal: Tanz.  
Von Ende April ab wird das berühmte Orchester d. Signor Vincenzo Ferrara konzertieren.

**Gratweils Bierhallen**  
Theater u. Variété Romanbanten - Strasse 77/79.  
Direktion: Carl Haverland.  
Täglich: Gr. Vorstellung.  
Das grosse amüsante April-Programm.  
Nur allererste Kunstkräfte.  
Anfang der Vorstellung 8 Uhr. Jed. Sonnabend, Sonntag u. Mittwoch nach der Vorstellung:  
**TANZ.**  
Dr. Schünemann,  
Spezialarzt für Haut-, Haar- und Frauenleiden, Seydelstr. 9. 1/2, 12-1/2, 1/4, 6-1/2, 9, Sonnt. 9-11.

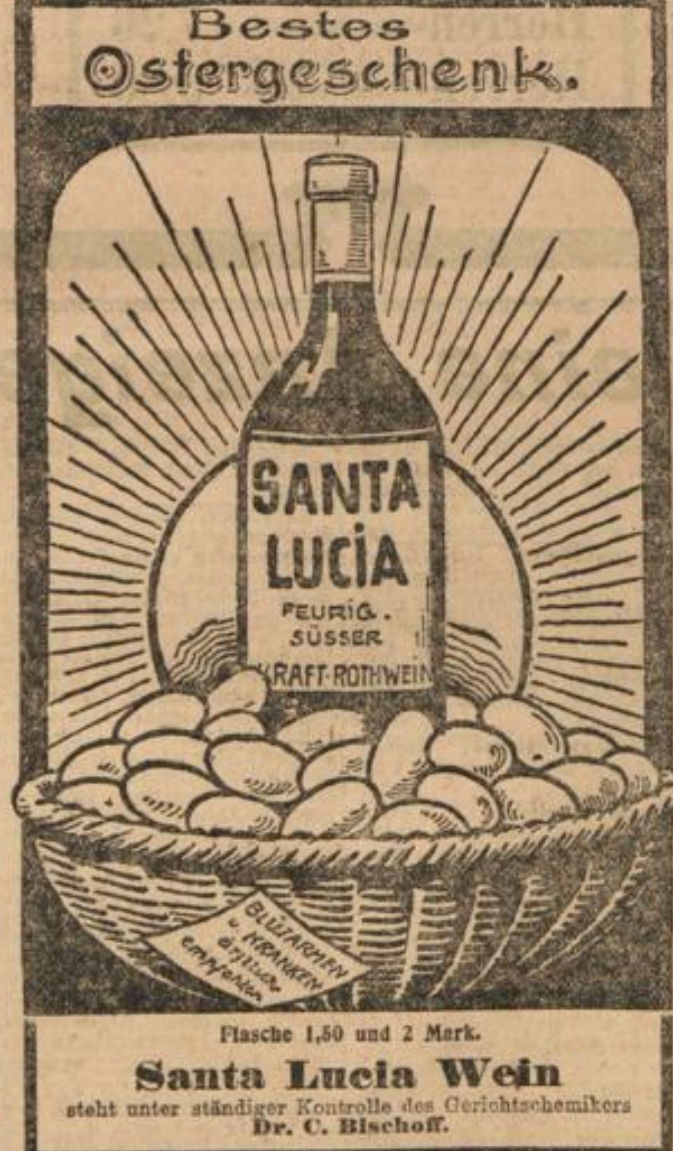
## Schiller-Theater.

**Schiller-Theater O.** (Wallner-Theater).  
Sonnabendabend 8 Uhr: Der ledige Hof. Schauspiel in 4 Akten v. L. Angenburger.  
Sonntagnachmittags 3 Uhr: Minna von Barnhelm.  
Sonnabendabend 8 Uhr: Der ledige Hof.  
Montagabend 8 Uhr: Der ledige Hof.  
**Schiller-Theater N.** (Friedrich-Wilhelmstädtisches Theater).  
Sonnabendabend 8 Uhr: Der Probekandidat. Schauspiel in 4 Akten v. M. Dreger.  
Sonntagnachmittags 3 Uhr: Maria Stuart.  
Sonnabendabend 8 Uhr: Der Probekandidat.  
Montagabend 8 Uhr: Der Probekandidat.

**Reichshallen.**  
Stettiner Sänger.  
Anfang: Sonntag 7. Wochentags 8 Uhr.  
„Rühmen-Grüssen“.  
S. Sol: Anna Pote, das Blumen-Medium.

**Wintergarten**  
Vollständig neues Programm:  
Pantzer Brothers, Akrobaten.  
Ralph Johnstone, Bicyclist.  
She, die 4 Elemente.  
Renée Dobauga, Kaleidoscop-Tänzer.  
Hoshi Tokio, Japanertrappe.  
Charlotte Kara, Creolische-Sängerin.  
Sachus Jacoby, Humorist.  
Les Provençales, Französisches Gesangs-Quartett.  
Mlle. Miette, Par. Strassensängerin.  
La Belle Toledo, Span. Tänzerin.  
Fessel.  
Harry Houdini, Künstler.  
Das Fest d. Lucullus, Ballett.  
Der „Biograph“.

**Bestes Ostergeschenk.**



**SANTA LUCIA**  
FEURIG. SÜSSER.  
KRAFT-ROTHWEIN

Flasche 1,50 und 2 Mark.  
**Santa Lucia Wein**  
steht unter ständiger Kontrolle des Gerichtschemikers Dr. C. Bischoff.

**Frankfurter Hütte**  
Grosse Frankfurter Strasse 101 und 1112L.  
Kraut-Strasse 1.  
**Der Bierhof ist wieder eröffnet!**  
Sehenswürdigkeit Berlins.  
Warme Küche, Portion 30 und 40 Pf.

## Metropol-Theater.

Mit glänzender Ausstattung:  
**Neuestes! Allerneuestes!**  
Revue in 5 Bildern von J. Freund. Musik von Victor Holländer.  
**Emil Thomas a. G., Josef Josephi, Henry Bender.**  
Frid Frid, Flora Siding, Wini Grabitz. 300 Mitwirkende.  
Im 3. Bild: Zum zweitenmal: Eine Sitzung bei Anna Rothe.  
**Grandioses Ballett.**  
Anfang 8 Uhr.  
Rauchen überall gestattet.

**Steidl-Theater**  
Lützowstr. 102. Dramen- u. Bürger-Theat.  
Letzte Woche  
die  
**Steidl-Sänger**  
Zum Schluss!  
**Wasserratten**  
Entree 50 Pf. Spectakl. 1,00. Loge 1,75.

**Sanssouci.**  
Sonntag, Montag, Donnerstag:  
**Hoffmanns**  
Norddeutsche Sänger.  
Neu einstudiert:  
Die  
**Lieder d. Musikanten.**  
Vollständig mit Gel. in 5 Akten von Rudolf Kiesel.  
Verlegt Winter, ein Aktant: Adolf Hoffmann. - Ent. Sonntag 7 Uhr, Montag u. Donnerstag 8 Uhr. Donnerstag: Die Lieder des Musikanten.

**Königstadt-Kasino.**  
Goldmarthstr. 72, Ecke Alexanderstr.  
Das grossartige April-Programm.  
**Der zweite Cousin.**  
Franz Sobanski.  
Mittw., Sonnab., Sonnt.: Tanz.

**Vorwärts-Buchhandlung**  
SW., Lindenstrasse 69.

**Conrissen- und Radfahrerkarten, Stadtpläne!**  
Stadtpläne von Berlin von 30 Pf. bis 1 M.  
Stadtpläne von Berlin mit sämtlichen Vororten v. 50 Pf. bis 3 M.  
Umgebungsarten von Berlin, 50, 100 und 500 [ ]-Blätter um Berlin, mit Entfernungsangaben von Ort zu Ort, koloriert, von 50 Pf. bis 3 M., auch für Radfahrer benutzbar.  
Radfahrerkarten von Berlin mit Angabe der Art des Strassenpflasters, der für Radfahrer verbotenen Strassen etc. . . 50 Pf.  
Radfahrerkarten von Berlin und weiterer Umgebung (von Potsdam bis Bitterberg, von Hentzen bis Frankfurt a. L.) auf Leinwand aufgezogen, in Karton 1,25 M.  
Radfahrerkarten von Deutschland und angrenzenden Ländern, mit Angabe der Höhenhöhe der Wege, Entfernungen der einzelnen Orte unter sich, Höhe über dem Meer, Stellungen etc., in keinem Führer, aufgezogen, in Karton, jede Section 1,50 M.  
Taschenwörterbücher, kleines Format, praktisch für die Reise, französisch-deutsch und deutsch-französisch, englisch-deutsch und deutsch-englisch, russisch-deutsch und deutsch-russisch, italienisch-deutsch und deutsch-italienisch.  
Jede Sprache hat 3 M. nur 1,50 M.

**Nathan Wand,**  
129 Talischerstr. 129.  
Die schönsten 2206  
**Herren-Sommer-Paletots und Anzüge** in neu, sowie speziell  
**Monats-Garderobe** von stalleren getragene Sachen, fast neu, für jede Figur passend, und in großer Auswahl stets zu ausserordentlich billigen Preisen zu haben.  
**Nathan Wand,**  
129 Talischerstr. 129.  
Bitte auf Damnummer zu achten.

**Socialdemokrat. Wahlverein**  
I. d. 4. Berl. Reichstags-Wahlkreis. (Süd-Osten.)  
Den Mitgliedern zur Nachricht, daß unser Genosse  
**Friedrich Berking**  
Köpenickerstr. 102, Stabitz, 105, gestorben ist.  
Ehre seinem Andenken!  
Die Beerdigung findet am Sonntag, den 5. April, nachmittags 3 Uhr, von der Leichenhalle des Gumnans-Kirchhofes in Bries mit statt.  
Der Vorstand.

**Socialdemokrat. Wahlverein**  
I. d. 6. Berl. Reichstagswahlkreis  
**Todes-Anzeige.**  
Am 1. d. M. verstarb unser Mitglied  
**Albert Jorkschatus,**  
Kolloderstr. 29,  
an der Lungenerkrankung.  
Ehre seinem Andenken!  
Die Beerdigung findet am Sonntag, den 5. d. M., nachmittags 3 Uhr, vom Trauerhause aus nach dem Helands-Friedhof in Bries mit statt.  
Um zahlreiche Beteiligung ersucht  
Der Vorstand.

Allen Verwandten, Freunden und Bekannten die traurige Nachricht, daß am Mittwoch, den 1. April, mein lieber Sohn, unser Sohn, Bruder und Schwager, der Vater  
**Fritz Bernhagen**  
nach kurzem, schwerem Leiden gestorben ist.  
Die Beerdigung findet am Sonntag, nachm. 4 Uhr, von der Leichenhalle des Gumnans-Kirchhofes in Bries mit statt.  
Um stille Beileid bitten  
Die trauernden Hinterbliebenen.

Allen Freunden und Bekannten die traurige Nachricht, daß unser stolzer, der Musikarbeiter  
**Carl Schufft**  
am 1. April im Krankenhaus Verstorben ist.  
Die Beerdigung findet am Sonntag, den 5. April, nachmittags 3 Uhr, von der Leichenhalle des General-Friedhofes in Friedrichsfelde aus statt.  
Die Kollegen der Pianofabrik von  
**Hoolf & Co.**

**Deutscher Metallarbeiter-Verband**  
Verwaltungsstelle Berlin.  
**Todes-Anzeige.**  
Den Kollegen zur Nachricht, daß unser Mitglied, der Former  
**Albert Jorkschatus**  
am 1. d. M. gestorben ist. 114/16  
Ehre seinem Andenken!  
Die Beerdigung findet statt am Sonntag, den 5. April, nachmittags 3 Uhr, von der Köpoderstr. 29 nach dem Helands-Kirchhof in Bries mit.  
Nege Beteiligung erbetet  
Die Ortsverwaltung.

**J. Kruppenbacher, Köln a. Rh.,**  
Gummi- und Metallw.-Industrie, einst, alle Fahrrad-Net. zu konstruieren. Pr. in. Laufsocken mit 1,50 M. in. Luftschläuche Garantiert 1,50 ohne Garantie 1,50 M. und 3,20 M. Preisliste gratis und franco.

**Damen-Konfektion**  
direkt aus der Fabrik.  
Kein Laden!  
Seht nach bei endeter Engros-Saison  
**Einzelverkauf**  
zu enorm billigen Preisen.  
Sacco-Paletots  
Jackets  
Capes  
Kostüme  
Kostümstücke  
für Damen und Mädchen.  
**Damen- und Kindermäntel-Fabrik** 1124S  
**Robert Baumgarter**  
Hausvogelplatz 11, 2.  
(Glebe der Verwaltungen) Sonntag bis abends 6 Uhr



